DD
801
A397B7
1917

5

ELSÄSSER ERINNERUNGEN

VON

LUJO BRENTANO

BIBLIOTHEK

ERICH REISS VERLAG ✕ BERLIN W 62

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands
BIBLIOTHEK

Elsässer Erinnerungen

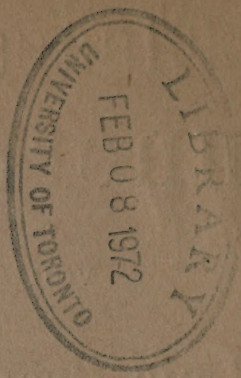
von

Lujo Brentano

Zweite und dritte Auflage

Berlin 1917
Erich Reiß Verlag

DD
801
A397 B7
1917



Druck
der Spamerschen
Buchdruckerei in Leipzig.

Herrn Dr. Rudolf Schwander,
Bürgermeister der Stadt Straßburg,
in Bewunderung und Verehrung.

3776

I.

Dem Rufe als Nachfolger Schmollers an die Universität Straßburg, den ich im Dezember 1881 erhalten hatte, bin ich im Frühjahr 1882 gefolgt. Mitte März traf ich in Straßburg ein.

Straßburg hatte damals noch völlig den Charakter einer Festungsstadt alten Stils. Auf dem engen Raum innerhalb der Umwallung waren seine Bewohner beim Anwachsen der Stadtbevölkerung zu immer dichterem Zusammenwohnen genötigt gewesen. Daher in der Altstadt ein enges Gewirr von Gassen und Gäßchen. Von 311 Straßen hatten 127 nur eine Breite von 1 bis 5 Metern. Nur an der Seite der die Stadt durchschneidenden und später zugeworfenen Kanäle fanden sich breitere Straßen. Die Häuser, soweit sie aus älterer Zeit stammten, waren von außen nicht selten sehr malerisch, im Innern aber meist lichtarm und luftlos; die neuern waren, wie in französischen Provinzstädten, mit Zimmern, die für deutsche, zumal norddeutsche Gewohnheiten viel zu eng waren; die Stadterweiterung hatte zwar stattgefunden, aber die dadurch neu gewonnenen Gelände waren nur erst wenig bebaut. Die Folge war Wohnungsnot nicht nur bei den unteren Klassen. Nur zwei Wohnungen kamen für uns in Be-

tracht: eine am Schiffleutstaden und eine, zu der das enge Münstergäßchen führte. Wir hatten die letztere gewählt; es war ein altes, herrschaftliches Haus, das den ganzen Zauber des 18. Jahrhunderts atmete. Hinter dem Haus ein entzückendes stilles Gärtchen, in dessen Hintergrund der Münsterturm aufstieg, genau so wie auf dem Bilde, das Steinle als Illustration zur Chronik eines fahrenden Schülers meines Onkels Clemens gezeichnet hat. Ein liebenswürdiger alter Elsässer, Herr Ostermann, war unser Hauswirt. Er war der Typus eines kleinen französischen Rentiers, der um seiner Tafelfreuden willen täglich selbst auf den Markt ging, um Fleisch und Fisch einzukaufen. Er kam uns mit großer Herzlichkeit entgegen; meine damals noch sehr kleine Tochter pflegte immer zu sagen: „Herr Ostermann ist wie der liebe Gott; Mama braucht nur zu wünschen, dann ist es da." Es hat dieses Entgegenkommen sogar pekuniären Vorteil für mich gehabt. Nach der französischen Steuergesetzgebung, die damals im Elsaß noch maßgebend war, wurden nämlich nur diejenigen zu den direkten Steuern herangezogen, die am 1. April jeden Jahres als Einwohner angemeldet waren. Da die Vorlesungen erst in der zweiten Hälfte April ihren Anfang nahmen, hatten wir uns nach der ersten Einrichtung in unsrer Wohnung noch für 14 Tage nach Baden-Baden begeben, und Herr Ostermann meldete uns erst nach unserer Rückkehr von dort bei dem Polizeiamte an; dieser Liebenswürdigkeit hatten wir es zu danken, daß wir, da wir am 1. April noch nicht nach Straßburg zurückgekehrt waren, zu meinem großen Erstaunen ein ganzes Jahr lang keine Steuern zu

zahlen hatten. Ich erwähne es als charakteristisch für das freundliche Entgegenkommen, das der gewöhnliche Straßburger, trotz aller französischen Gesinnung, doch auch dem Deutschen, der mit ihm als seinesgleichen verkehrte, entgegenbrachte. Wäre die Wohnung bei all ihrem Zauber nicht so unbequem gewesen — es gingen alle Zimmer ohne eigenen Ausgang ineinander — und vor allem, hätte sie während des Sommers nicht jedweden abkühlenden Luftzugs entbehrt, so wären wir bei dem liebenswürdigen Wirte wohl immer geblieben. So zogen wir schon nach einem Jahr in eines der neugebauten Häuser am Kochstaden, wo die freie Lage der Abendluft Zugang gestattete, bis ich 1887, wie so viele meiner Kollegen, zum Bau eines eigenen Hauses schritt.

Ich war eben in Straßburg angekommen und hatte noch nicht meinen Koffer ausgepackt, da überraschte mich schon eine Einladung des Statthalters, Feldmarschalls von Manteuffel, zum Mittagessen. Ich eilte in sein Palais, um zuvor meine Aufwartung zu machen, und fiel ahnungslos in einen großen Audienztag. Der große Empfangssaal des Statthalters war vollständig ausgeräumt; nur an den Wänden stand eine Menge von Stühlen; am Kopfende des Saales saß an einem kleinen Tisch der Sekretär des Statthalters, Herr Pöhlmann, heute Kurator der Universität Straßburg, damals ein liebenswürdiger junger Regierungsrat, in Aschaffenburg, wie ich, geboren, der die Eintretenden in eine Liste eintrug. Es war sehr unterhaltend, alle die Menschen zu mustern, die da kamen und auf den Stühlen Platz nahmen. Da saß eine Bauersfrau mit einem Kind auf

dem Arm, daneben ein Arbeiter in der Bluse; dann wieder ein französischer Veteran, mit Medaillen aus dem Deutsch-Französischen Krieg, ein Dorfgeistlicher, eine in tiefe Trauer gekleidete Witwe, deutsche Subalternbeamte, — es war wie im Empfangssaal der Maria Theresia. Während ich die verschiedenen Typen mit Genuß betrachtete, wurde das Verzeichnis der Eingetretenen in das benachbarte Zimmer gebracht, und ich wurde als der an dem Tage dem Rang nach Höchststehende leider zuerst in dieses abgerufen. Gern hätte ich die Szenen, die sich in dem Empfangssaal abspielten, weiter beobachtet. Jeder, der da kam, hatte ein besonderes Anliegen und jeder war voll Zuversicht, daß der Statthalter ihm helfen würde.

War ich im Empfangssaal bei Maria Theresia, so kam ich, in das Zimmer des Statthalters eingetreten, zu Friedrich dem Großen. Auf einen Krückstock gestützt, humpelte mir der Feldmarschall entgegen und behandelte mich sofort, als ob ich einer seiner ältesten Bekannten wäre. Allerdings war er mir sehr nahestehenden Verwandten sehr befreundet, sogar der Vormund der Kinder einer derselben gewesen. Daran knüpfte er an, um sich sofort mit rücksichtsloser Indiskretion über den Fall Harry Arnim zu verbreiten. Irrigerweise hatte er angenommen, ich sei mit Harry Arnim verwandt und nahm nun in einer Weise für ihn gegen Bismarck Partei, daß es ihm die unversöhnlichste Feindschaft des Reichskanzlers eingetragen hätte, wäre, was er sagte, zu Bismarcks Ohren gekommen. Als ich einige Ausstellungen an Harry Arnims Verhalten machte, erhob sich der Feldmarschall mit den Worten: „Einen

Mann, der Seine Majestät in so wichtigen Stellungen, wie der eines Botschafters in Konstantinopel und Paris, vertreten hat, so zu behandeln, ist gegen alle preußische Tradition und — gegen alle Dezenz.“ Damit reichte er mir die Hand und ich ging ab.

Als ich darauf meinem Freunde Knapp mit meiner Verwunderung nicht zurückhielt, daß sich Manteuffel gegenüber einem ihm annoch völlig Fremden so wenig vorsichtig habe gehen lassen, meinte Knapp, da habe ich gleich bei der ersten Begegnung eine Probe von Manteuffels Art erhalten; er sei ein großer Menschenkenner und wisse, daß man anständige Menschen gewinne, indem man ihnen Vertrauen beweist. Seine ganze Politik gegenüber den Elsässern sei die eines Virtuosen, der auf seiner Persönlichkeit geigt: daher auch seine große Popularität bei der elsässischen Bevölkerung. Wenn er auf den engen Fußsteigen der Straßburger Straßen gehe, trete er um des geringsten Weibes willen in den Schmutz, und jede der Personen, die ich in seinem Audienzsaal angetroffen, sei dahin gegangen in der festen Überzeugung, daß der Statthalter sich ihrer annehmen werde. Das tue er dann auch wirklich, und nicht selten sehr zum Nachteil der Autorität der Gesetze. Daher seine Beliebtheit bei den Beamten im umgekehrten Verhältnis zu der bei den Elsässern stehe.

Am andern Tag war ich zum Mittagessen beim Statthalter. Er sah jeden Tag, an dem er in Straßburg war, eine größere oder kleinere Zahl von Gästen bei sich zu Tisch. Man sagte, daß er sich zum Grundsatz gemacht habe, das ganze Einkommen, das er als Statt-

halter bezog, im Interesse seines Dienstes zu verbrauchen. Außer bei großen Staatsdiners kümmerte er sich bei diesen Mahlzeiten geflissentlich nicht um die Rangordnung seiner Gäste. Er setzte sie so, wie er von ihrer Nachbarschaft das geringste Maß von Langweile erwarten konnte, die höchsten Würdenträger oft in weite Entfernung von sich. Dabei mochte auch ein gewisses Souveränitätsgefühl mitspielen, das ihm, wie einst den absoluten Fürsten des 17. und 18. Jahrhunderts, Hohe und Niedere, weil gleich tief unter ihm stehend, als gleich erscheinen ließ. Außerdem gaben ihm diese Mahlzeiten die Gelegenheit, Personen und Dinge kennenzulernen, für die er sich interessierte. Wenn irgendeine Frage auftauchte, in der er sachverständigen Bescheid haben wollte, lud er denjenigen, von dem er solchen erhoffte, zu Tisch und setzte ihn neben sich. Mit denen, die neben ihm saßen, führte er dann die anregendsten Gespräche. Aber diese Mißachtung der Rangordnung ist eine der Ursachen gewesen, warum Offiziere und Beamte so sehr über ihn schimpften, und dann erstreckten sich die Ausstellungen nicht bloß auf wirklich bedenkliche Maßnahmen, die er traf, sondern selbst auf die Menüs dieser einfachen Mittagessen, wie z. B. darauf, daß er seinen Gästen gekochtes Rindfleisch, das er selbst gern aß, vorsetzte.

Ich bin nicht selten bei dem Feldmarschall zu Tisch gewesen und habe dabei die interessantesten Dinge von ihm gehört. Er war namenlos indiskret in seinen Plaudereien. Er schonte niemanden, auch nicht den regierenden Kaiser Wilhelm I., und machte kein Hehl, daß er dessen geistige Begabung weit unter die seines ver-

storbenen Bruders stellte. Sein Ideal war Friedrich Wilhelm IV., dessen persönlicher Freund er gewesen war. Diese Freundschaft mit dem Monarchen, der kein Blatt Papier zwischen sich und seinem Volke haben wollte, war auch für seine Politik in Elsaß-Lothringen bezeichnend. Manteuffel ist kein Freund eines an Gesetze gebundenen Herrscherwillens gewesen, noch auch des Satzes von Kant, daß kein Mensch lediglich als Mittel für die Zwecke andrer zu dienen habe. Der Gedanke, daß ein jeder berechtigt sei, alle seine Anlagen und Fähigkeiten zur größtmöglichen Entfaltung zu bringen, war ihm fremd. Er huldigte der Lehre von den gottgewollten Abhängigkeiten. Nicht als ob er den Höheren ein Recht zuerkannt hätte, entsprechend ihren Launen zu leben; sie waren ihm berufen, die Unteren in Zucht und Ordnung zu halten, dafür aber auch für sie zu sorgen. Sie sollten ihnen wohlwollende Herren sein. Aber wo sie ihnen halfen, sollte dies auf dem Wege der Freiwilligkeit und des Geschenkes geschehen, damit die Unverletzlichkeit ihrer eigenen Machtsphäre gewahrt werde. Dementsprechend war er kein Freund von Reformen, welche den Unteren Rechtsansprüche verleihen und damit zur Einengung der Verfügungsfreiheit der Höheren führen. Die „Herren" und die Geistlichkeit sollten das Volk erziehen; dieses sollte dankbar entgegennehmen, was jene ihm zu gewähren für gut fänden. Das Wohlergehen der Bevölkerung war somit ganz von der Persönlichkeit derjenigen abhängig, welche die Macht hatten. Daher glaubte er auch, durch persönliche Gewinnung derjenigen, die er in Elsaß-Lothringen für einflußreich hielt, das ganze Land gewinnen zu können.

Wie diese Auffassung seiner Regentenaufgabe nur der Ausfluß seiner gesamten politischen Anschauungen gewesen ist, zeigt, daß er mir einmal erzählt hat, daß er es veranlaßt habe, daß der Preußische Landtag kein jährliches Steuerbewilligungsrecht hat. Nach der ursprünglichen Absicht, sowohl der Staatsregierung, als der Verfassungskommission der Nationalversammlung, sollte der § 109 der preußischen Verfassung nur die Tragweite einer vorübergehenden Bestimmung bis zur Vereinbarung des Budgetgesetzes haben; daß er in der oktroyierten Verfassungsurkunde vom 5. Dezember 1848 statt in die Übergangsbestimmungen in die allgemeinen Bestimmungen gesetzt wurde, sei sein Werk gewesen: „Als die Charte Waldeck oktroyiert werden sollte, hatten der König und mein Vetter Manteuffel, der Minister, keine Ahnung, was das Steuerbewilligungsrecht bedeute; ich aber hatte durch den Umgang mit meinem Freund Leopold Ranke so viel aus der Geschichte gelernt, daß ich wußte, daß das die Hauptsache sei, und auf mein Drängen ist dann der Paragraph über die Forterhebung der Steuern in die allgemeinen Bestimmungen der Verfassung aufgenommen worden."

Ein andermal stand ich bei einem Rout zufällig vor einer der großen blauen Vasen der Berliner Porzellanmanufaktur, wie sie der König an Personen, denen er seine geneigte Gesinnung bezeigen wollte, zu verschenken pflegte; plötzlich klopfte mir der Statthalter auf die Schulter mit den Worten: „Ich will Ihnen erzählen, wie ich zu dieser Vase gekommen bin. Die Revolution war in Berlin ausgebrochen und der König war ratlos. Da befahl er, daß alle Männer von irgendwelchem Rang

in einem Saale des Schlosses zusammenkommen sollten. Als alle versammelt waren, trat der König ein und bat einen jeden, der einen Rat wisse, zu reden. Aber alle, Minister und Generäle, schwiegen. Da trat ich vor und sagte: „Da alle schweigen, erlaube ich mir, Ew. Majestät zu bemerken, daß Heinrich IV. seine Armee aus Paris zurückzog, um Paris zu erobern.“ Darauf sah der König mich an, und wir wurden sämtlich entlassen. Als dann Wrangel Berlin wiedererobert hatte, schickte mir der König diese Vase mit einer Karte, auf der stand: „Friedrich Wilhelm IV. schickt dem Rittmeister von Manteuffel diese Vase, weil Heinrich IV. seine Armee aus Paris zurückzog, um Paris wiederzuerobern.“

Diese Mitteilungen des Feldmarschalls zeigen seine Auffassung von der Pflicht eines Regenten, seine eigene Machtstellung unversehrt zu erhalten; seine Auffassung von der Pflicht des Machthabers, wohlwollend zu regieren, zeigt ein anderes Erlebnis. Es war wieder einmal ein Rout in seinem Palais; ich sah zufällig in einen Glasschrank mit Büchern; darin stand die Gesetzsammlung des Deutschen Reichs und die von Elsaß-Lothringen. Plötzlich redet mich der Statthalter an: „Sie müssen nicht meinen, daß das die Bücher sind, die ich lese.“ „Das habe ich nie geglaubt, Exzellenz“, antwortete ich etwas ironisch. „Kommen Sie mit, ich will Ihnen das zeigen, worauf ich am meisten stolz bin in meinem Leben.“ Darauf führte er mich in sein Privatkabinett und reichte mir den ersten Band von Adolphe Thiers' „*Histoire du Consulat et du premier Empire.*“ Da stand auf der ersten Seite: „*Hommage à Mr. le Général de Manteuffel pour sa conduite humaine à Nancy.*“

Doch ich komme auf mein erstes Essen beim Statthalter zurück. Als wir aufgestanden waren, traten einige Generale, die an der Tafel teilgenommen, aber in weiter Entfernung vom Statthalter gesessen hatten, auf mich zu und sagten mir so laut, daß ich fürchtete, der nicht weit stehende Statthalter werde es hören: „Da haben Sie den Kerl erlebt; nun werden Sie weitersehen, wie der das Land regiert!“ Ich wußte damals noch nicht, daß das freie Schimpfen der Offiziere das Ventil ist, das ihnen gelassen wird, um ihrem durch den unbedingten Gehorsam gepreßten Herzen Luft zu machen. In ihren Äußerungen spiegelte sich die Auffassung, die damals bei der großen Menge der Beamten und Militärs in Straßburg über die Regierung Manteuffels herrschte.

Diese Auffassung ist nahezu allgemein in Deutschland geworden. Was ich weiter zu erzählen habe, wird zeigen, inwiefern Manteuffels politisches Verhalten verfehlt war. Aber seine Verurteilung halte ich, soweit sie sich gegen Manteuffel persönlich richtet, für durchaus ungerecht; denn seine Vorgänger wie seine Nachfolger haben ebenso wie er regiert. Ihre Politik war, ganz so wie die Manteuffels, etwas frei in der Behandlung des Rechts und wie diese von dem Gedanken getragen, durch Berücksichtigung der französelnden Empfindlichkeiten von Persönlichkeiten, denen man Bedeutung beilegte, das Land gewinnen zu können. So hat der Oberpräsident von Möller zwar den altelsässischen Bürgermeister Lauth abgesetzt, weil er in seiner Rede bei Antritt seines Amtes gesagt hat, daß er Straßburg so verwalten werde, daß die Franzosen, wenn sie wieder-

kämen, mit ihm zufrieden seien, aber von Herrn Back, den er als Bürgermeistereiverwalter an Lauths Stelle setzte, wurde mir erzählt, daß er die Rücksicht auf die deutschfeindliche Gesinnung von Altstraßburgern so weit getrieben habe, daß er an Kaisers Geburtstag keine Fahnen auf dem Stadthause aufzog, und von ähnlichem Verhalten von Backs Nachfolger, Oberregierungsrat Stempel, werde ich noch recht viel zu erzählen haben. Letzteres fand allerdings, wie wir sehen werden, mit Zustimmung Manteuffels statt und entsprach völlig dem Verhalten, das dieser auch anderweitig, z. B. in Hagenau, betätigt hat. Als Manteuffel dorthin kam, sprach er die Absicht aus, den Abbé Guerber zu besuchen. Dieser war einer der wütendsten Gegner der deutschen Regierung. Der Kreisdirektor von Hagenau, Herr von Senft-Pilsach, versuchte den Statthalter von seinem Vorhaben abzubringen. Aber vergeblich. Da bat ihn der Kreisdirektor, dann wenigstens auch einen anderen, deutsch gesinnten katholischen Geistlichen zu besuchen. „Dazu habe ich keine Zeit", und als Manteuffel von seinem Besuche bei Guerber zurück war, sagte er zu Herrn von Senft-Pilsach, er habe ihm Guerber ganz unrichtig geschildert; dieser habe ihm erklärt, daß er durch und durch Franzose sei; das habe ihm einen sehr guten Eindruck gemacht; solche Leute gefielen ihm.

Aber als ich nach Straßburg kam, wurde Ähnliches auch vom Oberpräsidenten von Möller erzählt und später von Manteuffels Nachfolgern erst recht. So kann man dem Feldmarschall eigentlich nur nachsagen, daß er mit weit mehr Grazie denselben Regierungsprinzi-

pien huldigte, die vor und nach ihm langweiliger vertreten wurden. Aber gerade diesen Mangel an Langweile nahm man dem geistreichen Feldmarschall übel und, wie schon bemerkt, ganz besonders, daß er sich nicht selbst rangordnungsmäßig langweilen wollte. Unter seinem sehr viel stilleren Nachfolger, dem Fürsten Chlodwig Hohenlohe, ist es dann formeller und langweiliger geworden. Man saß bei den weit seltener gewordenen Diners wieder nach der Rangordnung an der Tafel und wurde von Dienern in Eskarpins bedient. Aber die Regierungsweise ist ganz dieselbe geblieben. Wie sollte sie auch anders werden; es waren ja größtenteils dieselben Personen, wie unter Möller und Manteuffel, die unter Hohenlohe regierten. Daher ist es auch nach meinem Abgang von Straßburg unter den Statthaltern, welche auf den Fürsten Chlodwig Hohenlohe gefolgt sind, bis hin zum Ausbruch des Kriegs nicht anders geworden.

Der Fehler der deutschen Politik Elsaß-Lothringen gegenüber lag ebensowenig bei Manteuffel, wie bei Möller und Hohenlohe. Bismarck hatte ihn gemacht, als er 1871 Elsaß-Lothringen Preußen nicht einverleibte.

II.

Nachdem man einmal den Beschluß gefaßt hatte, Elsaß-Lothringen dem Deutschen Reiche einzuverleiben, mußte man sich, bevor man weitere Entschlüsse über sein Schicksal faßte, vor allem die Frage vorlegen, welche Gründe es möglich gemacht hatten, um mit Bismarck zu reden, „daß eine urdeutsche Bevölkerung einem Lande mit fremder Sprache und mit nicht immer wohlwollender und schonender Regierung in solchem Maße anhänglich werden konnte". Bismarck hat die Frage in der Rede, die er am 2. Mai 1871 bei Einbringung der Vorlage über die Vereinigung von Elsaß-Lothringen mit dem Deutschen Reiche im Reichstag gehalten hat, nur unvollkommen beantwortet und hat nicht einmal den Weg beschritten, auf den selbst diese unvollkommene Antwort ihn hinwies.

Bis zur Französischen Revolution hatten sich die Elsässer nicht als Franzosen gefühlt. Sie waren zwar eine Frankreich unterworfene Provinz, aber mit weitgehender Selbstverwaltung, eigener Sprache und Kultur gewesen, wirtschaftlich sogar durch eine Zollgrenze von Frankreich getrennt; sie leisteten dem französischen König Steuern, Soldaten, Gehorsam und Treue; im übrigen hatten sie, wie sie wollten, gelebt. Mülhausen

war sogar noch eine zur Schweiz gehörige Stadt. Die Revolution hat erst die völlige Einverleibung des Elsasses in Frankreich und damit die Gleichstellung der Elsässer mit den übrigen Franzosen gebracht.

Damit hat sich den Elsässern ganz Frankreich als Spielraum für die Betätigung der Talente eröffnet, welche in diesem reichbegabten Volke auf allen Gebieten, namentlich den praktischen und denen, die unmittelbare Anschauung voraussetzen, in ungewöhnlichem Maße vorhanden sind. Das geschah nicht bloß in dem Sinne, den Bismarck in seiner Rede vom 2. Mai 1871 hervorgehoben hat, als er davon sprach, „daß jeder sich einem großen Staatswesen, welches seiner Fähigkeit vollen Spielraum gibt, leichter assimiliert als einer zerrissenen, wenn auch stammverwandten Nation, wie sie sich früher diesseits des Rheins für den Elsässer darstellte". Es kam noch etwas anderes hinzu, was Bismarck nicht erwähnt hat. Die Französische Revolution hat auch die rechtliche Gleichheit aller Staatsbürger zum obersten Prinzip des öffentlichen Lebens gemacht, alle rechtlichen Schranken, welche die freie Betätigung der Kräfte auf allen Gebieten des Wirtschafts- und Gesellschaftslebens einengten, beseitigt und alle zur größtmöglichen Entfaltung ihrer Anlagen und Fähigkeiten berufen. Die Elsässer sind begeisterte Anhänger der Prinzipien von 1789 geworden. Und kein Wunder! Ein großes, verhältnismäßig unterbevölkertes Gebiet öffnete sich ihrer Tüchtigkeit. Sie waren die Konkurrenten, die nun allenthalben neben die Franzosen traten, nicht umgekehrt, von den bescheidensten Stellungen angefangen bis zu den höchsten. Wir finden

sie fortan an den Geschicken des französischen Volks auf allen Gebieten beteiligt, sei es als Soldaten und Generale, als hohe Beamte, als hervorragende Unternehmer, als große Künstler. „Paris ist mein", konnten, wie Bismarck gesagt hat, der Elsässer und Lothringer sagen. „Sie bildeten eine Art Aristokratie in Frankreich; sie waren befähigter zu Ämtern, zuverlässiger im Dienst, die Stellvertreter im Militär, die Gendarmen, die Beamten; im Staatsdienst befanden sich Elsässer und Lothringer in einem die Proportion der Bevölkerung weit überragenden Verhältnis; es waren die anderthalb Millionen Deutsche, die alle Vorzüge des Deutschen in einem Volke, das andere Vorzüge, aber gerade nicht diese, zu verwerten imstande waren und tatsächlich verwerteten; sie hatten durch ihre Eigenschaften eine bevorzugte Stellung, die sie manche gesetzliche Unbilligkeit vergessen machte." Damit bildeten sich auf dem Wege der Verheiratung und persönlichen Freundschaft naturgemäß auch eine Fülle von Beziehungen zwischen Franzosen und den in Elsaß und Lothringen Zurückgebliebenen, die zu den wichtigsten Imponderabilien gehörten, welche die Elsässer und Lothringer ihr Vaterland in Frankreich erblicken ließen. Das Ergebnis war Gemeinsamkeit des Erlebens, Einheit des Denkens, Einheit der Gesittung von Franzosen und Elsässern und Lothringern. Aber nicht nur, daß Frankreich auf das Elsaß eingewirkt hat, es hat auch eine Rückwirkung der Elsässer auf Frankreich stattgefunden. In Frankreich ist das germanische Element durch sie gestärkt worden. Eine gewisse Besonnenheit und überlegende Ruhe ist durch sie der Beweglichkeit des gallischen

Temperamentes beigefügt worden. Edle Franzosen haben mir noch kurz vor dem Krieg erklärt, das, warum sie den Verlust des Elsasses für Frankreich nicht verschmerzen könnten, sei, daß durch die Trennung das Gleichgewicht innerhalb des französischen Volkes gestört worden sei.

So ist denn im Elsaß und in Lothringen, wie in Frankreich, eine rein bürgerliche an die Stelle der früheren feudal-aristokratischen Gesellschaftsauffassung getreten. Seit der Französischen Revolution hat es in Elsaß und Lothringen wie in Frankreich nur mehr drei politische Geistesrichtungen gegeben: die klerikale, die liberale und die Anfänge einer sozialistischen bei den Arbeitern. Zumal nach der Vertreibung Karls X. hat die, welche an den Prinzipien des *Ancien Régime* festhielt, jede praktische Bedeutung verloren; was noch die Erinnerung daran im Herzen hegte, ging in der klerikalen Partei auf, die im übrigen die Ansprüche der Kirche gleichfalls auf dem Boden des Rechtsstaates, wie ihn die Französische Revolution geschaffen hatte, vertrat. Die Inkarnation der Anschauungen, auf denen dieser beruhte, war aber die liberale Bourgeoisie. Ihr Ideal war die Julimonarchie; daher sie sich mit dem zweiten Kaiserreich und den die politische Freiheit einengenden Gesetzen, welche dieses erlassen hat, niemals befreundet hat. Auch die Bauern, mochten sie mit der klerikalen oder liberalen Partei stimmen, standen auf der Grundlage der durch die Französische Revolution geschaffenen Rechtsgleichheit, und nur unter den Arbeitern zeigten sich schon Ansätze zu Forderungen, die über die formale Rechtsgleichheit hinaus-

gingen, wo das Prinzip der Bourgeoisie, der liberalen wie der klerikalen, daß, wer das Geld hat, seinen Arbeitern nach Belieben in wirtschaftlicher, politischer, religiöser und sozialer Beziehung, soweit er sie irgend zur Beachtung seiner Vorschriften nötigen kann, zu gebieten das Recht habe, allzu drückend sich fühlbar machte.

Nachdem man den Beschluß gefaßt hatte, das so beschaffene Elsaß-Lothringen dem Deutschen Reiche einzuverleiben, boten sich zwei Möglichkeiten. Entweder man machte daraus einen selbständigen Gliedstaat des Reichs; das erschien, solange die durch die Lostrennung von Frankreich hervorgerufene Erregung dauerte, untunlich; oder man schritt zu seiner Einverleibung in Preußen. Bismarck hat, wie gezeigt, den einen Grund, warum die Elsässer und Lothringer so gute Franzosen geworden waren, daß sie damit Teil eines großen Staates geworden waren, wohl erkannt. Aber er hat nicht die Konsequenz aus seiner Erkenntnis gezogen. In seiner Rede vom 2. Mai 1871 spricht er davon, „daß die verbündeten Regierungen gemeinsam diese Länder gewonnen haben, daß ihr gemeinsamer Besitz, ihre gemeinsame Verwaltung etwas Gegebenes ist". Mit anderen Worten die Furcht, die Eifersucht der übrigen deutschen Staaten zu erwecken, hat ihn von der Einverleibung in Preußen abgehalten. Das ist das Verhängnis der deutschen Politik in Elsaß-Lothringen geworden. Die Folge war nämlich, daß man aus dem Lande ein Zwittergebilde gemacht hat zwischen Provinz und Staat, wodurch es weit schlechter gestellt worden ist, als es zur Zeit des *Ancien Régime* in Frankreich gestellt gewesen war.

Hätte man nach der Annexion Elsaß-Lothringen in Preußen einverleibt, so wäre die Folge gewesen, daß die Talente, welche bis dahin in Frankreich weiten Spielraum für freie Betätigung gefunden hatten, sich Preußen zugewandt hätten. Man hätte die auf der Universität Ausgebildeten in dem stammverwandten Hessen-Nassau, der Rheinprovinz, dem preußischen Thüringen, in Schlesien oder in andern Gegenden mit ähnlichen Charaktereigenschaften der Bevölkerung, wie sie die Elsaß-Lothringer haben, angestellt; das hätte ihre Betätigung auch in anderen Lebensberufen nach sich gezogen; es wäre damit eine Gemeinsamkeit des Erlebens, Sorgens und Hoffens entstanden, die zur Verschmelzung der wiedergewonnenen Lande mit Alt-Deutschland beigetragen hätte; vor allem aber hätten sich auf dem Wege der Verheiratung und persönlichen Freundschaft alle die persönlichen Beziehungen zwischen Elsaß-Lothringen und Alt-Deutschland herangebildet, die mit Frankreich bestanden hatten und die so wesentlich dazu beigetragen haben, daß sich die Elsässer und die Lothringer mit den Franzosen eins gefühlt haben.

Aber auch in Elsaß-Lothringen fand für den Elsaß-Lothringer nur eine sehr ungenügende Verwendung statt. Seine deutsche Gesinnung galt als zu unzuverlässig. Der junge Mann, der von der Universität kam, wurde demgemäß Rechtsanwalt oder Arzt auf dem Lande oder blieb in untergeordneter Stellung. Die Folge war, daß die Fähigsten der heranwachsenden Generation sich nach wie vor nach Frankreich wandten, und die Zahl derjenigen, die infolge der Annexion oder, um dem

Militärdienst zu entgehen, dorthin ausgewandert waren, noch vermehrten. Als weitere Folge bestanden die alten Familienbeziehungen zwischen Elsaß-Lothringen und Frankreich fort, und neue wurden angeknüpft. Insoweit das Vaterlandsgefühl auf einer Fülle von persönlichen Beziehungen mit den Angehörigen eines Landes beruht, gravitierte es also nach wie vor nach Frankreich, während sich — von ganz wenigen Fällen abgesehen, in denen die günstigen Wirkungen denn auch nicht ausblieben — keine Familienbeziehungen nach Deutschland knüpften. Der ganze Kultureinfluß, der durch solche Familienbeziehungen vermittelt wird, bestand also nach wie vor zugunsten Frankreichs und zuungunsten Deutschlands fort.

So stand es mit den studierten Elementen in Elsaß-Lothringen. Nicht anders stand es mit der Geschäftswelt. Ich habe schon auf den großen Vorteil hingewiesen, welcher den Elsaß-Lothringern aus der Eröffnung ganz Frankreichs durch die große Revolution dadurch erwachsen ist, daß sie es nun waren, die allenthalben als Konkurrenten neben die Franzosen getreten sind. Wie ganz anders nach 1871! Nun waren es Alt-Deutsche, die als Konkurrenten in ihrer Heimat neben ihnen auftraten, und unter diesen viele, auf die man den bekannten Satz des Tacitus über die Ansiedlung von Galliern im Decumatenland mit Umkehrung der Nationalität anwenden konnte, daß nur *levissimus quisque Germanorum atque inopia audax* im Reichsland sich niederlasse. Begreiflich, daß da die heranwachsende Jugend der Geschäftswelt es vorzog, nach Frankreich auszuwandern, wo sie als durch gemeinsames großes

Unglück getrennte Brüder gute Anstellungen fanden und vermöge ihrer Begabung und Energie gut vorwärts kamen. Die so Ausgewanderten übten dann durch Korrespondenz und Besuche einen Druck auf ihre zurückgebliebenen Verwandten und Freunde, der jedwede Annäherung an die Alt-Deutschen ausschloß.

Deutschland hat es also in keiner Weise verstanden, die von Bismarck so sehr anerkannten guten Eigenschaften der elsaß-lothringischen Bevölkerung sich in ähnlicher Weise zunutze zu machen, wie dies seinerzeit Frankreich getan hat.

Aber auch die positive Politik der Verwaltung war nicht geeignet, das Land für sie zu gewinnen. Das Nächste wäre doch gewesen, sich diejenigen zu Freunden zu machen, die ohnedies noch deutsch waren. Das waren auf dem Lande die Bauern, in den Städten die Arbeiter. Schon die Tatsache, daß die Franzosen vor 1871 den Schulzwang nicht kannten, hatte sie deutsch erhalten. Außerdem hatten die höheren Löhne, die in Frankreich gezahlt wurden, von jeher Tausende zur Auswanderung aus Deutschland nach Frankreich und hier zunächst nach Elsaß-Lothringen verlockt. Die breite Masse des Volkes also auf dem Land wie in der Stadt war deutsch; französisch dachten und sprachen nur die Gebildeten oder die, die als solche sich ausgaben. Nichts hätte näher gelegen, als sich der Interessen derjenigen unmittelbar anzunehmen, die deutsch waren, und sie so dem Einfluß derer zu entziehen, welche diesen in französischem Interesse geltend machten.

Das aber stand mit der ganzen Geistesrichtung der deutschen Regierung in Widerspruch. Regierte man

doch in Alt-Deutschland, indem man die Interessen der höheren Klassen gegen die der unteren wahrnahm. In Preußen war der Junker maßgebend; im Reiche herrschte man mit Hilfe von Ausnahmegesetzen gegen Geistliche und Sozialisten. Vielleicht daß die aus Süddeutschland stammenden elsaß-lothringischen Beamten für den Gedanken, auf die unteren Klassen gestützt zu regieren, zu gewinnen gewesen wären; aber sie waren nicht tonangebend. Das waren diejenigen, die aus Norddeutschland stammten. Diese aber hatten gesellschaftliche Anschauungen, die jenen Gedanken vollständig ausschlossen. In ihren Kreisen hat man den Satz, daß, wer das Geld hat, auch das Recht hat, denen, die damit nicht gesegnet sind, in wirtschaftlicher, politischer, religiöser und sozialer Beziehung zu befehlen, stets als die Quintessenz sozialer Weisheit betrachtet. In diesem Credo flossen die Anschauungen von Junker und Bourgeois zusammen. Auch die Rechtlosigkeit der Unteren gegenüber den Reichen gehörte zu den gottgewollten Abhängigkeiten. Die aristokratisch gerichteten, maßgebenden Persönlichkeiten konnten sich nicht von der Auffassung losmachen, daß man gestützt auf die Schichten in gehobener Lebensstellung, auf die Notabeln, regieren müsse. Dafür hatten die französischen Präfekten des zweiten Kaiserreichs das Vorbild gegeben. Man glaubte am ehesten die Bevölkerung zu gewinnen, wenn man fortfuhr, so zu regieren, wie diese regiert hatten.

Das war um so verführerischer, als noch das ganze Arsenal von freiheitbeschränkenden Gesetzen und Verordnungen zur Verfügung stand, welche Napoleon III.

seit 1849 für ganz Frankreich erlassen hatte. Es machte es völlig überflüssig, daß die deutsche Regierung irgendein neues Gesetz gegen aufrührerische Bestrebungen erließ; sie brauchte, wenn sich solche zeigen sollten, nur das geltende französische Recht, das sie vorfand, zur Anwendung zu bringen. Die einzige von der deutschen Gesetzgebung gleich nach der Annexion getroffene Neuerung war der Erlaß des sog. Diktaturparagraphen; aber auch dieser bestand nur in der Übertragung der Rechte, welche das französische Gesetz vom 9. August 1849 für den Fall des Belagerungszustandes der Militärbehörde zuweist, auf die oberste Zivilbehörde; und auch von dem Diktaturparagraphen ist, abgesehen gegen ein paar Geistliche, bezeichnenderweise nur gegen deutsche Arbeiter Gebrauch gemacht worden, weil sie dem Arbeiterfortbildungsverein in Straßburg einen sozialistischen Charakter hatten geben wollen. Es ist also eine völlig irrige Meinung, die im Ausland und vielfach auch in Deutschland sich findet, als ob die deutsche Regierung die Elsaß-Lothringer durch neuerlassene drakonische Gesetze und Verordnungen gequält habe. Gewiß, es hat auch nicht an absurden, kleinlichen Maßnahmen gefehlt. Aber Anordnungen, wie die mir noch erinnerliche, auf dem Schilde des Haarkünstlers das Wort *Coiffeur* durch das allerdings ganz unfranzösische *Friseur* zu ersetzen, dienten doch weniger zur Erbitterung als zur Erheiterung. Im übrigen hat man die französischen Gesetze, die man vorfand, einfach fortbestehen lassen, und weit entfernt, sie rigoros zur Anwendung zu bringen, ist man, ganz so wie es die französischen Präfekten gemacht hatten, oft nur zu sehr

bemüht gewesen, durch Hinwegsehen über Gesetzübertretungen die Elsaß-Lothringer zu gewinnen, nur daß man dabei dem demokratischen Charakter der eingeborenen Bevölkerung zu wenig Rechnung getragen hat. Man hatte es eben immer nur darauf abgesehen, die Notabeln zu gewinnen.

Aber gerade daß man die vorgefundenen Gesetze des zweiten Kaiserreichs fortbestehen ließ, war der Vorwurf, den die freiheitlich gesinnten Elsaß-Lothringer gegen die deutsche Regierung erhoben. In Frankreich hatte die dritte Republik sie abgeschafft; in Deutschland gab es nichts dergleichen. Elsaß-Lothringen erschien also als eine zwischen zwei freiheitlicher geordneten Ländern gelegene Insel, deren Gesetze somit den Charakter von Ausnahmegesetzen erhielten. Daß man sie tatsächlich nicht oder nur im äußersten Notfalle zur Anwendung brachte, wurde aber der Regierung gleichfalls nicht als Verdienst angerechnet. Es galt nur als ein Zeichen der Willkürherrschaft, der man unterworfen sei. Und ebensowenig entsprach den Vorstellungen vom Rechtsstaat, die man im Herzen trug, die Landesvertretung, der Landesausschuß, die 1875 eingeführt wurde. Denn sie hatte nur beratende Stimme. Und als im Jahre 1879 die Statthalterschaft kam mit einem Staatssekretär als erstem Minister und vier diesem untergeordneten Unterstaatssekretären, klagte man vor allem aus Anlaß der außerordentlich großen Kostspieligkeit des neuen Verwaltungsapparates — selbst der frühere Oberpräsident von Möller sprach gelegentlich eines späteren Besuches in Straßburg von einer wahren Orgie, welche die Bureaukratie da gefeiert habe —, über eine

neue Vergewaltigung des Landes durch Bundesrat und Reichstag und darüber, daß, was allerdings einstweilen noch notwendig war, der Reichsgesetzgebung vorbehalten blieb, eine vom Landesausschuß gegen den Willen der Regierung beschlossene oder verworfene Gesetzesvorlage abzuändern oder wiederherzustellen. Davon ist meiner Erinnerung nach nie Gebrauch gemacht worden; aber man empfand es doch als ein über dem Haupt der Landesvertretung schwebendes Damoklesschwert. Vor allem aber hat es Schaden gebracht, daß man gestützt auf Notable regieren wollte. In Wirklichkeit gab es nur mehr wenig wirklich notable Familien im Lande; die meisten waren nach Frankreich ausgewandert. So suchte man denn nach Persönlichkeiten, die man zu Notabeln machen konnte, war bemüht, sie durch Begünstigungen aller Art zu gewinnen, und hoffte, daß diese zum Dank den ihnen verschafften Einfluß im deutschen Interesse geltend machen würden. Bei ihrer Auswahl fehlte es nicht an Mißgriffen, welche den Spott erregten. Aber davon ganz abgesehen und abgesehen davon, daß dies nur die Fortsetzung der Regierungsweise des zweiten Kaiserreiches war, welche der liberale Elsässer perhorreszierte, die zu Notabeln gemachten Personen waren sich wohl bewußt, daß ihre ganze Bedeutung darauf beruhe, daß sie sich nicht für das Deutschtum gewinnen ließen; denn sobald sie gewonnen waren, hörte die für sie so vorteilhafte Liebesmühe, sie zu gewinnen, auf. Daher unter ihnen das Schlagwort: „Nur nicht zu deutsch." So hat sich die Regierung in ihnen lediglich einen Popanz geschaffen, vor dem sie sich dann selbst fürchtete.

Ganz besonders ist es ein Fehler gewesen, daß man die städtische und ländliche Bevölkerung so lange dem Einfluß der Notare überantwortet hat. Die Notare hatten eine ganz andere Bedeutung in Elsaß-Lothringen wie unsere Notare in Deutschland. Es gab im Reichsland ebensowenig wie in Frankreich eine Grundbuchordnung oder ein Hypothekenbuch. Es fehlte also, wenn man ein Grundstück kaufen wollte, jene Möglichkeit, sich durch einen Blick in Grundbuch und Hypothekenbuch zu überzeugen, wer der Eigentümer und ob und wieweit das Grundstück mit Hypotheken belastet sei. Das wußte nur der Notar, der die Kaufsurkunden und Verschuldungsurkunden ausgefertigt hatte. Er nahm auch die Gelder ein, die beim Verkauf eines städtischen oder ländlichen Grundstückes erlöst wurden, legte sie für seine Kunden wieder an, lieh sie an Kreditbedürftige aus, erfüllte alle Funktionen eines Bankiers. Wie der Geistliche der Beichtvater der weiblichen, so war der Notar der der männlichen Bevölkerung. Welchen Einfluß das gab, liegt auf der Hand. Diese Notare stammten noch zum größten Teil aus der französischen Zeit; in welcher Richtung ihr Einfluß geltend gemacht wurde, braucht nicht gesagt zu werden. Man hätte damit beginnen müssen, den Notar im Reichsland auf die Stellung des deutschen Notars herabzumindern, indem man sofort nach der Einverleibung Grundbuchordnung und Hypothekenbuch nach deutschem Muster eingeführt und seine Funktionen als Geldverleiher durch die Gründung von Darlehenskassen ersetzt hätte; aber erst gegen Ende der achtziger Jahre hat man diese Reformen vorgenommen.

Nicht weniger wirkte der Wiedergewinnung der Bevölkerung entgegen, daß die Regierung die Jagd in den im Elsaß überaus ausgedehnten Staatswaldungen an Notable verpachtete. Diese ließen die Pacht allmählich an andere Personen übergehen, und schließlich befanden sich die Jagden fast nur in französischen Händen. Ja, es wurde, vielleicht nicht mit Unrecht, behauptet, daß der französische Kriegsminister selbst einen Teil der Pachtsumme bestreite, welche den Wert der Beute, selbst den des Vergnügens oft weit überschreite. An allen den Jagden beteiligten sich nämlich französische Offiziere in größerer Zahl. Sie boten ihnen die schönste Gelegenheit zu Agitationen. Durch die mannigfachen Beziehungen zu den Einwohnern als Treiber, Waldhüter u. dgl. wurde nicht nur Fühlung mit diesen behalten und die Anknüpfung neuer Verbindungen ermöglicht, sondern man machte sich auch mit den Waldungen und Stegen und allen Eigentümlichkeiten der riesigen Forstgelände genau bekannt. Als Folge wußte in den reichsländischen Grenzbezirken wohl keiner besser Bescheid, als jene in Masse herüberkommenden Offiziere. Bei der Grenzbevölkerung aber wurde der Eindruck erweckt, daß Frankreich nach wie vor in dem Reichsland maßgebend sei.

Noch schlimmer war die Nichteinführung der deutschen Gewerbeordnung in Elsaß-Lothringen; nicht als ob dadurch die Gewerbefreiheit den Elsaß-Lothringern vorenthalten worden wäre; Gewerbefreiheit bestand ja in Frankreich schon seit der Revolution. Aber Arbeiterschutzgesetzgebung und Koalitionsrecht blieben der Arbeiterbevölkerung dadurch vorenthalten und diese

damit völlig dem Einfluß der Fabrikanten überlassen. Ich werde noch darauf zurückkommen.

Das waren Fehler von ernster Bedeutung. Mitunter aber führte die Notabelnpolitik sogar zu geradezu grotesken Maßnahmen. So erinnere ich mich noch, wie von Herrn Jaunez, dem protestlerischen Reichstagsabgeordneten und Vizepräsidenten des Landesausschusses erzählt wurde, daß er, der ein leidenschaftlicher Angler war, beim Fischen in einem verbotenen Gewässer ertappt wurde und noch dazu sitzend unter der Tafel, auf der das Fischereiverbot angeschlagen war. Ein Gendarm hatte ein Protokoll über das Vergehen aufgenommen. Das hatte aber nicht etwa den Erfolg, daß Herr Jaunez bestraft wurde, sondern daß das Verbot auf den Tag nach der Abfassung des angelnden Notabeln neudatiert wurde. Die Wirkung solcher Vorgänge auf die Gewinnung von Sympathie für Deutschland mag daraus erkannt werden, daß der Sohn desselben Herrn Jaunez, wie die Zeitungen berichtet haben, alsbald nach Ausbruch des Krieges 1914 ins französische Lager überging.

Ein anderer Aufsehen erregender Fall, der mir in Erinnerung geblieben ist, spielte sich ab beim Tode des Herrn Hartmann, dem das ganze Münstertal leibeigen gehörte. Es galt in den achtziger Jahren in Elsaß-Lothringen noch dasselbe Besteuerungssystem wie vor 1870 in Frankreich. Die Masse der Staatseinnahmen wurde durch indirekte Steuern aufgebracht, also von den unteren Klassen getragen; die einzige von den Vermögenden getragene Steuer, die etwas Erhebliches brachte, war die Erbschaftssteuer; sie war auch die einzige, mittels deren man die reichen Elsässer, die, nach Frank-

reich übergesiedelt, ihr Einkommen aus Elsaß-Lothringen bezogen, zur Tragung der Staatskosten heranziehen konnte; denn zu den indirekten Steuern trugen ja die im Auslande Wohnenden nichts bei. Da starb Herr Hartmann. Er war 1870 nach Paris übergesiedelt, gehörte zu unseren erbittertsten Feinden, und sein ganzer Einfluß im Münstertal war gegen die Deutschen gerichtet. Da sein sehr großes Vermögen überwiegend im Elsaß lag, war hier die Gelegenheit, dieses entsprechend dem geltenden Recht mittels der Erbschaftssteuer zur Tragung der Staatslasten heranzuziehen. Schon hatten die Beamten des Finanzministeriums mit Freuden ausgerechnet, welch großer Windfall ihre Kassen füllen würde. Da schickten die Erben — sie dienten in der französischen Armee — ihren Vertreter an die höchsten Instanzen der Regierung, und diese war so liebenswürdig, mit ihnen über eine weit geringere Pauschalsumme, als den von den Finanzbeamten ausgerechneten Betrag zu akkordieren. Dazu hatte die Regierung nach dem noch geltenden französischen Gesetze allerdings das Recht, aber keineswegs die Pflicht, und in jedem anderen Lande hätte man wohl Anstand genommen, von jenem Rechte gerade zugunsten eines rücksichtslosen Gegners Gebrauch zu machen.

Solche Vorkommnisse riefen auch auf altdeutscher Seite Erbitterung, bei den Elsaß-Lothringern Mißachtung hervor. Sie galten ihnen als Schwäche.

III.

Ich habe die Nichteinverleibung Elsaß-Lothringens in Preußen als das Verhängnis der deutschen Politik in Elsaß-Lothringen bezeichnet. Es würde den Tatsachen nicht entsprechen, wollte ich verschweigen, daß sie auch ein Gutes gebracht hat. Sie hat Elsaß-Lothringen davor bewahrt, daß man den Kulturkampf dahin übertragen hat.

Heute ist man in Deutschland wohl ziemlich einig, daß der Kulturkampf ein großer Fehler gewesen ist. Namentlich der Liberalismus hat ihn zu bereuen. Mit Hilfe der liberalen Partei hatte Bismarck das Reich gegründet. Aber die liberalen Parteien haben ihr Erstgeburtsrecht für weniger als ein Linsengericht hingegeben. Als sie als Lohn ihrer Hilfe Anteil an der Regierung verlangten, war Bismarck wenig geneigt, darauf einzugehen. Aber die Politik des *do ut des* brachte es mit sich, daß er ihnen etwas gab, um sie an sich zu fesseln. Zu den Forderungen ihres Programms gehörte die Befreiung des Staates von dem Einfluß der Kirche. Die konsequente liberale Lösung wäre die Trennung von Staat und Kirche gewesen. Denn das Wesen des Liberalismus besteht in dem Grundsatz, an die Stelle einer auf Gewalt eine auf der freien Über-

zeugung eines jeden beruhende Ordnung zu setzen. Davon aber wollte auch die protestantische Kirche nichts wissen. Bismarck bot den Liberalen statt dessen die Unterwerfung der Kirche unter die Staatsautorität. Das war die Übertragung der Gewaltpolitik auf das Gebiet der Kirche. In ihrem Streben, das Autoritätsprinzip der Kirche zu brechen, haben die Liberalen, indem sie diesem die der Kirche übergeordnete Autorität des Staates, statt der Trennung von Staat und Kirche entgegengesetzten, ihr eigenes Grundprinzip preisgegeben. Bismarck aber hat, sobald die Liberalen, nachdem sie sich im Kampf gegen die katholische Kirche die Zähne ausgebissen hatten, nach mehr verlangten, mit dem Papste Frieden geschlossen; das Zentrum ist heute mächtiger wie je und der Liberalismus zum Schatten geworden. Daß man in Elsaß-Lothringen nicht liberal regierte, hat, so sehr es der Assimilierung der Elsaß-Lothringer mit Deutschland auch sonst im Wege gestanden hat, wenigstens die Folge gehabt, daß man das Reichsland mit dem Kulturkampf verschont hat.

Wenn auch die Stadt Straßburg überwiegend aus Protestanten bestand, so waren doch sieben Achtel der elsaß-lothringischen Bevölkerung katholisch. Den Kulturkampf in ein katholisches Land zu tragen, das man gewinnen wollte, wäre Wahnsinn gewesen.

Aber wenn auch durch Unterlassen des Kulturkampfes eine Verschärfung der Gegensätze im Reichsland vermieden wurde, der Gewinnung auch nur des Klerus für die deutsche Sache hat dies erst genützt, nachdem der Kulturkampf auch im Reiche beendet

war. Bis dahin diente, was an Vergewaltigung katholischer Gefühle in Altdeutschland in den siebziger Jahren geschah, nur als Beleg, wessen man sich von der deutschen Gewaltpolitik zu versehen hätte, wenn man nur erst einmal deutsch geworden. Das dadurch wach gehaltene Mißtrauen hat zur Aufrechterhaltung des protestlerischen Geistes, namentlich im Oberelsaß, wesentlich beigetragen.

Es lag in der Natur der gekennzeichneten Notabelnregierung und entsprach auch der Organisation der katholischen Hierarchie, daß die Regierung zunächst die Bischöfe und durch diese Einfluß auf den Diözesanklerus zu gewinnen suchte. Bischof von Straßburg war damals der hochbetagte Räß. Er stammte aus einer elsässischen Bauernfamilie und war von außergewöhnlicher Klugheit; dabei saß ihm der Schalk im Nacken. Mit meiner Familie war er durch alte Freundschaft verbunden, namentlich mit meinen Eltern. Es war selbstverständlich, daß ich ihn aufsuchte. Dann war er voll Schnurren, auch solchen, die nicht immer wahr waren. So erzählte er mir gleich bei meinem ersten Besuche vom Tode meines Onkels Clemens. Er sei, um ihn noch lebend zu treffen, nach Aschaffenburg gekommen. Als er aber in das Sterbezimmer getreten, sei Clemens eben verschieden gewesen. Da habe der pflegende Diener zu ihm gesagt: „Der gute selige Herr Clemens, der ist nun auch im rosenfarbenen Himmel.“ „Ich sage Ihnen,“ fuhr Bischof Räß fort, „der Clemens war schon tot. Wie der Diener aber das sagte, hat er sich noch einmal herumgedreht: ‚Na Joseph, du glaubst wohl, der Himmel sei mit bayrischen Bierkrügen

ausgemalt' und dann war's aus." Die ganze Geschichte ist selbstverständlich erfunden, wie meine Mutter, die beim Tode meines Onkels allein anwesend war, mir zum Überfluß ausdrücklich bezeugt hat. Aber sie war, wie jeder zugeben wird, gut erfunden. Und derselben Heiterkeit des Gemüts bediente er sich auch, wo es galt, ihm unbequeme Zumutungen abzuwehren. So hatte er einst das Ansinnen der Kaiserin Eugenie, den zweiten Münsterturm auszubauen, mit dem Wortspiel abgelehnt: Les Strasbourgeois ne sont pas de faiseurs de tour. Er war noch in seinem hohen Alter allen deutschen Beamten an Klugheit ebenso überlegen, wie er dies den französischen Beamten gewesen war.

Räß war nicht nur selbst deutscher Schriftsteller — er hat zusammen mit Weis, dem späteren Bischof von Speier, längere Zeit die Zeitschrift „Der Katholik" herausgegeben und eine Geschichte der Konvertiten geschrieben —, er hatte auch in der französischen Zeit im kirchlichen Interesse das Deutschtum im Elsaß allzeit energisch verteidigt. Als Napoleon III. nach 1866 alles Deutsche aus dem Elsaß zu verdrängen suchte, stand im „Volksfreund, Sonntagsblatt für christliche Familien, Straßburg 1866" zu lesen:

„Deutsch ist unsere Muttersprache; unsere Ahnen und Urahnen seit Jahrhunderten sprachen deutsch, unsere Sitten, Gebräuche, Denkweise, Geschichte sind deutsch. Deutsch haben wir unser erstes Vaterunser gebetet ... Es wäre eine Schmach für uns, wenn wir mit der Sprache das alles vergessen und in den Wind schlagen wollten ... Ein bißchen mehr Stolz, meine lieben Landsleute, und viel weniger Nachäfferei und Charakterlosigkeit, wenn der Volksfreund bitten darf!"

Der Ehrendomherr Cazeaux in Straßburg hat 1867 gegen die französischen Verwaltungsmaßnahmen zur Ausrottung der deutschen Sprache in der Schule geschrieben: „Wer die deutsche Sprache bekriegt, vergreift sich an der Religion, der Moral und somit an der Gesittung des Elsaß", und Bischof Räß hat, wie man mir gesagt hat, in der französischen Zeit den Unterricht im Straßburger Klerikalseminar deutsch erteilen lassen. Es ist bezeichnend, daß er ihn vom Tage der Annexion angefangen französisch erteilen ließ. Wie damals ihn die französische Regierung durch Entgegenkommen in diesem oder jenem Anliegen zu vermögen suchte, in französischer Sprache zu lehren, so jetzt umgekehrt die deutsche. Dabei ließ er sich durch keine von beiden gewinnen. Nötigenfalls, wenn ein Beamter ihn aufsuchte, um über das eine oder andere Klage zu führen, benützte er seine Schwerhörigkeit, um den Sturm abzuschlagen und antwortete auf ihm Unbequemes mit Äußerungen über den Stand der Ernte u. dgl. Einen seiner lustigsten Streiche bei solcher Abwehr hat er mir selbst erzählt. Das Oberelsaß war damals wie später der Hauptsitz der protestlerischen Geistlichkeit, und deren Wortführer war, wie später der Abbé Wetterlé, der Abbé Winterer. Als der Feldmarschall einmal das Elsaß bereiste, wurde er allenthalben mit Glockengeläute und weißgewaschenen Jungfern empfangen. Nur als er in den Bezirk kam, in dem Abbé Winterer allmächtig war, kein Glockengeläute und keine weißgewaschenen Jungfern. Im Oberelsaß, das sehr viel früher als Straßburg französisch geworden und dementsprechend weit mehr als dieses französi-

siert war und in Mülhausen, in dem der republikanische Geist aus der Zeit, da es noch zur Schweiz gehörte, nicht erloschen war, war das Protestlertum eben besonders rührig. Das widersprach ganz dem Zweck, den der Feldmarschall bei seinem Streben, die Bischöfe, den Klerus und durch diesen die Gläubigen zu gewinnen, verfolgte. Er scheint nicht genug beachtet zu haben, daß die katholische Kirche sich mit den verschiedensten politischen Richtungen verträgt und in politischen Fragen, soweit sie nicht die Moral und ihr Interesse berühren, die Gläubigen keineswegs an das Wort der Bischöfe bindet. Nach Straßburg zurückgekehrt, suchte der Feldmarschall alsbald den Bischof auf: „Ich lege ja gar kein Gewicht darauf, mit Glockengeläute und weißgewaschenen Jungfern empfangen zu werden, aber, hochwürdigster Herr Bischof, ich hätte gedacht, die Disziplin bringe es mit sich, daß, was in einem Teil der Diözese gilt, in der ganzen beachtet wird." Das traf den Bischof, der eine ausgesprochene Herrschernatur war, empfindlich; aber er antwortete nichts. Kurz darauf kam der alte Kaiser Wilhelm nach Baden-Baden. Der Bischof bat den Feldmarschall, ihm doch eine Audienz beim Kaiser zu erwirken. Der Feldmarschall war glücklich, daß der sonst so spröde Bischof um eine Audienz beim Kaiser bat, und der Bischof fuhr nach Baden. Zurückgekommen, ging er zum Statthalter, sich zu bedanken. „Nun, wie war der Kaiser?" „O, ein lieber, gnädiger Herr! Ich habe ihn aber auch gefragt, was ich machen solle; da sei der Statthalter, der mit Glockengeläute und weißgewaschenen Jungfern empfangen werden wolle; was soll ich

denn tun, wenn Ew. Majestät kommen?" Nachdem mir der Bischof die Geschichte erzählt hatte, nahm ich Gelegenheit, das Gespräch beim Statthalter darauf zu bringen. Der Statthalter war wütend. „Gerade den Punkt hat der Bischof herausgefunden, wo der alte Herr sterblich ist." Und wirklich erging eine Aufforderung an einen hochstehenden Juristen, ein Gutachten zu erstatten, ob etwas im Wege stehe, daß auch der Statthalter mit Glockengeläute und weißgewaschenen Jungfern empfangen werde. Da der Statthalter gewisse Souveränitätsrechte ausübte, fiel das Gutachten zugunsten des Glockengeläutes und der weißgewaschenen Jungfern aus.

Erst nach dem Tode des Bischofs Räß, als man dem auch in anderen deutschen Landen herrschenden Grundsatz in Straßburg huldigte, dafür zu sorgen, daß nicht gerade die fähigsten unter den Geistlichen Bischöfe werden, hat man mit dem Bischof von Straßburg bessere Erfolge erzielt. Die niedere Geistlichkeit dagegen ist allen deutschen Annäherungen gegenüber kühl geblieben. Auch die größten Liebenswürdigkeiten Manteuffels wollten bei ihr nicht verfangen. So erinnere ich mich noch des 400jährigen Geburtstages Luthers. Die katholischen Blätter strotzten von gehässigen Artikeln über den Reformator; das rief dann entsprechende Erwiderungen in den protestantischen Zeitungen hervor. Darauf versammelte der Statthalter die Geistlichkeit Straßburgs an seiner Tafel und hielt ihnen eine Tischrede, worin er die Vortrefflichkeit ihres Wirkens rühmte. Die Anwesenden hörten schweigend zu, aber beim Fortgehen sagte einer in der Gar-

derobe zu den übrigen: „Bisher hab' ich gemeint, das Palais des Statthalters sei in der Brandgass', es ist aber ‚Wo der Fuchs den Enten predigt';" (so heißt ein Gäßchen im alten Straßburg). Umgekehrt versammelte der Statthalter auch die protestantische Geistlichkeit an seinem Tisch; außer ihr war nur der Erste Staatsanwalt noch geladen. Dieser selbst hat mir erzählt, wie seltsam er sich als Weltkind inmitten der Propheten gefühlt habe. Plötzlich rief ihm der Statthalter über den Tisch zu: „Das sind ja abscheuliche Angriffe in den Blättern auf Luther, warum ist man dagegen nicht eingeschritten?" „Ich wußte wohl," sagte der Staatsanwalt, „daß, wenn ich eingeschritten wäre, ich das Mißfallen des Statthalters im höchsten Grade erregt haben würde; aber ich begriff die Absicht und stammelte, daß sofort die entsprechenden Maßregeln ergriffen werden sollten. Es wurden aber keine ergriffen."

Ich möchte zum Schluß dieser meiner Berührung der religiösen Verhältnisse im Elsaß noch eines Ausfluges gedenken, der mir in der erfreulichsten Erinnerung geblieben ist. Auf dem Ölenberg bei Mülhausen befand sich ein berühmtes Trappistenkloster. Der Abt van der Meulen war ein intimer Freund meines Vaters gewesen; jetzt war er alt und bettlägerig, außerdem befand sich dort noch als Mönch ein Neffe des Kardinals Diepenbrock, der gleichfalls meiner Familie aufs engste befreundet war, in dem Kloster. Sie ließen mich wissen, daß mein Besuch ihnen willkommen wäre, und ich werde diesen Besuch nie vergessen.

In Begleitung eines Bekannten begab ich mich nach dem Ölenberg. Schon bevor wir an das Kloster

herankamen, sahen wir Laienbrüder in braunem Gewand, die auf dem Feld pflügten. An der Pforte kam uns eine Bauernfamilie entgegen, die Frau und Kinder überströmend von Tränen. Ins Kloster eingetreten, übernahm alsbald Pater Diepenbrock unsere Führung. Er zeigte uns das Kloster in allen seinen Einrichtungen. Der Abt selbst konnte uns infolge seiner Krankheit nicht sehen, dagegen hatte er bestimmt, daß jedweder Mönch oder Laienbruder, den wir anreden würden, uns antworten dürfe; bekanntlich ist absolutes Schweigen Ordensregel der Trappisten.

Zuerst wurde uns das Kloster gezeigt; der große Schlafsaal, eingeteilt in nach oben offenstehenden Zellen, in jeder ein Strohsack, ein Tischchen mit Waschschüssel und eine Geißel; denn des Abends, bevor ein jeder zu Bett geht, muß er sich geißeln. Ebenso merkwürdig war der Speisesaal. An der Spitze desselben ein Quertisch, an den beiden Seiten des Saales lange Tische, aber keine Stühle; unter den Tischen lagen einbeinige Sitze, gleich denen, welche die Pflasterer benützen. Auch bei den Mahlzeiten findet Abtötung statt, indem man, ohne dabei festsitzen zu können, die Mahlzeiten einnehmen muß. Morgens um 4 Uhr gehen die Mönche zur Arbeit; da werden sie von dem den Betrieb leitenden Mönche zu dem angewiesen, was ein jeder zu jeder Stunde des Tages zu tun hat. Dann wird den ganzen Tag über nicht wieder zu ihnen gesprochen. Wenn sie dann abends sich im Speisesaal einfinden, hat ein jeder öffentlich zu bekennen, worin er sich den Tag über verfehlt hat, und wenn einer ein Verfehlen verschweigt, was ein anderer beobachtet hat,

so ist dieser verpflichtet, ihn anzuklagen. Darauf wird die ihm zukommende Strafe diktiert. Die Mahlzeiten sind absolut vegetarisch; der Unterhalt stellt sich, die Kleidung mit eingeschlossen, auf etwa 25 Pfennige pro Tag und Kopf.

Die erste Aufgabe der Trappisten ist die Bestellung des Landes; sie haben rings um ihr Kloster einen Boden, der infolge von Geröll völlig ertraglos gewesen war, in fruchtbares Ackerland verwandelt, haben den Bach, dessen übertretende Fluten die Felder zerstörten, eingedämmt und geregelt; außerdem wird in dem Kloster alles angefertigt, was das Kloster selbst braucht; nur die Schafwolle, aus der die Kutten gefertigt werden, wird von ihnen gekauft; aber sie wird von ihnen selbst gewebt, das Tuch zugeschnitten und genäht, und auch ihre Fußbekleidung wird von ihnen hergestellt. Also eine fast völlig sich selbst genügende Wirtschaft. Alle vorhandenen Baulichkeiten sind von den Mönchen selbst errichtet; die größte Leistung aber war ein riesiger Tunnel, der oben am Berge anfing, um am Fuße zu münden. Die Arbeit ist nämlich nach den Regeln der Trappisten Selbstzweck, und in der Jahreszeit, in der es auf dem Felde keine Beschäftigung gibt, und auch in den Werkstätten des Klosters oder in der Klosterbrauerei nicht genug Arbeit war, wurden die Mönche beschäftigt, diesen Tunnel zu graben. Die Erde, die sie ausgruben, war lehmig; sie haben daraus selbst die Ziegel gefertigt, um den Tunnel auszumauern und die Treppen herzustellen, die vom Gipfel bis zum Fuße des Berges führen. Rechts und links im Tunnel lagerte in großen selbstgefertigten Fässern das selbstgebraute Bier.

Nachdem wir alles besichtigt, gingen wir auch auf den Begräbnisplatz der Mönche; da sah es für den ersten Anblick etwas unordentlich aus; die Gräber standen nämlich nicht in gleicher Ordnung nebeneinander; bei dem einen stand das Grabkreuz an dem einen, bei einem anderen am entgegengesetzten Ende. Ich frug, was das bedeuten solle; darauf verwies mich der Pater, ich möge lesen, was auf jedem Grabkreuz stehe. Auf dem einen stand *Monachus*, auf dem anderen *Frater*, je nachdem ein Geistlicher oder ein Laienbruder da begraben war. Die weitere Erklärung sagte, bei den Geistlichen oder Mönchen sei das Kreuz nach Osten gerichtet, denn am Jüngsten Tag würden sie zuerst gerichtet, und die als gerecht Befundenen würden alsdann am Gericht über die Laienbrüder teilnehmen. Eine befremdend anmutende Anordnung. Sonst macht der Tod alles gleich; hier in diesem Kloster, das im Leben den Vornehmsten gleich dem Geringsten behandelt, welch aristokratische Überhebung des Geistlichen über den Laien!

Während wir all dies besichtigten, begegneten wir nicht wenigen Ordensbrüdern; es befinden sich darunter Personen aus allen Ländern und aus allen Ständen, vornehme Leute, die es im Leben zu hohen Ehrenstellungen gebracht, aber über die Nichtigkeit dieser Welt enttäuscht, ihr den Rücken kehrten, wie auch andere, die aus irgendeinem Grunde aus der Welt verschwinden wollten. Wir sahen einzelne ganz aristokratische, feine Gesichter, daneben aber auch plumpe und solche mit nicht angenehmem Ausdruck. Wir haben mehrere von ihnen angeredet, und es schien uns,

als ob jeder, dem wir begegneten, sich danach sehne, angeredet zu werden.

Zum Schluß wurde uns in den Fremdenzimmern des Klosters ein wohlschmeckendes Mahl aufgetischt. An der Wand befand sich ein großes Bild des Feldmarschalls. Als ich darauf verwies, antwortete der Pater lachend: „Man muß dem Teufel — ich meine dem Manteuffel — auch ein Kerzchen anstecken." Nun brachte ich das Gespräch auf die weinenden Leute, die wir beim Eintritt ins Kloster begegnet hatten. Als Grund ihrer Tränen wurde mir erzählt, daß sie, von Schulden bedrückt, ihre Felder dem Kloster zum Kaufe angeboten hatten, um sie nicht dem „Juden" überlassen zu müssen. Das Kloster aber habe das Angebot ablehnen müssen; denn schon verlauteten Stimmen, daß sich in der toten Hand zu viel Grundbesitz häufe. Da das Kloster besser bezahle, als was die bedrängte Familie vom „Juden" zu erwarten habe, seien sie weinend von dannen gegangen. Auch hier trat mir wieder der Nachteil des Fehlens ländlicher Darlehenskassen entgegen.

Die Besichtigung der Klosterwirtschaft der Trappisten ist für mich in mehrfacher Hinsicht anregend gewesen. Sie hat mir anschaulich vorgeführt, wie im Mittelalter wirtschaftliche Leistungen von einer Intensität möglich gewesen sind, welche heute nur bei sehr hohem Preisstand der Produkte oder massenhafter Benützung ausführbar sind. Wo die Arbeit als Selbstzweck geleistet wird und die Arbeitskosten sich so außerordentlich niedrig stellen wie auf dem Ölenberg, kann man unbekümmert um Preise der Produkte

und größere oder geringere Benützung wirtschaftlich alles leisten, was nach dem jeweiligen Stand der Technik geleistet werden kann. Damit schien mir auch die Verwendbarkeit des Trappisten zur Kolonisation in Gegenden gegeben, deren Erschließung große Arbeitsleistungen erheischt, während noch für lange weder an lohnende Preise, noch an eine die Kosten deckende Massennutzung zu denken ist.

Nachdem ich nach Straßburg zurückgekehrt war, habe ich in meinem für die mir gewordene liebenswürdige Aufnahme an Pater Diepenbrock geschriebenen Dank auch diese Gesichtspunkte hervorgehoben. Bald darauf erhielt ich als Antwort die Bitte, dasselbe doch an den damaligen preußischen Minister von Puttkamer zu schreiben. Er hatte auf Grund der Kulturkampfgesetzgebung eine Niederlassung der Trappisten im Regierungsbezirk Trier verboten. Obwohl ich wußte, daß es erfolglos sein würde, habe ich doch dieser Bitte gern entsprochen. Das Ergebnis war das erwartete. Die Tyrannei jeglicher Färbung ist gegen Argumente stets hieb- und stichfest gewesen. Welche Gefahr hätte die Tätigkeit dieser schweigenden, lediglich der Arbeit lebenden Mönche dem preußischen Staate gebracht?

IV.

Im Jahre 1567 hatte unter dem Einfluß des Humanismus die Stadt Straßburg eine Akademie mit einer philosophischen Fakultät ins Leben gerufen; sie ist 1621 auf Grund eines kaiserlichen Privilegs zur Universität erweitert worden. Diese Universität ist bis zur Französischen Revolution hin der Sitz deutschen Geisteslebens gewesen und hat nicht wenig dazu beigetragen, deutsches Wesen im Elsaß zu erhalten. Sie hat auch über dessen Grenzen hinaus gewirkt und eine ungewöhnliche Bedeutung für die Bildung der zivilisierten Nationen erlangt. Nicht nur in Deutschland, sondern auch in Frankreich, Dänemark, Schweden, Rußland holte man sich mit Vorliebe Männer, die aus der Straßburger Schule hervorgegangen, und Söhne nicht nur aus nahezu allen vornehmen Familien des Deutschen Reiches — ich nenne unter den im öffentlichen Leben Hervorgetretenen Cobenzl, Montgelas, Metternich — sondern auch Franzosen wie Segur, Destutt de Tracy, Rayneval, Bourgoing, Bignon haben in Straßburg studiert. Vor allem aber ist die alte Universität Straßburg in unser Herz gegraben durch Goethes Schilderung seiner dortigen Studienzeit; er hat dort das Idyll mit Friederike von Sesenheim erlebt, die

Salzmannsche Tischgesellschaft, Herder und Jung-Stilling gefunden und die wirksamsten Anregungen für das Leben erhalten.

Diese alte Universität hat 1793 unter der Schreckensherrschaft ihr Ende gefunden. Der Terror hat, um der „Hyder des Deutschtums" ein Ende zu bereiten, die Universitätsprofessoren ins Gefängnis gesteckt. An Stelle der Universität hat man dann Fachschulen in Straßburg eingerichtet. Dann war 1808 der gesamte öffentliche Unterricht Frankreichs in der napoleonischen *Université* mit ihrem Mittelpunkt in Paris konzentriert worden, von welcher eine Akademie in Straßburg ein Glied war. Die gigantische Administration zerstörte alle Autonomie der einzelnen Unterrichtsanstalten und hat nach dem Zeugnis einer unmittelbar vor Ausbruch des Deutsch-Französischen Krieges geschriebenen Schrift eines Elsässers (Charles Schützenberger, professeur de clinique médicale à la Fakulté de médecine de Strasbourg, Strasb. 1870, p. 56) zur Verkümmerung jeder wissenschaftlichen und intellektuellen Regsamkeit und zur Erschlaffung des höheren Unterrichts geführt.

Nachdem Elsaß und Lothringen mit dem Deutschen Reiche wieder vereinigt waren, hat Kaiser Wilhelm I. auf Antrag des Deutschen Reichstags unter Zustimmung des Bundesrats beschlossen, „daß die durch eine glänzende Vergangenheit ausgezeichnete hohe Schule zu Straßburg in ihrer früheren einheitlichen Gestaltung als Universität wieder ins Leben trete". Die Stiftungsurkunde, der ich diese Worte entnehme, ist vom 28. April 1872 datiert und von Bismarck gegengezeichnet. Von besonderer Wichtigkeit ist eine Stelle in derselben, die

ausspricht, daß alle Rechte der aus der Zersplitterung der früheren Universität entstandenen Fachschulen und Fakultäten auf die neue Hochschule als eine öffentliche Anstalt im gesetzlichen Sinne übertragen seien.

Jeder, der damals gelebt hat, wird sich der beispiellosen Begeisterung erinnern, mit der von allen deutschen Stämmen die Wiedererstehung der alten deutschen Universität Straßburg einmütig begrüßt worden ist. Und nicht bloß in Deutschland. Die Blicke der ganzen gebildeten Welt waren auf die neue Gründung gerichtet, und alle Länder wetteiferten, die Universitätsbibliothek durch großartige Geschenke zu bereichern; namentlich England hat viele wertvolle Werke dahin gestiftet. Das Ziel, das der neuen Universität gesetzt war, findet sich in dem Telegramm ausgesprochen, welches der damalige Kronprinz des Deutschen Reiches und von Preußen, zugleich im Namen der Kronprinzessin zu ihrer Eröffnungsfeier gesandt hat: „Möge die neue Hochschule eine Pflanzstätte deutschen Geistes und deutschen Lebens werden, möge sie mutigen Sinnes eintreten in die Reihe ihrer Schwestern für deutsche Wissenschaft und wahre Bildung, und möge ihr endlich beschieden sein, ihr Werk des Friedens in Frieden zu vollenden.“ Und Bismarck sagte ähnlich zu einer Deputation des Lehrkörpers der wiederbegründeten deutschen Hochschule, daß er sie nicht ins Leben gerufen habe, um neben die zahlreichen schon bestehenden Universitäten eine neue zu stellen, sondern als eine Pflanzstätte deutschen Geistes, von der dieser ausstrahlen solle zur Rückgewinnung der Deutschland einst geraubten Gebiete für deutsche Gesittung und Denkweise.

Entsprechend dieser hohen, gesetzten Aufgabe die erste Zusammensetzung des Lehrkörpers. Das Beste an Gelehrten und Lehrern, was die damalige Generation in allen deutschredenden Ländern aufzuweisen hatte, schien gerade gut genug für ihre Erfüllung. Es bleibt das unvergeßliche Verdienst des Freiherrn von Roggenbach, Männer wie den Theologen Holtzmann, die Juristen Brunner, Sohm, Laband, Binding (dann Merkel), die Nationalökonomen Schmoller und Lexis, die Mediziner Hoppe-Seyler, v. Recklinghausen, Gusserow, Goltz, Lücke, Schmiedeberg, die Naturforscher Baeyer, Kundt, de Bary, Winneke, Groth, die Mathematiker Reye, Christoffel, den Archäologen Michaelis, den Germanisten Wilhelm Scherer, den Orientalisten Nöldecke, die Philologen Rudolf Schöll und Studemund, die Historiker Nissen und Baumgarten, den Kunsthistoriker Springer, um nur die zu nennen, deren Namen mir gerade einfallen, in wenigen Monaten für die neue Universität zu gewinnen, so daß diese schon am 1. Mai 1872 mit einer glänzenden Rede des ersten Rektors, Professors Bruch, eines Alt-Elsässers, eröffnet werden konnte.

Es war ein geradezu idealer Geist der Pflichterfüllung, welcher den so zusammengesetzten Lehrkörper erfüllte. Jeder hatte das Bewußtsein der außerordentlichen Bedeutung der Stelle, in die er berufen war; er fühlte, als ob aller Augen auf ihn gerichtet seien und suchte sein Äußerstes zu leisten, um das in ihn gesetzte Vertrauen nicht zu täuschen. Noch zehn Jahre nach der Eröffnungsfeier der Universität, als ich nach Straßburg kam, war dieser Geist vorherrschend. Persönlich danke ich den mit meinen damaligen Kollegen ver-

brachten sechs Jahren ungewöhnlich viel Anregung, habe in Straßburg außerordentlich gearbeitet und bin erst dort recht eigentlich zum akademischen Lehrer geworden. Dabei war für den Geist, der den Lehrkörper beseelte, der Entscheid des akademischen Senates charakteristisch, als nach Erbauung des neuen Universitätsgebäudes die Frage auftauchte, ob dessen Inschrift lauten solle *Patriae et literis* oder umgekehrt; er fiel für das letztere. Denn alle huldigten der Auffassung von der deutschen Wissenschaft, welcher der Festredner bei der Einweihung der Universität, Professor Anton Springer, in den Worten Ausdruck gegeben: „Als ihr erstes und heiliges Recht behauptet sie die Unabhängigkeit und Freiheit der Forschung. Niemand soll ihr das Ziel vorschreiben. Niemand kann vorherbestimmen, wohin sie ihr vielverschlungener Weg führen wird. Sie darf es nicht von sich weisen, Zweifel zu erregen, Überlieferungen zu erschüttern, die liebsten Überzeugungen, wenn sie als Wahn sich darstellen, zu brechen, den teuersten Empfindungen zu nahe zu treten, wenn sie dem Irrtum Vorschub leisten. Wie könnte sie zur Wahrheit gelangen, wenn sie nicht das Recht hätte, alles zu prüfen, nichts zu schonen, alles zu wagen, nichts mit furchtsamer Scheu beiseite zu lassen?“ Und alle waren überzeugt, daß das Vaterland dieses voraussetzungslose Erforschen und Lehren der Wahrheit nicht nur nicht zu scheuen habe, sondern daß ihm sogar dadurch allein gedient werden könne.

Und gerade dieses Streben war es auch, wodurch die Universität die Achtung der gebildeten Elsässer erwarb. Das hat sogar einmal Jules Ferry nach Straß-

burg geführt; und mein Freund Recklinghausen hat mir erzählt, welchen Eindruck es auf Ferry gemacht habe, als er ihn in seine Vorlesung über pathologische Anatomie mitgenommen habe. Da lag die Leiche eines in der Klinik Verstorbenen; neben ihr stand der Professor, der die Diagnose der letzten Krankheit gestellt hatte, und nun wurde in dessen Gegenwart vor den Studenten untersucht, ob die Diagnose richtig gewesen war oder nicht. „Nie", meinte Ferry, „würde ein Pariser Kliniker seine Autorität einer so gefährlichen Probe aussetzen." Man kann behaupten, die Universität war die einzige von den Deutschen ins Leben gerufene Anstalt, welcher die Elsässer nicht die Anerkennung versagten.

Gerade weil die Professoren von der ihnen gesetzten Aufgabe, „die neue Hochschule zu einer Pflanzstätte deutschen Geistes und deutschen Lebens zu machen," ganz erfüllt waren, mußten sie aber mit der gekennzeichneten Notabelnpolitik der Regierung in Gegensatz treten. Dazu kam, daß einige wichtige Interessen der Universität selbst dieser Politik geopfert wurden. So gleich bei der Wahl der Stadtteile, in denen die neue Universität errichtet werden sollte. Das Interesse der Universität erheischte einerseits, daß die medizinischen Institute in nächster Nähe des Bürgerspitals erbaut würden und andererseits das große Auditoriengebäude und die naturwissenschaftlichen Institute von den medizinischen nicht räumlich getrennt würden; das erste und wichtigste Interesse der Hochschule war die örtliche Vereinigung der Neubauten. Aber dieses Interesse der Universität wurde geopfert, weil der „deutsche" Bürgermeisterei-Verwalter erklärte, daß die Stadt Straß-

burg nicht zu dem bei der Stadterweiterung ihr zugedachten Ankauf von Festungsgrundstücken schreiten werde, wenn die Universität ihr nicht gewisse, fern von dem Spital und den medizinischen Instituten gelegene Grundstücke abkaufe; und so entstand aus der räumlichen Zertrennung der Universität ein für immer zu beklagender Schaden.

Andere Differenzen ergaben sich daraus, daß die Universität, welcher in ihrer Stiftungsurkunde alle Rechte der aus der Zersplitterung der alten Universität entstandenen Fachschulen und Fakultäten übertragen waren, nun auch diese Rechte geltend zu machen versuchte. Die französischen Fakultäten der Medizin und der Theologie und die *École de pharmacie* waren noch vorhanden. Es war nötig, sich mit ihnen auseinanderzusetzen. Während die Universität auf den ihr zuerkannten Rechten bestand, nahm die Regierung es mit diesen Rechten nicht so genau. So besonders als im April 1874 die Universität Anspruch auf die Entschädigung erhob, die dem protestantischen Seminar für seine während der Belagerung von 1870 vernichtete Bibliothek zugebilligt worden war. Wenn die Universität die Rechtsnachfolgerin des Seminars war, war sie dabei im Recht; die Regierung aber, welche elsässische Interessenten dadurch für das Deutschtum zu gewinnen glaubte, erkannte auf Abweisung ihres Anspruches. Desgleichen schritt sie in der Frage der Zusammensetzung des Kapitels des Thomasstiftes zu einem Kompromiß, der fürs erste wenigstens verschiedenen antideutschen Elementen Einfluß verschaffen mußte. Noch unerfreulicher war es für die Universität, als nach der

Umgestaltung der elsaß-lothringischen Verfassung im Jahre 1879 das Universitätsbudget durch den Landesausschuß bewilligt werden mußte. In Frankreich war es gebräuchlich gewesen, die Abgeordneten durch persönliche Bearbeitung für Postulate, die in rein sachlichem Interesse gestellt werden mußten, zu gewinnen. Nun verlangten auch die Mitglieder des Landesausschusses, daß man bei ihnen antichambriere, um wissenschaftlichen Interessen Berücksichtigung zu sichern, und mitunter wetteiferte die Regierung in Mangel an Verständnis für die Bedürfnisse der Wissenschaft mit den Wortführern des Landesausschusses. So klagte einst Abbé Winterer über die Kosten der Neuanschaffungen von Büchern seitens der Bibliothek, während viele vorhandene nicht gelesen würden, worauf der leitende Minister des Unterrichtswesens die Bibliothek besuchte, um da die Frage zu stellen, ob man nicht alte Ausgaben, z. B. von Cicero, verkaufen könne, wenn neue erschienen.

Es hat wohl nie eine deutsche Universität gegeben, in der ein so reger Zusammenschluß unter den Professoren stattgefunden hat, wie damals in Straßburg. Man traf sich täglich für eine halbe Stunde bei einem Glase Bier. Das Zentrum der einen war die „Espérance" in der Kalbsgasse, das der anderen bei der Dicken Anna in der Goldschmiedgasse. Dort verkehrten hauptsächlich Mediziner, Naturforscher, aber auch Mitglieder anderer Fakultäten, hier mehr die Vertreter humanistischer Fächer. An beiden Orten wurden die Tagesereignisse auf dem Gebiete der Politik und der Wissenschaft, selbstverständlich auch alle Universitätsangelegenheiten

erörtert. Beide Lager standen in enger Fühlung miteinander. Sie dienten der Übereinstimmung des gesamten Lehrkörpers in allen großen Fragen, namentlich wo es sich um Gegensätze zur Regierungspolitik handelte.

Bevor ich nach Straßburg kam, war noch die „Ecke", d. h. das Haus des Professors Heitz — eines der wenigen Alt-Elsässer, die sich rückhaltlos zum Deutschtum bekannten — der Treffpunkt einiger von den übrigen sich absondernden Professoren gewesen. Zu meiner Zeit bestanden diese Zusammenkünfte noch fort, und ich selbst habe im Kreise der liebenswürdigen Familie Heitz die angenehmsten Stunden verlebt. Aber die Freunde, die da zusammenkamen, standen zu meiner Zeit nicht mehr in Gegensatz zu den übrigen Gruppen. Das hatte mit dem Weggang des Mannes von Straßburg aufgehört, der seit Gründung der Universität eine in deren Angelegenheiten so tief eingreifende Rolle gespielt hat, daß alle entweder für oder gegen ihn waren. Das war Althoff.

Ich selbst bin noch ein Semester lang sein Kollege gewesen und habe damals trotz aller Verschiedenheit in den Anschauungen sehr freundlich zu ihm gestanden. Er war von Geburt Rheinländer, hatte anfänglich beabsichtigt, Landgerichtsadvokat und gleichzeitig Privatdozent in Leipzig zu werden; als dann Straßburg genommen war, hat er, sobald die Neugründung einer Universität daselbst in Sicht kam, sich schon vor Beendigung des Krieges mit dem Gedanken getragen, zum mindesten außerordentlicher Professor des französischen Rechts an der neu zu gründenden Universität zu wer-

den, und das, obwohl er noch nicht einmal promoviert hatte und im französischen Recht nur wenig bewandert war. Vermöge guter Verbindungen war er im Mai 1871 zum Justiziar bei dem Zivil-Gouvernement in Straßburg ernannt worden. Als er dort eintraf, herrschte in der Verwaltung des Elsasses vollkommene Anarchie. Generalgouverneur war Graf Bismarck-Bohlen, Zivilkommissar der Oberpräsident von Kühlwetter. Die Anordnungen des einen widersprachen denen des andern; infolgedessen große Unzufriedenheit in den altdeutschen Kreisen. Da wurde im September 1871 Herr v. Möller an die Spitze der Verwaltung berufen; dieser hörte von einem jungen Rechtsanwalt, der von Kneipe zu Kneipe ziehe, auf Bänke und Tische steige und gegen die Mißwirtschaft flammende Reden halte. Darauf, so erzählte man mir, lud ihn Herr von Möller zu Tisch, um ihn kennenzulernen, und von da ab war Althoff Freund und Geheimberater der Regierung. Seine Haupttätigkeit wandte er der neugegründeten Universität zu. Er wurde Mitglied des Ausschusses, dem die Vorbereitung zu deren Eröffnung oblag, wurde in Berufungsangelegenheiten zu Hilfe gezogen und hat insbesondere bei der Regelung der Beziehungen der neuen Universität zur Gemeinde Straßburg, zum Bürgerhospital, zum Thomasstift und zu den damals noch vorhandenen französischen Fakultäten einen großen Einfluß geübt. Auch um die Begründung der Hilfskasse der neuen Universität hat er sich große Verdienste erworben. Dafür sollte er dann durch Ernennung zum Professor an der neuen Universität belohnt werden. Das war gegen alle akademische Tradition. Verlangen doch die Statuten aller

Universitäten selbst von dem, der sich als Privatdozent habilitieren will, daß er den Doktorgrad sich erworben und durch eine gediegene Schrift seine wissenschaftliche Befähigung nachgewiesen habe. Althoff war aber noch immer nicht Doktor, hatte weder damals, noch hat er jemals später auch nur eine wissenschaftliche Abhandlung geschrieben, und nun sollte er als gleichwertig in eine Körperschaft eintreten, die aus den glänzendsten Koryphäen der Wissenschaft zusammengesetzt war. Aber er hatte der Regierung unschätzbare Dienste geleistet, und so fand sich denn die juristische Fakultät bereit, ihn eben um dieserhalber honoris causa zum Doktor zu machen. Er selbst war dann so bescheiden, die ihm von der Regierung angetragene ordentliche Professur abzulehnen, für so lange wenigstens, bis er sich als Lehrer in seinem Fach bewährt haben würde. Der ganze Hergang aber mußte von vornherein zu Minderung seines Ansehens in einem Kreise führen, der seine Angehörigen ewiglich mit Rücksicht auf ihre wissenschaftlichen Leistungen einzuschätzen berufen war. Auch hat Althoff selbst seine Lehrtätigkeit wohl immer nur als eine Nebenbeschäftigung betrachtet. Noch erinnere ich mich, ihn eines Tages, als ich in meine Vorlesung ging, in der Nähe des Münsters getroffen zu haben. Er hatte in der Stunde vor mir zu lesen. Die Hälfte der Stunde war schon reichlich vorüber, als ich ihn traf. Darauf bummelte er eine Zeitlang mit mir, bis ich ihn endlich frug, ob er denn nicht Vorlesung zu halten habe. „Ach," war die Antwort, „die Jungen werden schon warten." Ein paar Tage darauf erkundigte ich mich bei ihm, ob er seine Zuhörer noch vor-

gefunden habe. „Nein, denken Sie sich, die infamen Bengels waren nach Hause gegangen." Daß er bei solcher Lässigkeit seinen Stoff nicht bewältigte, war die notwendige Folge. Er pflegte seinen Zuhörern ein von diesen geschätztes Heft zu diktieren und hat ihnen dann gewissenhaft die Teile seiner Vorlesung, die er nicht mehr hatte vortragen können, schriftlich zukommen lassen. Sein von Herzen kommendes Wohlwollen, mit dem er jedem Anliegen der Studenten entgegenkam, hat ihm unter diesen überhaupt den Namen eines Studentenvaters eingetragen.

Dagegen konnte dieses Verhalten sein wissenschaftliches Ansehen in den Universitätskreisen nicht heben. Ebensowenig vermochte dies die Sammlung der in Elsaß-Lothringen geltenden französischen und deutschen Gesetze und Verordnungen, mit deren Herausgabe in deutscher Sprache ihn die Regierung beauftragte; es war eine rein kompilatorische Arbeit, welche er mit Hilfe anderer ausgeführt hat. Er ist innerlich niemals Professor, sondern stets Verwaltungsbeamter gewesen, und seine vielgeschäftige Hand als solcher mußte ihm um so mehr Feinde machen, als sie nicht selten den Erfolg der von dem akademischen Senate und den Fakultäten gefaßten Beschlüsse vereitelte. So trug er die Hauptschuld, daß die Universität ihre schon erwähnten Ansprüche an die dem *Séminaire protestant* zugesagte Entschädigung ihrer bei der Belagerung verbrannten Bibliothek nicht durchgesetzt hat. Die Universität war aber äußerst empfindlich gegenüber solchen Vergewaltigungen. So hat sie einem Mitglied des Lehrkörpers, das sich ähnlicher Vereitelung ihrer Beschlüsse schuldig

machte, das Verbleiben in Straßburg dadurch unmöglich gemacht, daß niemand mehr mit ihm sprach und alle Professoren aus den Kommissionen austraten, an denen es teilnahm. Für Althoff hatten seine Einmischungen die umgekehrte Wirkung. Sie wurden der Grund, warum die juristische Fakultät auf Anfrage des Kurators der Universität am 18. Oktober 1880 einstimmig und warm seine Ernennung zum ordentlichen Professor befürwortet hat. Man wollte ihn zu den Fakultätsberatungen heranziehen, um zu verhindern, daß er den gefaßten Fakultätsbeschlüssen entgegenwirke.

Trotz allem, was mir so über Althoff erzählt wurde, hatte ich den Mann der unerschöpflichen Einfälle und rastlosen Initiative gern. Eine Eigenschaft haben ihm selbst seine erbittertsten Feinde gelassen: er war von untadelhafter Uneigennützigkeit; nie hat er etwas für sich persönlich erstrebt, und oft hat er ihm zugedachte Vorteile abgelehnt, um sie andern zuzuwenden, die sie seiner Meinung nach nötiger hatten. Nicht minder anerkennenswert war sein Mut, mit dem er sich zu seinen Überzeugungen bekannt hat. Als der Oberpräsident von Möller wegen Differenzen mit Bismarck aus seinem Amte scheiden mußte, machte er aus seiner Gegnerschaft gegen die beabsichtigte Änderung der elsaß-lothringischen Verfassung kein Hehl. Wie alle Deutschen im Elsaß, welche die dortigen Verhältnisse kannten, war er für eine Annexion der Reichslande an Preußen, oder, wenn dies nicht zu erreichen sei, für seine Erhebung zu einem selbständigen Bundesstaat unter einem der Krone Preußens treuergebenen Fürsten. Die Maßlosigkeit der Gehälter, welche höhere Beamte

auf Grund der neuen Verfassung erhielten, nannte er, wie der Oberpräsident von Möller, eine wahre Orgie der Bureaukratie. Vor allem aber war er dagegen, daß abermals ein Provisorium geschaffen werde und eben deshalb gegen die Einführung der Statthalterschaft. Auch hat er, als er Gelegenheit hatte, sich Manteuffel vorzustellen, sich diesem als treuer Anhänger des verabschiedeten Oberpräsidenten bekannt. Manteuffel hat ihm dies nicht übelgenommen, sondern noch kurz bevor Althoff aus Straßburg schied, ihn zum Mitglied des Staatsrats gemacht. Vor allem aber war für ihn charakteristisch eine unbegrenzte Herzensgüte. Er hat sie bei jeder Gelegenheit oft sehr auf Kosten seines juristischen Rufes bewährt. So eines Tages, als er noch Referent des Oberpräsidenten über die Ausführung des Gesetzes über die Vergütung von Kriegsschäden war. Eine Näherin suchte ihn auf, die bei dem Bombardement beide Arme verloren hatte, aber nach dem Wortlaut des Gesetzes keine Entschädigung erhalten konnte. Das Gesetz sprach nämlich nur von Schaden an Sachen. Nun hatte Althoff gewiß recht, daß den armen Leuten, die durch Körperverletzung erwerbsunfähig geworden waren, geholfen werden mußte. Aber daß er dies erreichen wollte, indem er den Begriff Sache auf den menschlichen Körper ausdehnte, war dem Bundesrat doch zu viel. Er lehnte die unhaltbare juristische Konstruktion ab. Althoff hatte aber den Erfolg, daß den Verletzten auf anderem Wege geholfen wurde. Man pflegte damals zu sagen, wenn man ein Verbrechen begangen hätte, müsse man sich an Althoff wenden; er würde sich, wenn irgendeine Entschuldigung aufzu-

bringen sei, die Beine ablaufen, um den Angeschuldigten frei zu bekommen oder wenigstens das mildeste Urteil für ihn zu erwirken. Berühmt war der Fall eines Kollegen, der in Straßburg zehn Jahre lang als Junggeselle gegolten hatte; da sollte er in der benachbarten badischen Stadt Offenburg als Zeuge vernommen werden; er fürchtete, daß dabei seine Personalien festgestellt würden und meldete sich krank. Die Gegenpartei aber hatte ihn noch an dem Verhandlungstage in Straßburg gesehen; nun kam es zu einer Feststellung, und es stellte sich heraus, daß der Straßburger Junggeselle in dem benachbarten Kehl unter falschen Angaben angemeldet war, daselbst eine Frau hatte und gleich elf Kinder. Der badische Staatsanwalt wollte ein hochnotpeinliches Verfahren wegen Falschmeldung eröffnen. Althoff lief zum Kurator der Universität, dem Unterstaatssekretär Ledderhose. „Herr Kurator, haben Sie gehört, daß gegen den Kollegen X. Klage erhoben worden ist?" „Ja," antwortete Ledderhose, „es ist ein sehr peinlicher Fall. Das Ansehen der Universität bei den Elsässern wird darunter leiden." „Es freut mich, Herr Kurator, daß Sie ebenso denken wie ich; aber dann müssen Sie auch etwas tun." „Ja, was soll ich denn machen?" „Sie müssen hinüberfahren nach Offenburg und den Staatsanwalt veranlassen, seine Klage zurückzunehmen." Die Grundsätze des korrekten Ledderhose widerstanden lange diesem Ansinnen; aber Althoff ließ nicht nach, bis Ledderhose nach Offenburg zu fahren versprach. „Aber, Herr Kurator, es ist nicht genug, daß Sie nach Offenburg fahren; Sie müssen zum Besuch beim Staatsanwalt auch alle Ihre Orden

anziehn; dafür hat man ja all das Zeug, daß man solchen Menschen damit imponiert." Und auch dazu ließ der vortreffliche Ledderhose sich schließlich erweichen, und die Klage gegen den Kollegen wurde niedergeschlagen.

Das ist nur ein Fall unter vielen; in unzähligen Fällen hat sich Althoff anderer in gleicher Weise angenommen. Er konnte kein Kind auf der Straße sehen, ohne ihm eine reelle Freundlichkeit zu erweisen. Entweder hatte er etwas Gutes in der Tasche, oder er ging mit den Kindern in den nächsten Laden, um sie zu beglücken; und als er von Straßburg nach Berlin übersiedelte, erzählte man sich, daß seine Frau einen ganzen Haufen Konditorrechnungen erhalten habe für Süßigkeiten, die er Kindern gespendet hatte. Auch schwärmten alle Kinder für Onkel Althoff.

Eine solche Mischung von Hinwegsetzen über Gesetze um einer für gut erachteten Sache willen, ja von Gewalttätigkeit und Herzensgüte war ganz und gar nicht nach der Schablone eines preußischen Geheimrats. Noch erinnere ich mich mit Freuden, wie er mich und meine Familie nach seinem geliebten Butschbach im Schwarzwald einlud. Hier besaß er eine Wiese, deren Ertrag er einem Bauern überlassen hatte gegen das Recht, eine Stube im Bauernhause zu benützen, die Wiese zu mähen und darauf spazierenzugehen. Als wir hinkamen, fanden wir für jede Person ein Schwarzwälder Bauernkostüm vorbereitet, und er ruhte nicht eher, bis wir alle es angelegt hatten. Nie habe ich ihn angemessener gekleidet gesehen: der Typus eines schlauen Dorfbürgermeisters. Als er dann wenige Monate später mir mitteilte, man habe ihm die Stelle des Referenten

für Universitäten im preußischen Kultusministerium angeboten, war meine erste Antwort: „Aber, lieber Althoff, das nehmen Sie doch nicht an?“ Ganz betroffen frug er, warum nicht. „Weil man Sie in drei Monaten wieder wird los sein wollen.“ Und auch seine Frau hat ihn gebeten, den Ruf abzulehnen, weil er nicht zum Berliner Geheimrate passe. Wir haben uns beide getäuscht. Er hat sich dort durchzusetzen verstanden, und nicht nur in seinem Ministerium, sondern schließlich weit über dessen Bereich hinaus großen Einfluß erlangt. Es gehört nicht hierher, zu erzählen, wie er dies fertig gebracht hat. Die Mischung von uneigennützigster Hingabe an seine Pflicht, urwüchsigem, gesundem Menschenverstand, Menschenverachtung und unerschöpflichem Wohlwollen ließen ihn alle Schwierigkeiten überwinden. Schade, daß er trotz seiner zehnjährigen Zugehörigkeit zur Universität nie rechtes Verständnis für das Wesen eines Hochschullehrers erlangt und sich immer nur als Verwaltungsbeamter gefühlt hat; das hat ihn verhindert, das Gefühl eigener Würde bei Professoren und Privatdozenten zu schonen und zu heben. Dafür trifft freilich auch diese die Schuld. In rücksichtslosem Streben haben sich viele vor ihm hemmungslos erniedrigt. Wo ihm jenes Gefühl entgegentrat, hat Althoff es wohl zu achten gewußt. Doch das gehört nicht zu meinen Straßburger Erlebnissen. Soweit diese mit Althoff zu tun haben, werde ich auf ihn zurückkommen.

V.

Ich habe erzählt, daß der wiedererstandenen Universität Straßburg die Aufgabe gesetzt worden war, eine Pflanzstätte deutschen Geistes und deutschen Lebens zu werden. Dabei war allerdings nur an ihr wissenschaftliches Wirken gedacht. Allein jeder aus Deutschland nach Straßburg Gekommene, insbesondere jeder an die Universität Berufene, erachtete es als seine Pflicht, auch außerhalb seines amtlichen Wirkungskreises im Sinne der gestellten Aufgabe zu wirken. Dazu schien das Gebiet der bildenden Kunst in hervorragendem Maße geeignet. Das Elsaß ist zu allen Zeiten durch das Kunstinteresse und die künstlerische Beanlagung seiner Kinder ausgezeichnet gewesen. Nicht wenige der hervorragendsten französischen Maler der Neuzeit entstammen dem Elsaß. Straßburg, dessen Gemäldesammlung 1870 während der Belagerung verbrannt war, bot aber nichts, was seinen Bewohnern und den aus dem Reichsland daselbst zusammenströmenden Gelegenheit geboten hätte, sich an den Werken der modernen bildenden Kunst zu erfreuen und von ihren Fortschritten Kenntnis zu nehmen. Diese Lücke im gesellschaftlichen Leben trug nicht wenig zu dem mannigfach empfundenen Unbehagen bei.

Allerdings bestand noch die aus der französischen Zeit stammende *Société des amis des arts*. Es hat einmal eine Zeit gegeben, in der sie in lebhaften Beziehungen zum deutschen Kunstleben stand. Sie war Mitglied des Rheinischen Kunstvereins, und auf ihren alle zwei Jahre veranstalteten Ausstellungen waren die deutschen Künstler stets mit zahlreichen Werken vertreten gewesen. Aber das hatte sich seit dem Kriege von 1866 geändert. Nach demselben war die französische Regierung darauf aus, eine größere Absonderung Straßburgs von allem Deutschen herbeizuführen, und, diesen Wünschen Folge gebend, war die *Société des amis des arts* aus dem rheinischen Kunstverein ausgetreten.

Da war der Krieg von 1870/71 gekommen. Allein die Wiedervereinigung Straßburgs mit Deutschland vermochte die *Société des amis des arts* nicht zu veranlassen, ihre alten Beziehungen zum deutschen Kunstleben wieder aufzunehmen. Im Gegenteil. Die Gesellschaft wurde nur um so ablehnender gegenüber allem Deutschtum, so daß Mitglieder ihres Vorstandes den aus Alt-Deutschland Eingewanderten sogar abrieten, sich um die Aufnahme in die Gesellschaft zu bemühen, da ihr Gesuch doch abgelehnt werden würde.

Andrerseits nahm die Zahl der Mitglieder der *Société des amis des arts* Jahr für Jahr ab. Damit minderten sich auch die ihr zu Gebote stehenden Mittel, und die Ausstellungen von Gemälden, die sie alle zwei Jahre veranstalteten, wurden immer minderwertiger.

Da rief auf meine Veranlassung der damalige Prorektor Michaelis dreißig Männer zu einer Beratung im Senatszimmer der Universität zusammen, um einen

Kunstverein in Straßburg zu gründen. Es waren hauptsächlich Professoren und höhere Beamte. Der Verein trat am 17. Februar 1883 ins Leben. Als sein Zweck wurde die Veranstaltung einer permanenten Kunstausstellung und der Ankauf von Kunstwerken bezeichnet, teils zur Wiedererrichtung einer städtischen Kunstsammlung, teils zur Verlosung unter die Vereinsmitglieder. Indem den Bewohnern des Elsasses so Gelegenheit geboten werden sollte, Deutschland von seiner liebenswürdigsten Seite kennenzulernen, hofften diejenigen, welche den Verein ins Leben riefen, gleichzeitig beizutragen zu ihrer Wiedergewinnung für deutsche Art und Gesittung. Insbesondere sollte so der Gefahr vorgebeugt werden, daß das Kunstinteresse und die künstlerischen Anlagen der Elsässer ausschließlich in dem ihnen wohlbekannten Paris ihre Befriedigung und Ausbildung suchten und damit nicht nur Deutschland verloren gingen, sondern als Rückwirkung auch die Fortschritte in der Wiedergewinnung des Landes direkt erschwerten. Außerdem erschien noch die weitere Furcht nicht unberechtigt, daß infolge des Fehlens jener veredelnden Einwirkung, welche ein regelmäßiger Verkehr mit Kunstwerken auch auf die Formen der gewerblichen Erzeugnisse übt, Straßburg zurückbleibe in dem damals allerwärts rege gewordenen Wetteifer auf dem Gebiete des Kunstgewerbes.

Damit diese Ziele erreicht würden, waren die beschränkten Mittel einer überwiegend auf ihre Gehälter angewiesenen Beamtenschaft unzureichend. Es bedurfte der patriotischen Mitwirkung der gesamten deutschen Künstlerschaft. Der erste Schritt des Vorstands des

neuen Vereins war, sie zu erbitten, und sie ist ihm mit beispielloser Hingebung zuteil geworden. Ganz besonders trug zu dem Erfolge bei, daß der deutsche Kronprinz den Direktor der Berliner Akademie der Künste Anton von Werner beauftragte, in seinem Namen die ausgezeichnetsten Künstler Deutschlands aufzufordern, die Ausstellungen des Straßburger Kunstvereins zu beschicken. Selbst über die Grenzen des Deutschen Reichs hinaus, soweit die deutsche Zunge klingt, zeigten die deutschen Künstler sich mit freudigem Eifer bereit, auch die deutsche Kunst der moralischen Wiedergewinnung der alten Reichslande dienstbar zu machen. Auch Kaiser Wilhelm I. kam unseren Bestrebungen entgegen. Er hatte am 11. Dezember 1882 angeordnet, daß Kunstwerke aus den Beständen der Berliner Nationalgalerie zu vorübergehender Ausstellung in die preußischen Provinzen versandt werden sollten, und durch Immediatgesuch an den Kaiser hat der Vorstand des Kunstvereins erreicht, daß diese Anordnung auf Elsaß-Lothringen ausgedehnt werde. Das hatte die Wirkung, daß auch andere öffentliche Museen und Kunstfreunde in ihrem Besitz befindliche, kostbare Gemälde zur Verfügung stellten. So das schlesische Museum für bildende Kunst in Breslau, die Kronprinzessin Viktoria, Professor Bluntschli in Zürich, Dr. von Brüning in Frankfurt a.M., Freiherr von Heyl in Worms, Graf Oriola in Büdesheim. Auch hat sich der elsaß-lothringische Staatsminister von Hofmann mit nicht genug zu verdankendem Interesse unseres Unternehmens angenommen.

So wurde es dem Vorstande möglich, am 8. Oktober 1883 die permanente Ausstellung des Kunstvereins

Straßburg zu eröffnen. Von da bis zum Schlusse des Jahres hat er über 160 Gemälde zur Ausstellung gebracht, darunter einige der ersten deutschen Künstler der Zeit. Es waren vertreten:

Andreas Achenbach (Düsseldorf), A. v. Arnim (München), Andres (Berlin), Bartels (Hanau), Oscar Begas (Berlin), Berninger (München), Böcklin (Florenz), Baisch (Karlsruhe), Behn (Berlin), Borgmann (Karlsruhe), Burnier (Düsseldorf), von Berres (Wien), Breitbach (Berlin), A. Becker (Düsseldorf), Camphausen (Düsseldorf), Crola (Düsseldorf), Coreggio (München), Conrad (Berlin), Douzette (Berlin), Eschke (Berlin), Erdmann (Berlin), Ehrentraut (Berlin), der verstorbene Anselm Feuerbach, E. Fischer (Berlin), Flüggen (München), Graß (Düsseldorf), v. Gleichen-Rußwurm (Weimar), P. Gräb jun. (Berlin), Hertel (Berlin), die verstorbenen Henneberg und Hoguet, Haubtmann (München), Hausmann (Hanau), Hößlin (Rom), H. Hofmann (Dresden), Hallatz (Berlin), O. Heyden (Berlin), Graf Harrach (Berlin), E. Körner (Berlin), L. Knaus (Berlin), Gräfin Kalkreuth (München), Kappis (Stuttgart), O. v. Kamecke (Berlin), E. Kubierschky (Berlin), Korneck (Berlin), Keller (Karlsruhe), Koch (Berlin), V. St. Lerche (Düsseldorf), Lier (München), Lutheroth (Hamburg), Ludwig (Berlin), W. Marc (München), Mali (München), Marschalk (Karlsruhe), Normann (Düsseldorf), Ockel (Berlin), Ortlieb (München), Pausinger (München), Paulsen (Berlin), Pfannschmidt (Berlin), Peters (Stuttgart), A. Rieger (Wien), Gustav Richter (Berlin), Riefstahl (München), Saltzmann (Berlin), Matthias Schmidt (München), Schmidt v. Preuschen

(Rom), Stryowski (Danzig), Schlabitz (Berlin), E. v. Steinle (Frankfurt), Schulz-Briesen (Düsseldorf), Antonie Schulz (Berlin), O. Sinding (München), Schnee (Berlin), Helene Stromeyer (Karlsruhe), Seel (Düsseldorf), Schönleber (Karlsruhe), Steffeck (Königsberg), Schlick (Berlin), Wenglein (München), A. v. Werner (Berlin), A. Wolf (Venedig), W. Xylander (Schleißheim), Zügel (München).

Die Ausstellung dieser Bilder hat in den Monaten Oktober und November im Stadthause stattgefunden, in denselben Räumen, die auch bei den Ausstellungen der *Société des amis des arts* regelmäßig benutzt wurden. Zu Beginn des Monats Dezember bezog der Verein Räume im alten Bahnhof, von denen er glaubte, daß sie ihm dauernd verbleiben würden. Ganz besondere Sorgfalt wurde von Anfang an auf das Hängen der Bilder verwendet. Wir waren nicht nur bemüht, Bilder, welche sich in ihrer Wirkung hätten gegenseitig beeinträchtigen können, voneinander fernzuhalten, sondern auch, wo es geboten schien, durch Schaffung einer besonderen Umgebung die einzelnen Bilder in ihrer Eigentümlichkeit zur Geltung zu bringen. Auch wurde das Ausstellungslokal im alten Bahnhof in einer Weise ausgestattet, die des Zwecks, dem es dienen sollte, und der Schätze, die es barg, würdig war. Die Einrichtungskosten hat die Regierung auf den Dispositionsfonds übernommen.

Entsprechend diesen Leistungen war auch unser Erfolg. Noch nie hatte ein Unternehmen so allseitige Teilnahme seitens der eingewanderten Deutschen gefunden. Aber auch die eingeborenen Bewohner des Reichslands

waren einstimmig in der Anerkennung der Trefflichkeit unserer Ausstellung. Sie leugneten nicht, daß es in Straßburg noch keine Ausstellung wie die unsere gegeben habe, und wir zweifelten nicht, daß sie unserer Ausstellung dauernd rege Teilnahme zuwenden würden, wenn wir diese nur einigermaßen auf ihrer Höhe zu halten vermöchten. Dazu war allerdings nötig, daß alljährlich erhebliche Ankäufe der ausgestellten Bilder gemacht würden. Der Kunstverein selbst, der etwa 500 Mitglieder zählte, hatte aber nur 2—3000 M. jährlich für Ankäufe verfügbar, und wenn auch einige eingewanderte Deutsche Opfer gebracht haben und ein oberelsässischer Fabrikant eine große Marine von A. Rieger in Wien kaufte, boten diese Ankäufe doch nicht die Garantie dauernden Gedeihens unseres Vereins. Dagegen eröffnete solche Aussicht der Fonds, den das Deutsche Reich der Stadt Straßburg als Ersatz für ihre 1870 verbrannte Galerie geschenkt hatte. Er betrug, als unser Verein ins Leben trat, über eine halbe Million Mark. Nachdem unsere Ausstellung vermöge der außerordentlichen patriotischen Leistungen der deutschen Künstler so glänzend gelungen war, schrieb Anton von Werner an den Minister von Hofmann einen Brief, wenn das Werk weiter gedeihen solle, müßten alljährlich erhebliche Ankäufe aus diesem Museumsfonds seitens der Stadt Straßburg gemacht werden. Herr von Hofmann hat dies zugesichert, und in einem an die deutschen Künstler gerichteten Zirkulare vom 1. Januar 1884 hat der Vorstand des Kunstvereins diesen, unter Zustimmung des Ministers, von der ihm gewordenen Zusicherung Mitteilung gemacht.

Aber wir hatten die Rechnung ohne den deutschen Verwalter der Stadt Straßburg, Oberregierungsrat Stempel, gemacht. Dieser, von Geburt ein Pfälzer, hatte seine Erziehung in französischer Zeit in Straßburg genossen. Als Back Bezirkspräsident geworden, war er an seiner Stelle Bürgermeistereiverwalter von Straßburg geworden. Er stand in Sachen des Kunstvereins ganz unter dem Einfluß der *Société des amis des arts*, in der die erbittertsten Protestler das große Wort führten. Gleich bei Gründung unseres Vereins hat er dessen Bestehen in Straßburg für unmöglich erklärt, und in der Folge hat er nur zu sehr jenen Propheten geglichen, die deshalb richtig prophezeien, weil sie es in ihrer Macht haben, ihre Prophezeiungen wahr zu machen. Die einzigen Schwierigkeiten, welche der Verein zu überwinden gehabt hat, sind ihm immer nur durch den von der deutschen Regierung eingesetzten Bürgermeistereiverwalter entstanden.

Es bestand bei der Bürgermeistereiverwaltung eine Kommission für die Verwaltung des Kupferstichkabinetts der Stadt, welche Stempel auch in sonstigen die Kunstinteressen betreffenden Fragen der Stadtverwaltung zu Rat zog, die sog. Museumskommission. Stempel pflegte sich auf sie zu berufen, wo immer er auf unsere Wünsche nicht hören wollte. Nachdem die Museumskommission im Oktober 1883 den Ankauf eines von uns in erster Linie empfohlenen Bildes abgelehnt hatte, verstand sie sich unter dem Druck, den Herr von Hofmann auf Stempel übte, dazu, eine Landschaft von Hallatz anzukaufen für 3000 M.; außerdem hat sie 1883 keines der zum Teil ganz hervorragenden

Bilder, die wir ausgestellt hatten, gekauft. Im Jahre 1884 gelang es nur mit Mühe, Herrn Stempel zu einem weiteren Ankauf zu bewegen; er kaufte schließlich das Bild des Statthalters Frhrrn. von Manteuffel von Schüler, ein Ankauf weniger künstlerischen als politischen Charakters. Da stellte ich Herrn von Hofmann vor, daß es nicht angehe, daß unsere Ankaufsvorschläge von einer Kommission begutachtet würden, in der wesentlich die Mitglieder der *Société des amis des arts* maßgebend seien. Er versprach, Stempel bestimmen zu wollen, mich und — leider auf meinen Vorschlag — auch den Senatssekretär der Universität Dr. Schrikker in die Kommission zu ernennen. Stempel hat dies im April 1884 getan, ernannte aber, um es mit den Protestlern nicht zu verderben, gleichzeitig zwei weitere Mitglieder der *Société des amis des arts* in die Kommission. Meine Mitgliedschaft war nur von sehr kurzer Dauer. Im Sommer 1884 sollten sich nämlich zwei weitere äußerst bezeichnende Tatsachen ereignen.

Bis zur Entstehung des deutschen Kunstvereins hatte die *Société des amis des arts* nur alle zwei Jahre eine vierwöchentliche Ausstellung veranstaltet. Diese war, wie schon bemerkt, von sehr geringer Qualität; durch den Kunstverein war sie völlig in den Schatten gestellt worden; dabei war dessen Ausstellung eine dauernde. Nun warb sie unter ihren politischen Gesinnungsgenossen neue Mitglieder; ihre Mitgliederzahl nahm wieder zu, und, um in dem, was sie bot, den Kunstverein zu übertreffen, ließ die *Société* auf ihre Ausstellung im Jahre 1883 abermals eine Ausstellung im Mai 1884 folgen. Dabei aber beging sie das Unglaub-

liche, unter dem Namen „Kunstverein Straßburg“ auch an deutsche Künstler Einladungen zur Beschickung ihrer Ausstellung zu versenden, und machte, als sie später deshalb zur Rede gestellt wurde, geltend, auch sie, die *Société des amis des arts* habe sich in französischer Zeit dieses Namens bedient. Die Folge war, daß eine Anzahl deutscher Künstler, in der Meinung, uns Bilder zu schicken, die Ausstellung der *Société* beschickten. Durch unsere Korrespondenz mit den Künstlern wurde dies festgestellt. Selbstverständlich haben wir diese Bilder für uns reklamiert. Dabei zeigte sich, daß ein Bild adressiert war: „An den Kunstverein Straßburg zu Händen des Herrn Professor Brentano.“ Trotzdem war das Bild in den Besitz der *Société* gelangt. Als der Frachtbrief uns ausgeliefert wurde, zeigte sich, daß — wahrscheinlich durch Subalternbeamte der Eisenbahn, die von der *Société* gewonnen waren, — mein Name ausgestrichen war. Seit dieser Feststellung hat mir die Société einen sehr begreiflichen Haß gewidmet. Ihre Ausstellung von 1884 war aber trotz der Anwendung solcher Mittel ein ungeheures Fiasko.

Bald darauf trat ein zweites ein. Herr Stempel erklärte uns Ende Juni 1884, daß der Kunstverein sein von der Stadt gemietetes Lokal, in dem er sich eben eingerichtet hatte, verlassen müsse, weil er darin ein Restaurant einrichten wolle. Wir erwiderten, wenn die Stadt uns nicht statt dessen ein anderes geeignetes Lokal anweise, würden wir den Verein auflösen unter Betonung, daß er unmöglich sei, nachdem ihn Herr Stempel, um die Zahl der Restaurants zu vermehren, seines Obdachs beraubt habe. Darüber regte sich die

Presse auf; infolge ihrer Angriffe mußte Herr Stempel sich dazu verstehen, uns einen Teil der alten Markthalle zu vermieten. Aber die Angriffe der Presse gegen Herrn Stempel, an denen wir gänzlich unbeteiligt gewesen, bewirkten, daß Herr Stempel mir, in dem er die Seele des Kunstvereins sah, eine sich mitunter geradezu komisch äußernde Abneigung widmete.

Das wäre an sich gleichgültig gewesen, hätte sich der auf meinen Wunsch neben mir zur Wahrung der Interessen des Kunstvereins in die neu konstituierte Museumskommission als deren Mitglied ernannte Dr. Schricker nicht alsbald mit den Mitgliedern der *Société* zu stellen gesucht. Er war bei Gründung des Kunstvereins einer der eifrigsten gewesen. Deshalb hatte ich ihn zur Wahl beim Minister von Hofmann in Vorschlag gebracht. Aber ihm schwebte die Gründung eines Kunstgewerbemuseums in Straßburg vor, dessen Direktor er werden wollte, und um dies zu erreichen, brauchte er die Unterstützung der Mitglieder der *Société*, da Stempel auf diese hörte. Somit stand ich in der Folge als Vertreter der Interessen des Kunstvereins in der Museumskommission ganz allein. Es war aussichtslos, unter diesen Umständen den Zweck, dem ich dienen sollte, zu erreichen. Daher erklärte ich dem Vorsitzenden des Kunstvereins Ministerialrat Metz, daß ich bereit sei, aus der Museumskommission auszutreten, damit ein anderes Mitglied des Kunstvereins an meiner Stelle ernannt werde. Allein Herr Metz, der die Personen kannte, meinte, der Bürgermeistereiverwalter Stempel werde, wenn ich austräte, nicht wieder ein Mitglied des Kunstvereins in die Kommission berufen.

Er beantragte daher zunächst bei Herrn Stempel, er möge für den Fall meiner Abwesenheit den Grafen Pocci zu meinem Stellvertreter in der Kommission ernennen. Herr Stempel aber lehnte dies ab; es gebe keine Stellvertretung in dieser Kommission; dagegen brauche ich nur auszutreten, so werde er den Grafen Pocci zu meinem Nachfolger ernennen. Unter ausdrücklicher Bezugnahme auf dieses schriftlich gegebene Versprechen bin ich sofort im April 1885 aus der Kommission ausgetreten. Aber es war ein erneuter Druck auf Herrn Stempel nötig, daß endlich drei Monate nach meinem Austritt Graf Pocci zum Mitglied der Kommission ernannt worden ist.

Das aber waren nur die ersten Schritte, die im weiteren Verlauf auch zu meinem Austritt aus dem Vorstand des Kunstvereins führen sollten. Nachdem nämlich die Bürgermeistereiverwaltung in den Jahren 1883 und 1884 den berechtigten Erwartungen, daß sie beim Kunstverein Bilder ankaufen werde, in so geringem Maße entsprochen hatte, hat der Präsident des Kunstvereins, Ministerialrat Metz, Ende Mai 1885 Stempels Aufmerksamkeit auf mehrere in unserer Ausstellung befindliche Bilder gelenkt und gebeten, die Museumskommission über den Ankauf des einen oder andern derselben zu hören. Darauf antwortete Stempel unter dem 28. April: „Ich sehe mich leider genötigt, den Ankauf der in Ihrem Schreiben vom 28. März bezeichneten Gemälde definitiv ablehnen zu müssen." Und warum? Etwa aus einem in der Beschaffenheit oder in dem Preise der Bilder liegenden Grunde? Nein! sondern „weil ich es für meine Pflicht erachte, den vorhandenen

Museumsfonds zum Zweck der Herstellung und Einrichtung eines anderen Museumsgebäudes nicht nur intakt zu erhalten, sondern nach Tunlichkeit, durch Zinsenadmassierung zu verstärken."

Dies war ein ganz neues Moment in der Frage. Bis dahin hatte Stempel selbst in offiziellen Schreiben die zur Gründung eines Museums disponibeln Räume stets als zureichend erklärt und eine erhöhte Tätigkeit auf dem Gebiete der bildenden Künste in Aussicht gestellt. Jetzt sollte nicht mehr gekauft werden, bis der Fonds zu einem Museumsbau für nicht vorhandene Bilder ausreiche!

Wir waren weit entfernt, diesen neuen Entschluß Stempels der Kritik zu unterwerfen, zu der er so reichen Anlaß bot. Uns beschäftigte nur die Rückwirkung desselben auf die Existenz unseres Vereins, und ich begab mich im Auftrage unseres Vorstandes zum Staatsminister von Hofmann, um ihm zu sagen: „Der Vorstand habe seinerzeit die deutsche Künstlerschaft zur Beschickung unserer Ausstellungen aufgefordert unter ausdrücklicher Betonung, daß ihm zugesichert worden sei, daß Bilder für eine städtische Galerie aus dem Museumsfonds angekauft würden. Auf Grund dieser Ankündigung seien ihm Bilder ersten Ranges zugeschickt worden, trotzdem von der Stadt tatsächlich so wenig angekauft worden sei. Wolle der Vorstand sich jetzt nicht dem Vorwurf der Künstler aussetzen, sie durch Belassung in einer falschen Vorstellung zu weiterer Beschickung unserer Ausstellungen veranlaßt zu haben, so sehe er sich in Ehren verpflichtet, den Künstlern mitzuteilen, daß die ihm gewordene Zu-

sicherung widerrufen worden sei. Es sei aber nicht zu erwarten, daß alsdann noch ein einziges gutes Bild nach Straßburg geschickt werde. Der Verein sehe sich also, falls es bei dem Entschluß des Bürgermeistereiverwalters bleibe, durch Herrn Stempel tatsächlich ruiniert, und es sei dann besser, den Verein aufzulösen, als in Unehren unterzugehen."

Dem Minister war die Sache peinlich; er versprach Abhilfe und war sehr liebenswürdig, wie er denn stets voll Wohlwollen gegen unsere Bestrebungen gewesen war. Aber kaum hatte er mich durch neue Versprechen zu beruhigen gesucht, als bekannt wurde, daß Herr Stempel, unmittelbar nachdem er unsere Anträge abgelehnt hatte, „weil es seine Pflicht sei, den vorhandenen Museumsfonds zum Zweck der Herstellung und Einrichtung eines andern Museumsgebäudes nicht nur intakt zu erhalten, sondern nach Tunlichkeit durch Zinsenadmassierung zu verstärken" — aus dem vom Deutschen Reiche geschaffenen Fonds französische Kunstwerke bei der *Société des amis des arts*, und zwar mit Genehmigung des Ministeriums angekauft habe!

Da schrieb ich an den Minister, daß ich im Interesse des Kunstvereins aus dem Vorstand austrete. Der Kaiser habe diesem durch Überlassung von Bildern aus der Nationalgalerie sein Interesse bezeigt, der Kronprinz habe die Künstler in seinem Namen zur Beschickung unserer Ausstellungen auffordern lassen, der Statthalter habe unsere Einrichtung aus seinem Dispositionsfonds bestritten und er selbst sei uns allzeit ein warmer Patron und Fürsprecher gewesen. Um so

rätselhafter sei das, um mich milde auszudrücken, wenig entgegenkommende Verhalten des deutschen Verwalters der Stadt. Alle halbe Jahre habe er uns vor die Existenzfrage gestellt. Angesichts dessen und des dem deutschen Kunstverein gegenüber zur Anwendung kommenden anderen Maßes könne ich mich nicht eines tiefen Mißtrauens erwehren, daß alle weiteren Versprechen, die Herr Stempel uns geben werde, abermals papierene sein würden; gleichzeitig müsse ich mir die Frage vorlegen, worin der Grund des auffallenden Verhaltens des Herrn Stempel zu sehen sei. Da ich bei Beantwortung derselben keine Gründe allgemeiner Art annehmen könne, bleibe mir nur als Grund Stempels persönliche Abneigung gegen mich. Da bleibe mir nichts übrig, als zurückzutreten, um so vielleicht dem Verein die für ihn unentbehrliche Unterstützung Stempels zu gewinnen. Doch sei ich bereit, auch ferner im Vorstand zu dienen, wenn ihm dies förderlich sein könne, aber unter einer unentbehrlichen Voraussetzung. Die Bürgermeistereiverwaltung müsse uns eine für sie wirklich bindende Zusicherung geben, daß sie alljährlich erhebliche Ankäufe bei uns machen werde. Nur wenn wir mit solch neuer Zusicherung ausgerüstet würden, könnten wir die Künstler aufs neue zur Beschickung unserer Ausstellungen auffordern; nur dann könnten diese auch in Zukunft in Ehren bestehen, und nur dann könnte ich mich zum Wiedereintritt in den Vorstand bereit finden lassen.

Obwohl in meinem Briefe gesagt war, daß ich den Grund des ablehnenden Verhaltens des Bürgermeisterei-

verwalters nicht „in Gründen allgemeiner Art" suchen könne, hat Herr von Hofmann verstanden, was ich gemeint habe. Er suchte sofort Herrn Stempel zu der von mir gewünschten Erklärung zu veranlassen und drang dann in mich, in den Vorstand wieder einzutreten, da der Untergang des Vereins sonst nicht ausbleiben könne. Allein Stempel ging mit dem Schreiben des Ministers zum Statthalter, und Manteuffel stellte sich auf seine Seite und auf die der *Société des amis des arts*. Darauf schrieb Stempel an Herrn von Hofmann, daß dieser ihm als Bürgermeistereiverwalter keine Vorschriften zu geben habe. An den Kunstverein schrieb er nur, daß er seinen früheren ablehnenden Brief nicht so verstanden wissen wolle, daß er Ankäufe bei uns „prinzipiell ablehne".

Darauf schrieb ich an Herrn von Hofmann, Herr Stempel habe uns die verlangte positive Zusicherung nicht gegeben; was er geschrieben habe, sei nur eine möglichst schwache Negation des Gegenteils. Auf Grund dieses Briefes könne ein weiterer Aufruf an die Künstler unsererseits nicht erlassen werden. Daher könne mich Stempels Brief auch nicht zur Zurücknahme meiner Austrittserklärung bewegen, und zwar um so weniger, als Herr Stempel sein schriftlich gegebenes Versprechen, den Grafen Pocci zu meinem Nachfolger in der Museumskommission zu ernennen, noch immer nicht erfüllt habe. Dagegen sei ich zum Wiedereintritt in den Vorstand bereit, sobald Herr Stempel sich amtlich gebunden habe, aus den Zinsen des vom Deutschen Reiche geschaffenen Fonds alljährlich erhebliche Ankäufe beim Kunstverein zum

Ersatz der verbrannten Galerie und zur Heranziehung der deutschen Kunst bei der Wiedergermanisierung des Elsasses zu machen.

Diese meine Antwort gelangte in die Hände des Herrn von Hofmann gleichzeitig mit der Nachricht vom Tode Manteuffels. Nun wurde Fürst Chlodwig Hohenlohe Statthalter, und der ihm von früher bekannte Dr. Schricker erreichte sein Ziel und wurde Direktor eines neu errichteten Kunstgewerbemuseums. Die *Société des amis des arts* machte nun außerordentliche Anstrengungen, um die französischen Künstler zur Beschickung ihrer Ausstellungen zu veranlassen, und in der Tat war ihre Ausstellung im Jahre 1885 recht gut. Da die Bürgermeistereiverwaltung nur bei ihr kaufte, war der deutsche Kunstverein nicht zu halten. Er hat noch ein paar Jahre notdürftig sein Leben gefristet. Erst nach meinem Weggange von Straßburg ist er vollständig eingegangen.

Die Geschichte des Kunstvereins Straßburgs ist die Geschichte aller deutschen Bestrebungen im Elsaß zur Zeit, da ich dort weilte, gewesen. Daher die Wiederholung derselben Erscheinungen bei jedem, der aus Alt-Deutschland dorthin kam. Ein jeder kam voll guten Willens, in der Erfüllung der gestellten Aufgaben sein Bestes zu tun. Aber je eifriger er war, desto mehr Steine warf — die deutsche Verwaltung ihm in den Weg. Denn deren oberste Richtschnur war nicht die Behandlung der Fragen nach sachlichen Gesichtspunkten, sondern mit Rücksicht auf das Wohlgefallen französisch gesinnter Notabler, wel-

che die ihnen gebotenen Vorteile ausbeuteten, ohne etwas dafür zu geben. Die breite Masse des Volkes aber, die man hätte gewinnen können, trieb man diesen, die vielfach sogar ihren Wohnsitz, alle aber ihren Schwerpunkt in Paris hatten, auf solche Weise in die Arme.

VI.

Als ich 1882 nach Straßburg kam, nötigten mich meine Vorlesungen, von der Tatsache Kenntnis zu nehmen, daß die Deutsche Gewerbeordnung in Elsaß-Lothringen keine Geltung hatte; es galt auch auf dem Gebiete des Gewerbebetriebs noch französisches Recht. Infolgedessen für die Arbeiter im Reichsland eine völlig rückständige Arbeiterschutzgesetzgebung, und selbst diese wurde, da eine wirksame Fabrikinspektion fehlte, nirgends beachtet; und wenn auch Arbeitseinstellungen zur Erzielung besserer und Abwehr schlechterer Arbeitsbedingungen infolge des Gesetzes Napoleons III. von 1864 nicht mehr verboten waren, so war es den Arbeitern doch noch untersagt, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Die deutsche Regierung hatte den Arbeitern nicht die ihnen günstige deutsche Gewerbeordnung, wohl aber das ihnen feindliche Sozialistengesetz und den Diktaturparagraphen gebracht, und, wie ich schon erwähnt habe, ist dieser, abgesehen von seiner Anwendung auf Geistliche, nur gegen deutsche Arbeiter, die einen Fachverein gründen wollten, angewandt worden.

Die Ursache lag in dem Glorienschein, mit dem die Fabrikanten des Oberelsasses die dort herrschende

Ordnung des Arbeitsverhältnisses zu umgeben verstanden haben, und in dem wenig arbeiterfreundlichen Geiste, der zu Beginn der siebziger Jahre sowohl in den deutschen Regierungskreisen, als auch im Deutschen Reichstag geherrscht hat.

Jener Glorienschein beruhte vor allem auf der Mülhäuser Arbeiterstadt. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts hatten in Mülhausen berüchtigte schlechte Arbeiterwohnungszustände geherrscht. Da hat auf Grund der Anregungen, welche die Londoner Industrieausstellung von 1851 gegeben hat, der Fabrikant Jean Dollfus im Jahre 1853 eine Baugesellschaft ins Leben gerufen, welche technisch vollkommene Arbeiterhäuser herstellen sollte. Zu dem Gesellschaftskapital von 300 000 Franken wurden noch 350 000 Franken vom Crédit foncier aufgenommen und weitere 300 000 von der französischen Regierung beigesteuert. Dollfus besaß im Nordwesten, zwischen der Stadt und Dornach, ausgedehnte Gelände und hatte großes Interesse, daß sich die Stadt nach dieser Richtung entwickle. Die Anlage eines Arbeiterquartiers auf diesem Gelände mußte dieser Entwicklung Vorschub leisten. Dollfus trat 8 ha desselben zu einem billigen Preise an die Baugesellschaft ab. Die ihm verbliebenen Bauplätze sind dann um das drei- und vierfache gestiegen, da im Gefolge des Arbeiterquartiers eine große Zahl von Neubauten von Spekulanten errichtet wurde; das Unternehmen war also für Dollfus eine gute Kapitalanlage. Dem Arbeiter aber, der 300 Franken anzahlte und monatlich 25 Franken entrichtete, wurde ermöglicht, in 13 Jahren und 5 Monaten freier Eigentümer eines

eigenen Hauses im Werte von 3000—3100 Franken zu werden. Auf dieser Gründung beruhte der Weltruhm der Mülhäuser Arbeiterverhältnisse. So wird in dem österreichischen Bericht über die Pariser Ausstellung von 1867 davon gesprochen als einer „Neuerung, welche eine Glanzepoche in der Geschichte der arbeitenden Klassen und der Humanität im allgemeinen bildet, welche die Nachwelt höher stellen wird, als die Siege, die die Alexander und Napoleone aller Zeiten erfochten haben."

Außerdem gab es in Mülhausen noch andere Wohlfahrtseinrichtungen der Fabrikanten zugunsten der Arbeiter; so zur Fürsorge für Wöchnerinnen, Kinderasyle, in manchen Fabriken oft nahezu luxuriöse Speisesäle und Kochvorrichtungen für die Arbeiter, Arbeiterbadeanstalten und andere Einrichtungen ähnlicher Art.

Aber neben diesen harmlosen gab es auch Wohlfahrtseinrichtungen von ganz anderem sozialpolitischem Gepräge.

In Mülhausen war es nicht selten, daß ein Fabrikant einem Arbeiter, an dem ihm etwas lag, die Summe vorschoß, die nötig war, um die so schwierige erste Anzahlung zu machen, ohne welche ein Häuschen in der berühmten Arbeiterstadt nicht erworben werden konnte. Damit kam er der lebhaften Sehnsucht der Arbeiter nach eigenem Besitz entgegen; aber andererseits ist klar, daß der so verschuldete Arbeiter bis zur Abzahlung seiner Schuld in allen Fragen, die sein Arbeitsverhältnis betrafen, jedweder Selbständigkeit gegenüber seinem Gläubiger gebrach.

Wenn ferner in vielen Fabriken die Arbeiter genötigt wurden, in eine Fabrikkasse eine Prämie zu zahlen

gegen das Versprechen, daß ihnen daraus, falls sie im Alter der betreffenden Fabrik noch angehörten, eine Pension gezahlt werde, so bedeutete dies einen Zwang der Arbeiter, für die Kosten der ihnen zugedachten Fesseln aufzukommen. Denn sobald es dem Arbeitgeber beliebte, das Arbeitsverhältnis zu lösen, verlor der Arbeiter Ansprüche, die er durch vielleicht jahrelange Beiträge erworben hatte; er mußte sich also in alles fügen, um seine Pension nicht zu verlieren. Wurde er aber entlassen, so verwertete der Arbeitgeber die Verluste des Entlassenen zur Belohnung der Dienste der Bleibenden, also zur Belohnung von Diensten, die in seinem Vorteil lagen.

Und von demselben Charakter war es, wenn in der Fabrik von Schaeffer, Lalance & Co. in Pfastadt nach einer mit unleugbarem Sachverständnis ersonnenen Methode, welche die Firma als „Gewinnbeteiligung" und als einen „wahrhaft demokratischen Fortschritt in der gewerblichen Ökonomie" bezeichnete, durch die vermöge ihrer hohen Qualifikation unabhängigeren Arbeiter die Mittel aufgebracht wurden, um sie in völlige Abhängigkeit von dem Unternehmer zu bringen.

In den maßgebenden Kreisen Berlins wie Straßburgs herrschte aber damals völliger Mangel an Verständnis für diese sozialen Zusammenhänge. Wenn J. Dollfus im Reichstag sagte: „Wir waren im Elsaß immer bestrebt, die Wohlfahrt unserer Arbeiterbevölkerung zu vermehren," so hörte man dies voll bewundernder Andacht an; und ebenso glaubte man kritiklos, wenn der unermüdliche Vertreter der oberelsässischen Fabrikanteninteressen, der Fabrikdirektor Charles Grad

in Logelbach im Deutschen Reichstag einen auf Einführung der Deutschen Gewerbeordnung im Reichslande gerichteten Antrag des Abgeordneten Stumm mit den Worten bekämpfte: „Einerseits sind die wesentlichsten Vorschriften über die Arbeit in den Fabriken schon längst bei uns aus eigener Initiative in Ausführung gekommen, bevor sie in die Gesetzgebung übergingen. Andererseits aber knüpfen sich an die ganze Gewerbeordnung, wie sie jetzt gefaßt ist, für den industriellen Betrieb Schwierigkeiten und Nachteile, welche durch dringende Maßregeln zur Wahrung der reichsländischen und der ganzen deutschen Industrie im allgemeinen ausgeglichen werden sollen." Es hätte doch nahegelegen, Herrn Grad aufzufordern, mindestens zu sagen, wieso die Einführung eines Gesetzes, welchem seinem „wesentlichen" Inhalte nach die tatsächlichen Zustände entsprechen, „Schwierigkeiten und Nachteile für die industriellen Betriebe" bringen würde.

Aber es gab damals weder in den Regierungskreisen noch im Reichstag einen Mann, der es in Zweifel gezogen hätte, wenn Herr Engel-Dollfus erklärte, daß die elsässische Industrie, ohne ruiniert zu werden, nicht zweimal zahlen könne; sie habe durch die große Zahl der Wohlfahrtseinrichtungen, welche die Unternehmer aus eigener Initiative geschaffen, ihren Tribut schon gezahlt. Es war damals die Zeit, da der Verein für Sozialpolitik die Herrschaft des Manchestertums noch nicht gebrochen hatte; noch beherrschte es völlig den Reichstag. Der Oberpräsident von Möller war durchaus manchesterlich gesinnt. Die Rede des Unterstaatssekretärs Herzog gegen den erwähnten Antrag

Stumm kam darauf hinaus, daß den Elsässer Fabrikanten zur Entschädigung für den teilweisen Verlust des französischen Absatzgebietes eine Entschädigungsprämie auf Kosten der Kinder und jugendlichen Hilfsarbeiter zu gewähren sei. Die sozialpolitische Theorie des Herrn Engel-Dollfus aber war ganz nach dem Sinne des Freiherrn von Manteuffel; auch gehörte unter seinem Regimente die Verschonung der Elsässer Großindustrie mit der Deutschen Gewerbeordnung zu den Hauptmaximen der Regierungspolitik. Eine soziale Frage kannte Engel-Dollfus nicht. Er sah nur einzelne aus verschiedenen Quellen fließende Mißstände, von denen jeder auch einzeln behoben werden könne. In erster Reihe hielt er die Unternehmer dazu berufen; aber bemerkenswerterweise nur jene, welche bereits zu Vermögen gelangt sind. Für diese erkannte er es als moralische Verpflichtung, den Arbeiter, welcher durch Alter, Krankheit, Unfälle arbeitsunfähig und brotlos geworden, zu unterstützen, ihm zu geben, so viel man könne. Dadurch sei ein patriarchalisches Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitern geschaffen, das jeden Interessengegensatz hintanhalte. Darauf beruhe die Autorität der Arbeitgeber über die Arbeiter. In jedem Eingriffe des Staates zum Schutze der Arbeiter, wäre es auch nur die Bestellung eines Fabrikinspektors, dagegen erblickte Engel-Dollfus einerseits eine schwere Verirrung, andererseits eine gerechte Strafe für jene Fabrikanten, welche ihren moralischen Verpflichtungen nicht so, wie die elsässischen nachkämen; und gäbe man, wie die deutsche Gewerbeordnung, den Arbeitern ein Recht auf das, was der

elsässische Arbeitgeber ihnen freiwillig gewähre, so werde dadurch die Autorität des Arbeitgebers untergraben. Das war das für die industriellen Magnaten typische sozialpolitische Programm; in der Koalitionsfreiheit und Freizügigkeit, welche die Unabhängigkeit der Arbeiter zu wahren und zu verwirklichen imstande sind, sieht es Verirrungen einer zügellos demokratischen Richtung; ja sogar Einigungsämter und Schiedsgerichte werden von denen, die sich zu ihm bekennen, als Beeinträchtigung der freien Verfügung des Unternehmers verworfen, und in ihrem Kultus der Unverletzlichkeit der wirtschaftlichen Machtsphären desselben findet es sich mit der ostelbischen Lehre von den gottgewollten Abhängigkeiten zusammen.

Diese Lehre ist mir von jeher als gegen die wirtschaftliche, soziale und politische Unabhängigkeit der Arbeiter gerichtet, verdächtig gewesen. Ganz besonders verdächtig aber wurde mir dieses patriarchalische System, als ich in der Reichsenquete für die Baumwoll- und Leinenindustrie unter dem 30. Nov. 1878 die folgende Aussage des schon genannten Fabrikdirektors Charles Grad über die Ursachen der höheren Löhne im Norden von Frankreich las:

„Um Arbeiter zu erhalten, sehen sich die Industriellen des Nordens genötigt, sie durch den Reiz höherer Löhne anzulocken und wissen sie vielleicht nicht genug durch Unterstützungs- und Pensionskassen zu fesseln, wie sie in allen Fabriken des Elsasses zum Vorteil der Arbeitgeber wie der Arbeiter bestehen. Diese Philantropie ist seitens der Industriellen unserer Gegend ein ganz gutes Geschäft."

Hier war also sowohl die Tatsache, daß die vielgerühmten Wohlfahrtseinrichtungen den Lohn nieder-

halten, als auch, daß dies ihr Zweck ist, nicht nur eingeräumt, sondern mit selbstzufriedenem Eigenlobe betont.

Dementsprechend hatte mich, seit ich, nach Straßburg gekommen, mich mit den Verhältnissen im Reichsland berufsmäßig zu beschäftigen hatte, ein tiefes Mißtrauen gegen die mir von allen Seiten entgegentretende Behauptung erfüllt, daß die Arbeiterverhältnisse im Oberelsaß so vortreffliche seien, daß es überflüssig sei, die Arbeiterschutzgesetzgebung dort einzuführen. Aber es hatte mir die Gelegenheit gefehlt, die Richtigkeit meines Ahnens an der Hand der Tatsachen zu prüfen. Da fügte es sich, daß im Oktober 1885 ein schüchterner junger Mann sich zum Eintritt in mein Seminar meldete. Er hieß Heinrich Herkner, war der Sohn eines Fabrikanten in Reichenbach und, wie alle Deutschböhmen, ein glühender deutscher Patriot und gleichzeitig großer Bewunderer der deutschen Bureaukratie, von deren Wirken er sich auf Grund dessen, was er gelesen hatte, die idealsten Vorstellungen machte. Es war Gewohnheit des staatswissenschaftlichen Seminars in Straßburg, einen jungen Mann, der sich zum Eintritt meldete, zunächst ein Referat über ein Buch aus dem Gebiete, für das er sich besonders interessierte, machen zu lassen. Der junge Herkner hatte ursprünglich unter der Leitung von A. Thun in Freiburg auf dem Gebiete der Arbeiterfrage arbeiten wollen, als Thun starb; ich gab ihm demgemäß ein eben erschienenes Buch über die Fabrikinspektion in England zu lesen und hatte den Gedanken, ihn eine Arbeit über die Kodifikation der englischen Fabrikgesetze und die seit dieser in England

erlassenen Arbeiterschutzgesetze eine Dissertation schreiben zu lassen. Aber das Referat, das Herkner erstattete, war überraschend. Noch nie hatte ich von einem jungen Mann ein gleich sachverständiges Referat über eine so viel Spezialkenntnisse erfordernde Materie vernommen. Ich erkannte sofort, daß ein gütiges Geschick mir hier den Mann zugeführt hatte, nach dem ich so lange gesucht hatte, auf daß er die oberelsässischen Arbeiterverhältnisse einem kritischen Studium unterziehe; und Herkner fand sich bereit, die oberelsässische Baumwollindustrie und ihre Arbeiter zum Gegenstand einer gründlichen Bearbeitung zu machen.

Zunächst wandte ich mich an unseren vortrefflichen Universitätskurator Ledderhose, der gleichzeitig Unterstaatssekretär für Gewerbe und Handel in Elsaß-Lothringen war. Ich führte ihm die völlige Unzulänglichkeit aller bisherigen Darstellungen der oberelsässischen Industrie vor, die sogar von der „*Société industrielle de Mulhouse*“ nicht bestrittten werde, verwies auf das Interesse, das es für die deutsche Regierung haben müsse, den Werdegang der oberelsässischen Industrie aktenmäßig kennenzulernen, und erbat die Zulassung Herkners zu den Archiven, welche die einschlägigen Akten enthielten. Ledderhose bewilligte das Gesuch mit um so weniger Bedenken, da diese Akten nur die französische Zeit betrafen. Allerdings mußte ihr Studium ein scharfes Licht auch auf die deutsche Gegenwart werfen; denn die Akten bezogen sich auf noch bestehende Unternehmungen, vielfach sogar auf noch lebende Personen.

Das Bild, welches dieses quellenmäßige Studium der oberelsässischen Industrie enthüllte, war in wirtschaftlicher und sozialer, besonders aber in politischer Beziehung äußerst belehrend. Vor allem trat hervor, wie politisch unzuverlässig die oberelsässischen Industriellen auch zur französischen Zeit gewesen, und wie sie bis unmittelbar vor dem Kriege von 1870/71 ihre große Macht über ihre Arbeiter gegen die jeweilige französische Regierung gebraucht hatten, um als noch zu gewinnende Opposition von dieser möglichst große Vorteile für sich zu erzielen.

Als Mülhausen in Frankreich einverleibt wurde, schreibt Herkner in den die gewonnenen Eindrücke zusammenfassenden Schlußbetrachtungen seines Buches, wären die Mülhäuser am liebsten Schweizer geblieben. Dieser Schweizer-republikanischen Gesinnung sind sie in der ganzen Folgezeit, auch während der französischen Herrschaft, im innersten Herzen treu geblieben. Da sie aber ihren Herzenswünschen gegen die Übermacht der Verhältnisse keine Geltung verschaffen konnten, haben sie es meisterhaft verstanden, aus der Liebebedürftigkeit, mit welcher die sie abwechselnd Beherrschenden sie umgaben, wenigstens pekuniären Vorteil zu ziehen, und mit überlegenem Geschick haben sie abwechselnd ihre Sprödigkeit gegen die verschiedenen Machthaber hervorgekehrt, damit man ihnen das, was sie begehrten, als Liebesgabe in den Schoß werfe. So haben sie die großen Bestellungen und Staatsvorschüsse Napoleons I. zwar entgegengenommen, aber ohne ihrerseits etwas dafür zu geben; sie haben das Liebeswerben der Restauration durch Beeinflussung

der Zoll- und Handelspolitik geschickt ausgenützt, ohne deshalb mehr für Ludwig XVIII. und Karl X. gewonnen zu werden, als nachher durch die ähnlichen Bemühungen der folgenden Regierungen. Trotz der dreißig Millionen Staatsvorschüsse, mit denen die ihnen innerlich noch dazu so nahestehende Julimonarchie ihre Gunst zu erkaufen suchte, haben sie der zweiten Republik zugejubelt, trotz der von dieser gewährten Verdoppelung der Exportprämie dem Gesellschaftsretter Napoleon. Als aber dieser den freihändlerisch gerichteten englisch-französischen Handelsvertrag abschloß, fühlten sich die oberelsässer Spinner und Weber in ihrem Interesse so tief verletzt, daß sie in die schärfste Opposition gegen das zweite Kaiserreich eintraten, und um deren Reihen durch Arbeiter zu verstärken, gründeten einige Angehörige der Opposition, darunter Karl Kestner, Ludwig Chauffour, J. B. Rudolf, Dr. Klippel, Alfred Köchlin, Aug. Scheurer, alles hervorragende Fabrikanten in Mülhausen, ein Blatt für Arbeiter, betitelt „Der souveräne Wahlmann". Es gibt sich als Organ der radikalen Demokratie. Seine Prinzipien sind die der ersten französischen Revolution. Aber es erscheint nur in deutscher Sprache. Über das Warum gibt es eine, im Hinblick auf die bald darauf folgende Annexion an das Deutsche Reich hochbedeutsame, mit dem bereits mitgeteilten Inhalt des Aufsatzes im katholischen Sonntagsblatt „Volksfreund" völlig übereinstimmende Auskunft:

„Einfach darum, weil die Mehrheit, und zwar die übergroße Mehrheit des elsässischen Volkes deutsch denkt, deutsch fühlt, deutsch spricht, deutschen Religionsunterricht erhält, nach

deutscher Sitte leibt und lebt und die deutsche Sprache nicht vergessen will. Viele, wir wissen es, reden, lesen und schreiben französisch, und das ist recht und schön; allein dieselben, die im Französischen geübt sind, denken, fühlen und sprechen dennoch deutsch, und deshalb kommen wir zu ihnen und sprechen die Sprache ihrer Mütter, die Sprache ihrer Kindheit, die Sprache, in der sie ihre Kinder liebkosen und erziehen, ihre Frauen herzen und ihre sterbenden Eltern trösten."

Begreiflicherweise ist diese Opposition der oberelsässischen Fabrikherren für die französischen Präfekten stets ein Gegenstand von Ärger und Sorge gewesen, und in den Geheimberichten, welche sie nach Paris sandten, haben sie dafür ungeschminkt die Arbeiterzustände geschildert, wie sie in den oberelsässischen Fabrikdistrikten vorherrschten. Herkner hat von diesen Berichten Kenntnis genommen. Es ist ein von den Darstellungen der Verherrlicher des Patriarchalismus sehr verschiedenes Bild, das aus ihnen entgegentritt. So heißt es z. B. in einer Bittschrift, welche von den Arbeitern des Amarintales gelegentlich einer von der Regierung angeordneten industriestatistischen Untersuchung an den Präfekten erging:

„Nie werden die Arbeiter selbst befragt, alles wird geheimgehalten, damit sie die Fabrikantendarstellungen nicht Lügen strafen können. Immer mehr muß gearbeitet werden und immer weniger wird bezahlt. Kommt also, Herr Präfekt, kommt um Gottes willen und seht, wie bleich, wie mager, wie abgemattet, wie arm wir uns alle befinden. Die Hälfte von uns liegt krank und muß frühzeitig sterben, und unsern Witwen und Waisen wird noch das Betteln verboten. Die Regierung soll auch eine Zahl Arbeiter vernehmen, damit sie erfahre, was vorgeht, und nicht leiden, daß der Arbeiter bittere Lage durch Lügen

und falsche Ziffern verschönert werde. Hingegen sollte der Fabrikant seine goldversüßte Lage auch erklären und sagen müssen, wie viel er mit schändlicher Gewalt den Arbeitern abzwacken tut."

Das klingt gewiß sehr verschieden von jener idyllischen Harmonie, die nach Charles Grad und seinen Nachbetern von je zwischen den oberelsässischen Arbeitgebern und Arbeitern geherrscht haben soll. Nach den Berichten der Präfekten beruhte die ganze Konkurrenzfähigkeit der oberelsässischen Baumwollindustrie auf den niedrigen von ihr gezahlten Löhnen, und Charles Grad hat uns ja das Geheimnis verraten, auf dem die Niedrigkeit der Löhne beruhte. Ihnen entsprechend waren die übrigen Arbeiterzustände: allzulange Arbeitszeit, auch der jugendlichen Arbeiter, die eben erst das vierzehnte Lebensjahr erreicht hatten, elende Ernährung, schlechte Gesundheitsverhältnisse und ungewöhnlich tiefer Bildungsstand.

So bedeutsam diese Aufschlüsse waren, welche die Archive über die Arbeiterzustände zur Zeit der französischen Herrschaft gaben, so kam es doch, um zu ihrer Besserung durch die deutsche Gesetzgebung und Verwaltung zu gelangen, darauf an, zu zeigen, daß sie auch unter deutscher Herrschaft noch fortdauerten. Hier stand kein archivalisches Material zur Verfügung; das beste amtliche Material fand sich noch in den ärztlichen Berichten über den Gesundheitszustand in Elsaß-Lothringen, sowie im Archiv für öffentliche Gesundheitspflege; sie sprachen von einer außergewöhnlich hohen Zahl von Totgeburten (bis zu 74, ja 81 auf 1000 Geburten in einzelnen Fabrikdistrikten) und großer

Sterblichkeit der Kinder im ersten Lebensjahr, strotzten von Klagen über die physische Entartung der Fabrikbevölkerung, und haben das Verdienst unerschrocken und unermüdlich den Ruf nach Einführung einer Fabrikinspektion, wie sie im übrigen Deutschland geübt wurde, erhoben zu haben. Auch die veröffentlichten Ergebnisse des Heeresergänzungsgeschäfts gaben der physischen Entartung der Fabrikbevölkerung sprechenden Ausdruck; so betrug im Kreis Thann, in dem 222 Fabrikarbeiter auf je 1000 Zivilpersonen kamen, die Zahl der Tauglichen nur 16,8%. Im übrigen war Herkner darauf angewiesen, von den Arbeitgebern und Arbeitern selbst Auskunft zu erlangen.

Von den Arbeitgebern war nichts zu erreichen, als die übliche Erlaubnis, unter Aufsicht eines Fabrikbeamten durch die Fabriksäle zu wandern. Dabei pflegt bekanntlich kein großer Einblick in die Verhältnisse erlangt zu werden. Man wird durch die Säle gehetzt und gerade da weiter getrieben, wo es interessant wäre, stehenzubleiben. In diesem Falle aber genügte auch diese dürftige Erlaubnis. Herkner war von Kindsbeinen an inmitten des Betriebs einer Fabrik aufgewachsen, kannte aufs genaueste jede Vorrichtung, auf die es für die Arbeiter ankam, und ihm genügte ein kurzer Blick zur Feststellung von Tatsachen, die ein weniger Bewanderter auch durch vieles Fragen nicht herausgebracht hätte.

Aber weit wichtiger war es, die Arbeiter selbst zu befragen. Das war nun doppelt schwierig: einmal wegen der Furcht, welche die Arbeiter vor ihren Arbeitgebern empfanden; befanden sie sich doch infolge der

Wohlfahrtseinrichtungen in einem völligen Untertanenverhältnis gegenüber ihrem Brotherrn; sodann wegen der Diktaturparagraphen. Da Herkners Zwecke die loyalsten der Welt waren, wäre es ja vielleicht am einfachsten gewesen, die Polizei von der beabsichtigten Untersuchung in Kenntnis zu setzen. Aber einmal betrachtet die Polizei Loyalität nicht immer als Entschuldigungsgrund, wo sie ihr unbequem ist, und das wäre sie ihr in diesem Falle sicher gewesen; außerdem aber wäre ein für allemal jedwede Information durch die Arbeiter ausgeschlossen gewesen, hatten diese den leisesten Verdacht geschöpft, daß Herkner sich der Duldung oder gar der Unterstützung der Polizei erfreue. Herkner mußte also den Weg der geheimen Privat-Enquete beschreiten. Eine sehr große Anzahl von Fragebogen wurde unter die Arbeiter der verschiedenen Fabriken verteilt; merkwürdigerweise fielen von diesen nur zwei Exemplare in die Hände der Polizei, was zur Bedrohung des Verbreitens mit 40 M. und drei Tagen Arrest als Strafe für unbefugtes Verbreiten von Drucksachen führte; als dies stattfand, war aber die Ernte in der Hauptsache eingeheimst.

Das Bild der Arbeiterverhältnisse, das aus diesen Untersuchungen hervorging, zeigte, daß die von der oberelsässischen Industrie behaupteten, vortrefflichen Arbeiterzustände nur in ganz wenigen Fabriken vorherrschten, bei Dollfus, Mieg et Cie., bei Charles Mieg et Cie. und ganz wenigen anderen Firmen. Auf die bei diesen herrschenden Zustände verwiesen auch diejenigen oberelsässischen Fabrikanten, bei denen die Verhältnisse ganz anders lagen, ja teilweise recht

unerfreuliche waren, so oft es galt, die Arbeiterschutzbestimmungen der deutschen Gewerbeordnung abzuwehren. Im allgemeinen läßt sich sagen: die Schutzvorrichtungen waren überall gut, außer in einer Fabrik, in welcher denn auch viele Unfälle vorkamen. Sehr übel war es fast allenthalben mit der in den Fabrikräumen herrschenden Temperatur und Ventilation bestellt; in einzelnen Fabriken betrug die Temperatur bis zu 45 Grad Celsius. Die effektive Arbeitsdauer betrug als Regel $12^1/_2$ Stunden im Tag, in einzelnen Fällen 13—14 Stunden, und zwar für alle Arbeiter über 14 Jahre. Besonders geklagt wurde über die rigorosen Fabrikordnungen und die strengen, in diesen festgesetzten Strafen. In einer Fabrik war ein Arbeiter wegen der Strafgelder, die ihm von seinem Lohn abgezogen worden waren, in solche Verzweiflung und Wut geraten, daß er dem Direktor einige Messerstiche in den Unterleib versetzte; darauf wurden in anderen Fabriken mit ähnlichem Strafen- und Abzugssystem die Direktoren angewiesen, nur mit Bleistöcken und Revolvern in die Fabriken zu gehen. Ebenso wurde über schlechte Behandlung seitens der Werkmeister und Direktoren geklagt und ganz besonders über die Mißbräuche, deren sich die Vorgesetzten den Arbeiterinnen gegenüber schuldig machten. Was endlich das vielgerühmte Miniaturhäuschen in der Mülhäuser Arbeiterstadt angeht, so war es auf dem Wege der Vermietung zu einem von drei Parteien bewohnten, recht schlechten Zinshaus geworden.

Dabei war die Lage der Mülhäuser Arbeiter noch die günstigste. Viel schlimmer war sie in den Kreisen Thann, Gebweiler und Kolmar. Allenthalben aber be-

fand sich die Arbeiterbevölkerung in gleicher politischer Abhängigkeit von den Notabeln, die männliche von den Fabrikanten, vermöge der Wohlfahrtseinrichtungen, die weibliche vom Klerus des Abbé Winterer, welchen ein gleicher Haß gegen die Deutschen mit den Fabrikanten verband.

So waren die Arbeiterverhältnisse, um derentwillen das Deutsche Reich auf seine Rolle, der Schutz der Schwachen zu sein, verzichtet hatte, gleich als wäre die deutsche Regierung nur eine schwache, ähnlich denen, die in Frankreich sich abgelöst hatten, als hätte sie gleich diesen es nötig gehabt, die Liebe der Starken durch Verzicht auf die Geltendmachung des zum Schutz der Schwachen erlassenen Rechtes zu gewinnen; so schrieb Herkner am Schlusse seines Buches, und dann fuhr er fort:

„Hören wir, wie ein schlichter, zuverlässiger und einsichtsvoller Arbeiter aus Mülhausen sich über diese Politik äußert:

„Aus derselben, so sagte er mir, erwachsen für die Fabrikanten zwei große Vorteile. Ein ökonomischer: denn die Arbeiter werden an der Betonung ihrer Interessen verhindert, und das schlägt natürlich zum Nutzen der Arbeitgeber aus. Ein politischer: die unzufriedenen Arbeiter erwarten von der französischen Republik eine Besserung ihrer Lage und gewähren insofern dem Protest der Fabrikanten einen Rückhalt im Volke.

„Fürwahr, ich kann mich als ein in Bewunderung des Deutschen Reichs aufgewachsener Reichsfremder eines eigentümlichen Gefühls des Erstaunens nicht erwehren. In den rechtsrheinischen Gebieten des Reiches

hörte ich von allen Lippen die frohe Botschaft verkünden von dem neuen Schutzherrn, welcher den deutschen Arbeitern in dem deutschen Kaiser entstanden sei. Ich hörte daran erinnern, wie die Hohenzollern seit den Tagen des Großen Kurfürsten ihre Aufgabe darin erblickt hätten, der Autorität des Gesetzes gegenüber den Übermächtigen zur Geltung zu verhelfen. Wiederholt las ich den Hinweis auf das ‚*Debellare superbos*' im Wahlspruch des Krönungsschlosses zu Königsberg und oft hörte ich betonen, wie Friedrich der Große mit Stolz sich einen ‚*roi des gueux*' genannt habe, wie aus der strammen Unterwerfung semifeudaler Machthaber unter die Herrschaft des Gesetzes und des Staates der Preußische Staat und das Deutsche Reich hervorgegangen seien. Hier aber im Reichslande gibt die deutsche Regierung diese Politik auf zugunsten der erbittertsten Feinde des Reiches!

„Nur wenn das Reich dem elsässer Arbeiter zum Bewußtsein bringt, daß es der Schutz ist seines Rechtes, darf es darauf hoffen, mit der Herrschaft, die Fabrikant und Klerus in deutschfeindlicher Weise über den Arbeiter ausüben, erfolgreich zu konkurrieren."

Wenige Monate, nachdem Herkner sein Buch vollendet hatte, sollten die Reichstagswahlen von 1887 die ganze Torheit der Auslieferung der Arbeiterbevölkerung des Oberelsasses an die Notabeln ins grellste Licht setzen.

VII.

Zu Beginn des Herbstes 1886 war der alte Kaiser Wilhelm in Straßburg. Ein großer Aufzug der ländlichen Bevölkerung fand vor dem Palais des Statthalters, in dem er wohnte, statt. Alles in der malerischen elsässer Tracht. Es war ein schönes Schauspiel. Es war nur irreführend, wenn es als Huldigungszug der elsässischen Bevölkerung ausgelegt wurde, welcher deren deutsche Gesinnung bekunde.

Die Enttäuschung sollte nicht lange auf sich warten lassen. Im Februar 1887 fand eine Neuwahl zum Deutschen Reichstag statt, und in Elsaß-Lothringen wurden ausnahmslos die schärfsten Protestler gewählt. Der junge Zorn von Bulach, der angefangen hatte, sich vom Protest zur Anerkennung der durch den Frankfurter Frieden geschaffenen Verhältnisse zu bekehren, verlor seinen Reichstagssitz. In Mülhausen wurde an Stelle des milderen Dollfus auf Grund eines Manifestes von herausfordernder Keckheit Lalance gewählt, der Inhaber der Fabrik Schäffer, Lalance & Co., deren „Gewinnbeteiligung" als typisch gelten kann für jene Wohlfahrtseinrichtungen, welche die Arbeiterschaft willenlos den Befehlen ihrer Brotherrn unterwerfen.

Je größer nach einer vorausgegangenen Rede des Ministers von Hofmann die Erwartungen in Alt-Deutschland gewesen waren, desto größer war nun die Enttäuschung. Die Straßburger Regierung war in größter Verlegenheit, wie sie den Ausfall der Wahlen erklären sollte. Die Art und Weise, wie sie den Versuch unternahm, war geeignet, den grimmigsten Spott hervorzurufen. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" brachte es fertig zu schreiben:

„Die Tatsache, daß in den Reichslanden die Protestler die Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigt haben, ist nicht dafür konkludent, daß in der dortigen Bevölkerung noch Sympathien für Frankreich vorhanden sind, daß man sich nach der Wiedervereinigung mit der französischen Nation sehnt; sie beweist gerade das Gegenteil: sie zeigt, daß man in Elsaß-Lothringen an den Ausbruch eines Kriegs glaubt und daß man sich vor den ehemaligen Landsleuten fürchtet."

Aus Furcht vor der Zuchtlosigkeit der französischen Soldaten im Gegensatz zur Disziplin der deutschen habe man durch eine großartige Demonstration französischer Sympathien die französische Invasionsarmee zu einer milden Behandlung der Einwohner stimmen wollen! Der Gedanke, daß die Bevölkerung aus Antipathie gegen die Franzosen für diese gestimmt hätte, war großartig, ganz abgesehen von der Art, wie die Wahlagitation betrieben worden war.

Aber es wäre unrecht zu verschweigen, daß sich die Regierung selbst bei dieser Erklärung nicht beruhigt hat. Am 8. März 1887 erfolgte ein gegen die deutschfeindlichen Vereine in den Reichslanden gerichteter Erlaß, auf Grund dessen etwa 200 Vereine alsbald auf-

gelöst wurden. Auch wurde wenigstens angeordnet, daß keinem Franzosen mehr ein Jagdschein zu geben sei. Ebenso trat man der Einführung der deutschen Grundbuch- und Hypothekenordnung ernstlich näher. Aber auf diese Weise ließ sich die erlittene Schlappe nicht aus der Welt schaffen; das Deutschtum hatte die empfangene Ohrfeige weg, und die deutschen Zeitungen jener Tage wimmeln von Zuschriften der in Elsaß-Lothringen eingewanderten Deutschen, in denen sich deren tiefgehende Erregung spiegelt. Aus allen tritt die Erkenntnis entgegen, daß die von der Landesregierung bisher angewandten Mittel, um die Bevölkerung von französischen Einflüssen frei zu machen, verfehlt waren. Ganz besonders wenden sich die Zuschriften gegen das System, die Sympathien der Bevölkerung durch persönliche Begünstigung der Notabeln gewinnen zu wollen. Es wird die Entfernung derjenigen Elemente aus der Verwaltung verlangt, welche sich seit Jahren als Träger dieses Systems kompromittiert hatten. Man klagt über den großen Fehler, den man gemacht habe, indem man Elsaß-Lothringen nicht 1871 mit Preußen vereinigt hat. Man erwartet eine Neuordnung der Verhältnisse der Reichslande mit Spannung, hält nach wie vor die Einverleibung in Preußen für das allein richtige, fürchtet aber, daß sich dies angesichts der Eifersucht der übrigen Bundesstaaten nicht werde durchsetzen lassen.

Da gab der Staatssekretär von Hofmann seine Entlassung, obgleich er persönlich weit weniger der Träger des Systems gewesen war als andere weit betriebsamere, ihm formell untergeordnete Persönlichkeiten. Er hatte

in seiner milden Weise nur dem Andrängen anderer nicht widerstanden. Der Unterstaatssekretär von Puttkamer trat nun an die Spitze des Ministeriums. Der Statthalter Fürst Hohenlohe begab sich nach Berlin.

Da brachte die Berliner „Nationalzeitung" in ihrer Morgenausgabe vom 23. März 1887 einen Artikel, den ich besonders erwähne, weil er für mein persönliches Schicksal von Bedeutung geworden ist. In dem Artikel wird auseinandergesetzt, daß Elsaß-Lothringen eine Provinz des Reichs werden solle; der Landesausschuß solle die Stellung eines Provinziallandtags haben, d. h. entscheidende Zuständigkeit in Kommunalangelegenheiten der Provinz und begutachtende, soweit es sich um Gesetze für diese handle; im übrigen aber sollten die Gesetze im Reichstag beschlossen werden, ebenso wie der preußische Landtag alljährlich eine Anzahl Provinzialgesetze erledige. Dieser Artikel beruht im wesentlichen auf Briefen, die ich an den mir persönlich bekannten Redakteur der Nationalzeitung geschrieben hatte; ein Teil eines meiner Briefe ist in dem Artikel wörtlich wiedergegeben. Er lautet:

„Das Übel besteht darin, daß unsere bisherige, schwächliche Regierung durch den Landesausschuß um alle Autorität gebracht ist. Die Regierung beugt sich vor den Mitgliedern des Landesausschusses, wie dies in Deutschland sonst nirgends vor einer deutschen Volksvertretung geschieht. Damit jeder Beamte den seiner Vertretung anvertrauten Etat-Posten mit Leichtigkeit durchbringt, macht man vor den entscheidenden Kommissionssitzungen nicht nur den einflußreichen Mitgliedern Besuche, sondern versucht es, nach dem Grundsatze des *do ut des* zu verfahren. Was der Elsässer gibt, besteht aber stets nur in der Bewilligung eines Budgetpostens, den der

Reichstag zweifellos bewilligen würde, wenn der Landesausschuß ihn verwürfe. Was der Beamte dafür gibt, besteht in Nachgeben gegen die Forderungen der Schutzliga der Landesausschußmitglieder und vor allem in der Nachdruckslosigkeit, mit der die für die Germanisierung des Elsasses wichtigsten Reformprojekte betrieben werden. Unser Unglück ist der unpreußische Charakter der hiesigen Verwaltung. Statt die preußische Verwaltung einzuführen, haben wir uns durch die großen Gewalten, welche das napoleonische System dem französischen Beamten in die Hand gab, verlocken lassen, das System des französischen Präfekten zu adoptieren. Wie dieser, versuchten wir durch moralische Bestechung der Notabeln, durch Rechnungtragen ihnen gegenüber, zu regieren. Daher bestenfalls nur französische Präfektenerfolge, und meistens nicht einmal diese. Die Parole muß sein, daß der Beamte nicht mehr die Mittelspersonen, die unzuverlässig sind und es bleiben werden, sondern die große Masse des Volks, die heute noch der Nationalität, wenn auch nicht der Staatsgesinnung nach, deutsch ist, zu gewinnen sucht."

Einige Tage, nachdem der Artikel, der diese Briefstelle enthielt, erschienen war, erhielt ich eine Mitteilung des Chefredakteurs der Nationalzeitung, daß Unterstaatssekretär von Puttkamer sich bei ihm nach dem Namen des Verfassers erkundigt habe; selbstverständlich werde er mich nicht nennen, wenn ich es nicht wünsche; er verlangte umgehende Entscheidung. Ich telegraphierte: nicht nennen, werde dies selbst besorgen. Wie ich gehört hatte, hegte die Regierung den Verdacht, der Historiker Baumgarten habe jenen Brief geschrieben. Um den ungerechten Vorwurf nicht auf ihm sitzenzulassen, meldete ich mich persönlich bei Puttkamer als der Missetäter. Er war äußerst erstaunt; die Regierung würde niemals an mich gedacht

haben. Ich bemerkte, daß ich nichts dagegen habe, wenn er gegen mich einschreiten wolle; vielleicht aber sei es klüger, den Abdruck weiterer Briefe abzuwarten, die ich an die Nationalzeitung geschrieben habe; in ihnen habe ich den Nachweis der Richtigkeit des von mir Gesagten erbracht. Puttkamer antwortete mit Eifer, daß nichts gegen mich werde unternommen werden; nur bäte er mich dringend, zu verhindern, daß die bereits abgesandten Briefe zum Abdruck kämen. Es schien mir, als ob überhaupt sein Urteil dem meinem nicht allzu fern stehe, wie er denn, nächst Ledderhose, am wenigsten in der von mir bekämpften Politik gesündigt hatte. Übrigens waren auch von anderer Seite Artikel ganz in meinem Sinne in die Berliner Nationalzeitung geschrieben worden. Namentlich war darin über die Verschwendung Klage geführt, welche die schon mehrfach erwähnte kostspielige Verwaltungsorganisation für das kleine Land bedeute, während es in einzelnen Abteilungen der Verwaltung am Notwendigsten mangele; und in der „Straßburger Post" wurden die maßgebenden Persönlichkeiten in Berlin gewarnt, sich ihr Urteil auf Grund der Berichte derjenigen Beamten zu bilden, gegen die eben die Beschwerden der Alt-Deutschen sich richteten.

Da brachte das offiziöse Wolffsche Depeschen-Bureau die Nachricht, das preußische Staatsministerium habe unter Bismarcks Vorsitz beschlossen, daß Elsaß-Lothringen eine Provinz des Reiches werden solle, also ganz das, was den unter den Alt-Deutschen in Straßburg herrschenden Anschauungen entsprach. Schon hielten wir das Spiel für gewonnen. Aber wir triumphierten

zu früh. Der Beschluß des preußischen Staatsministeriums scheiterte am Widerspruch des alten Kaisers. Er soll gesagt haben, er wolle das dem Fürsten Hohenlohe nicht antun, bei dem er im vorausgegangenen Herbste so hingebende Aufnahme gefunden habe. Die Folge war, daß an der elsaß-lothringischen Verfassung gar nichts geändert wurde. Man beschränkte sich lediglich auf Personalveränderungen. Abgesehen von der Ersetzung des Staatssekretärs von Hofmann durch Puttkamer traten an Stelle von zwei Unterstaatssekretären neue. Die erste Tat Hohenlohes nach seiner Rückkehr aus Berlin war die Ersetzung des Unterstaatssekretärs von Mayr durch Back. Mayr galt als der hauptsächlichste Träger der geschilderten Notabelnpolitik im Ministerium; aber sein Nachfolger Back war sowohl als Bürgermeistereiverwalter von Straßburg als auch als Bezirkspräsident ein kaum geringerer Träger der Notabelnregierung und des Systems der Scheinerfolge gewesen. Leider wurde auch der vortreffliche Unterstaatssekretär Dr. Ledderhose durch den aus Ostpreußen herangezogenen Studt ersetzt. Man machte Ledderhose für die Nichteinführung der Deutschen Gewerbeordnung verantwortlich, obwohl Manteuffel allein daran schuld gewesen, der gefürchtet hatte, wenn er die Arbeiterschutzbestimmungen der Deutschen Gewerbeordnung einführe, werde er die Mülhäuser und andere Fabrikanten, die er gewonnen zu haben glaubte, verlieren.

Die Erinnerung an Ledderhoses Sturz trübt mir noch heute die große Genugtuung, mit der mich im übrigen der Erfolg des Herknerschen Buches erfüllt

hat. Denn kein Zweifel, daß die Offenbarungen, welche dieses gebracht hatte, Ledderhoses Sturz zur Folge gehabt haben. Das Buch hatte das außerordentliche Glück, im Augenblick auf den Markt zu kommen, da die öffentliche Meinung in Deutschland durch den Ausfall der Wahlen in Elsaß-Lothringen äußerst erregt war. Je schillernder die Erfolge waren, die man ihr vorher vorgespiegelt hatte, um so leidenschaftlicher verschlang man alles, was zur Aufdeckung der Ursachen führen konnte, warum die Dinge so ganz anders waren, wie man sie sich vorgestellt hatte. Das Herknersche Buch lieferte eine sprechende Unterlage zur Beantwortung der Frage. Die gesamte Presse stürzte sich darauf, und namentlich die zusammenfassenden Schlußbetrachtungen wurden in unzähligen Zeitungen abgedruckt.

Über mich aber waren in Straßburg die tollsten Gerüchte im Schwang. Nachdem die Enquete unter den oberelsässischen Arbeitern so trefflich geglückt war, ohne daß die Behörden trotz der Machtfülle, welche der Diktaturparagraph in ihre Hand legte, etwas davon gemerkt hatten, sprach man von einer Nebenregierung, die ich organisiert habe, und ich habe mich nicht wenig ob der respektvollen Scheu, mit der mich die Beamten betrachteten, ergötzt. Ich schrieb darüber an Althoff, und daß er die Straßburger Klatschereien über mich nicht glauben möge, ohne auch mich gehört zu haben. Seine Antwort vom 23. April 1887 besitze ich noch. Sie bestand aus dem auch sonst von ihm gelegentlich gebrauchten Verse:

„Laßt den Muckern ihre Tugend,
Was daran ist, Herr, du weißt es,
Nur erhalte uns die Jugend
Unsres Herzens, unsres Geistes.

Mit herzlichstem Gruße, in treuer passiver Klatschgemeinschaft,

Ihr Althoff."

Je lächerlicher dieses Gerede war, um so erstaunter war ich, als eines Tages ein Mann in mein Arbeitszimmer im Seminar der Universität trat, der sich mir als der neue Bergmeister vorstellte. Mit Bergmeister hatte die deutsche Amtssprache den französischen Ingénieur des mines, dem die Fabrikinspektion oblag, übersetzt. Man hatte den neuen Mann nach dem Aufsehen, daß das Herknersche Buch erregt hatte, aus Trier nach dem Elsaß versetzt, damit er die preußische Tradition, daß Gesetze ohne Ansehen der Person durchzuführen seien, zur Geltung bringe. Er teilte mir mit, Herr Studt, der neue Unterstaatssekretär für Landwirtschaft, Gewerbe und Handel, habe ihn beauftragt, ihm über das zu berichten, was in Herkners Buch falsch sei, und während er im Lande ein Neuling sei, habe er gedacht, daß ich ihm dies am besten sagen könne, da das Buch unter meiner Leitung verfaßt sei. Ich stutzte einen Augenblick ob der Naivität, sich zur Erledigung eines solchen Auftrags gerade an mich zu wenden, faßte mich aber schnell, da ich sofort erkannte, welche Gelegenheit mir da geboten sei, um zu verhindern, daß der Erfolg von Herkners Arbeit durch einen im entgegengesetzten Sinne abgefaßten Bericht gefährdet werde. „Sehr gern," erwiderte ich, „bin ich Ihnen zu helfen bereit. Aber Sie haben gewiß den Herrn Unter-

staatssekretär mißverstanden. Es kann diesem unmöglich darauf ankommen, nur zu erfahren, was in dem Herknerschen Buche sich für Irrtümer befinden; es ist selbstverständlich, daß sich in eine unter so schwierigen Verhältnissen abgefaßte Arbeit Fehler einschleichen; sie sind unvermeidlich. Aber weit wichtiger ist es für den Herrn Unterstaatssekretär, auch zu erfahren, was an dem Herknerschen Buche wahr ist." Der Bergmeister stammelte, daß der Unterstaatssekretär gewiß seinen Auftrag in diesem Sinne gemeint habe. Darauf setzte ich mich sofort daran, den Bericht zu verfassen. In den elsässischen Zeitungen hatten die oberelsässischen Fabrikanten in der Tat eine Anzahl Zuschriften veröffentlicht, die sich gegen Herkners Buch wandten, darunter Erklärungen von einzelnen Arbeitern und Arbeiterinnen zugunsten ihrer Brotherren, welche in der naivsten Weise das Gepräge derjenigen, die sie dazu veranlaßt hatten, auf der Stirn trugen. Aber was an Irrtümern dargetan wurde, war ganz unerheblich. Auch sprach sehr für Herkner, daß seine Mitteilungen mit den tatsächlichen Angaben in den Schriften des Mülhäuser Abbé Cetty übereinstimmten, wo immer sie Gleiches behandelten. Noch direkter aber sprachen dafür die Entgegnungen, welche das Herknersche Buch uas den Mülhäuser Fabrikantenkreisen gefunden hatte. Denn sah man von dem in allen wiederkehrenden Vorwurf der Bösartigkeit ab, so waren sie — einschließlich eines offenen Briefs des Archivars Moßmann — mehr eine Bestätigung als eine Widerlegung der Herknerschen Schrift; und nur bezüglich zweier Punkte hatte ich den Eindruck, daß Herkner durch die Arbeiter irre-

geleitet worden sei — ein Resultat, das angesichts der großen Schwierigkeiten, unter denen die Untersuchung stattfand, ein großer Erfolg war. Auch war die *Société industrielle de Mulhouse* nach der Erklärung eines dortigen Industriellen in der „Straßburger Post" von ihrer ursprünglichen Absicht zurückgekommen, das Buch durch eine Veröffentlichung zu widerlegen. Ich setzte in dem Bericht, den ich für den Bergmeister machte, die wenigen unerheblichen Fehler also in entsprechendes Licht und verweilte ausführlich auf all dem Neuen, was Herkner zutage gefördert hatte, und bei dessen praktischer Tragweite. So ist der Bericht an das Ministerium gegangen. Mit späteren Gegnern hat sich dann Herkner selbst noch in einer besonderen Schrift auseinandergesetzt.

Dagegen fand das verflossene Regiment einen Trost in einer wissenschaftlichen Besprechung des Herknerschen Buches, in der es hieß, die für den Verfasser über Wert oder Unwert des bisherigen Regierungssystems in Elsaß-Lothringen maßgebenden Vorstellungen seien „die *fables convenues*, die in den mißmutigen deutschen Beamten- und Professorenkreisen zirkulieren, welche seit Jahren statt des sog. milden ein strenges Regiment gewünscht hätten, welche vielfach, für ihre deutsche Heimat radikale und fortschrittliche Ideale im Busen tragend, für das Elsaß eine möglichst bureaukratische und drakonische Präfektenwirtschaft erwünschten." Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" hat diesen Satz abgedruckt und er scheint in Berlin großen Eindruck gemacht zu haben; denn als der Statthalter Fürst Hohenlohe von Berlin zurück-

kam, sagte er zu dem damaligen Universitätsrektor, dem Theologen Zöpffel, er begreife gar nicht, in Berlin habe man ihm gesagt, die Straßburger Professoren seien alle Republikaner; er kenne doch sämtliche Professoren und darunter keinen einzigen Republikaner. Aber auch was das Sehnen nach möglichst bureaukratischer und drakonischer Präfektenwirtschaft angeht, war der Satz falsch; denn die Spitze des Herknerschen Buches richtete sich gerade dagegen, daß die deutsche Verwaltung, als sie nach dem Elsaß kam, in das Hemd des französischen Präfekten, das sie vorgefunden, ohne es zu waschen, geschlüpft war und deren Begünstigungspolitik der Notabeln auf Kosten der breiten Masse des Volks fortgeführt hatte. Aber die Phrase schlug ein und sollte noch weitere Folgen haben.

VIII.

Als Althoff noch mein Kollege in Straßburg war, hat er mir einmal gesagt, sein Ideal sei die Bureaukratisierung der Universitäten. Ich habe ihn damals ausgelacht; denn das Prinzip, auf dem die Universitäten beruhen, ist dem der Bureaukratie entgegengesetzt. Das der letzteren ist der Gehorsam der Beamten, auch wo der auszuführende Befehl seiner besseren Erkenntnis widerspricht; das der Universitäten ist das der rücksichtslosen Feststellung und Lehre der Wahrheit, auch wo das als richtig Erkannte mit dem von oben Gewollten im Widerspruch steht. Aber, wie ich schon früher bemerkt habe, Althoff ist nie weder wissenschaftlicher Forscher noch auch innerlich Lehrer der Wissenschaft, er ist stets Verwaltungsbeamter gewesen. Das ist der letzte Grund des Gegensatzes, in dem er sich zuerst in Straßburg, dann als Dezernent über die preußischen Universitäten zu den Professoren befunden hat, als er da wie dort sein bureaukratisierendes Programm zu verwirklichen strebte. Vor allem hat er als echter Bureaukrat an der bevorzugten Stellung der Professoren Anstoß genommen. Abgesehen von der größeren Freiheit bringen ihnen die Berufungen höhere Gehälter als andern Beamten, und außerdem haben

sie noch, je nach der Lehrtätigkeit des einzelnen, Einnahmen aus Kolleggeldern. Althoff regierte nicht bloß die preußischen Universitäten, sondern brachte es vermöge seiner Persönlichkeit und seiner Machtstellung an der Spitze der Universitäten des größten deutschen Staats auch fertig, daß die Verwaltungen der übrigen deutschen Universitäten nach seiner Pfeife tanzten. Er schuf das Kartell der Universitätsverwaltungen, um zu verhindern, daß sie durch Berufungen den Professoren Gelegenheit geben, Zulagen zu erlangen. Von Anfang an faßte er die Abschaffung der Kolleggelder ins Auge, nahm, um die Stellung der Professoren zu drücken, Fühlung mit den Beschwerden der Privatdozenten, und zwar nicht bloß mit den berechtigten. Er nötigte sogar die Universitäten, selbst die Mittel aufzubringen, die zur Bekämpfung ihrer auf größere Autonomie gerichteten Bestrebungen dienten, indem er die preußischen Universitäten zwang, aus den einer jeden verfügbaren Mitteln einen sehr beträchtlichen Aufwand für Inserate in die „Hochschulnachrichten", d. h. in ein Blatt zu machen, welches dieser Bekämpfung diente, und hat dann die übrigen deutschen Universitätsverwaltungen dazu gebracht, seinem Beispiele zu folgen. Am leichtesten war es ihm, durch seinen Freund Ministerialrat Richter in Straßburg Einfluß zu gewinnen; und wenn auch seine bureaukratisierenden Tendenzen in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre noch nicht mit der ganzen Wucht wie später hervortraten, so machten sie sich doch alsbald nach dem Sturze Ledderhoses schon fühlbar. Man empfand es in den Straßburger Professorenkreisen sehr unlieb, daß er sich nach wie

vor in die Angelegenheiten der dortigen Universität einmischte und die dortige Verwaltung in ihren gegen die Universität gerichteten Bestrebungen unterstützte. Ich war gleich allen meinen Kollegen über ihn darob empört und erinnere mich noch lebhaft einer Auseinandersetzung, die ich mit ihm hatte, als ich ihm im Sommer 1887 in Straßburg auf der Straße begegnete.

Sehr bald nach dieser Anwesenheit Althoffs trat das Bestreben der Verwaltung, an der Universität wegen ihrer Stellungnahme in der vorausgegangenen Verfassungs- und Verwaltungskrise Vergeltung zu üben, offen zutage. Der Statthalter Fürst Hohenlohe befand sich auf seiner Besitzung in Aussee. Die Kuratorialgeschäfte verwaltete Althoffs Freund Richter. Da wurde eine Anzahl der hervorragendsten Straßburger Professoren plötzlich an andere Universitäten berufen. De Bary und Sohm erhielten Berufungen nach Leipzig, Laband nach Heidelberg; man sprach schon davon, daß auch an Kundt ein Ruf nach Berlin demnächst ergehen werde. Sonst ist es üblich und liegt in der Natur der Dinge, daß jeder Kurator, dessen Universität vom Verluste gerade der hervorragendsten Professoren bedroht ist, sich eifrigst bemüht, ihren Weggang zu verhüten. Herr Richter verhielt sich anders. Dem einen antwortete er, als er ihm von dem erhaltenen Rufe Mitteilung machte, lediglich: Ich gratuliere; dem andern: Den Ruf werden Sie doch gewiß annehmen; einem dritten: Wann gedenken Sie zu gehen? Kein Wort, um die auserlesenen Kräfte, deren Verlust drohte, der Universität zu erhalten. Die Folge war, daß alle, an welche ein Ruf ergangen war, diesen ohne weiteres

annahmen. Als dies bekannt wurde, ein Ausbruch der Entrüstung bei Professoren und Studenten. Die ganze Stellung der Universität inmitten der übrigen Universitäten erschien bedroht.

Bald darauf kam Hohenlohe aus Aussee zurück. Das erste war, daß unser vortrefflicher Rektor Zöpffel ihn aufsuchte. Er stellte ihm vor, wie Kaiser und Reich kein Opfer zu groß erschienen sei, um Straßburg zu einer der glänzendsten Universitäten zu machen; daß es ein Leichtes sein werde, zu ruinieren, was die größte Sorgfalt geschaffen habe, daß es aber Jahrzehnte dauern werde, ihren alten Glanz wiederherzustellen. Hohenlohe war aufs äußerste betroffen, als er hörte, wie seine Bureaukratie sich benommen hatte. Er intervenierte persönlich bei De Bary, auf daß er in Leipzig sich wieder losmache; das war bei De Bary noch möglich. Sohm war bereits so gebunden, daß dies nicht mehr anging. Dasselbe galt eigentlich auch für Laband; da fuhr Hohenlohe nach Karlsruhe zum Großherzog, um Laband wieder loszubitten. Aber damit nicht genug; als die Studentenschaft den beiden bleibenden Professoren und dem scheidenden Sohm einen großen Kommers gab, beorderte Hohenlohe sein ganzes Ministerium, dem Kommerse beizuwohnen, und nun erfolgten Reden, die einer wahren Hinrichtung der Bureaukratie gleichkamen. Es wurde ihr vorgehalten, was die Straßburger Universität für Deutschland bedeute, wie sie allein das deutsche Interesse im Elsaß gewahrt habe, und welches Verbrechen es gegenüber Deutschland sein würde, die Universität herunterkommen zu lassen. Kaum hatte ein Redner geendet, als sich ein anderer

erhob, um in derselben Tonart noch nachdrücklicher fortzufahren. Die Mitglieder des Ministeriums aber waren genötigt, nicht nur alle Anklagen ohne Widerspruch anzuhören, sondern auch noch freundlich zu antworten. Ich erinnere mich noch, wie selbst ich, der ich doch sehr lebhaft gegen das Ministerium ob seines Verhaltens gegen die Universität empfand, schließlich zu meinem Tischnachbar sagte, daß es nun genug sei, sonst werde man für die Angeklagten aus Mitleid Partei ergreifen.

Aber das Ministerium war nicht im geringsten bekehrt. Einige wenige Wochen vergingen, und Hohenlohe war wieder in Aussee. Da kam Zöpffel, der Rektor, um mir mitzuteilen, der Sturm gegen die Universität sei aufs neue im Gang, und außer Kundt käme ich diesmal an die Reihe. Die Nachricht kam mir äußerst ungelegen. Ich fühlte mich mit Straßburg und der dort gestellten Aufgabe so verwachsen, daß ich mich entschlossen hatte, dort bis ans Ende meiner Tage zu bleiben. Eben deshalb hatte ich mir dort ein Haus gebaut; eben war dieses fertig geworden, und ich war im Begriff es zu beziehen; und nun sollte ich alles verlassen, was ich entsprechend unseren Wünschen hatte herrichten lassen. Mit der Selbsttäuschung, mit der man an Unwillkommenes nicht glaubt, antwortete ich Zöpffel, er brauche keine Angst zu haben; ich wisse gar nicht, wohin man mich rufen könne. Er aber antwortete, er wisse bestimmt, daß auch ich einen Ruf nach Leipzig erhalten werde und nahm mir das Versprechen ab, nicht anzunehmen, bevor ich nicht der Universität Gelegenheit gegeben habe, alles zu tun, um

mich zu halten. Ich zog in mein Haus ein, und noch war ich mit Bücheraufstellen und Bilderhängen beschäftigt, als mir ein fremder Herr gemeldet wurde, der mich sprechen wollte. Noch lebhaft entsinne ich mich, wie ich von meiner Leiter herunterkam, während der Fremde in das Zimmer, auf dessen Boden die Bücher herumlagen, schon eintrat. Zuerst verstand ich nur den Namen Ministerialrat David, und da ich noch den Kopf voll von dem hatte, was Zöpffel mir von Leipzig gemeldet, war ich überzeugt, der, welcher vor mir stehe, komme aus Sachsen. Das Mißverständnis löste sich bald. Mein Besuch kam aus Wien und brachte mir einen Ruf dorthin als Nachfolger von Lorenz von Stein.

Das war gewiß eine große Ehre. Der Ruf war zuerst an Schmoller ergangen. Der hatte abgelehnt. Darauf hatte man in Berlin die österreichische Unterrichtsverwaltung auf mich hingewiesen. Das war, wie die Dinge lagen, ein Grund mehr für mich abzulehnen, denn ich erkannte den Wunsch, mich aus Straßburg zu entfernen. Ich führte Herrn von David aus, daß es wohl angehe, einen Mathematiker oder Pandektisten aus Deutschland nach Österreich zu berufen, nicht aber einen Nationalökonomen. Dieser verwachse so sehr mit den Verhältnissen des Landes, in dem er lebe, daß es nicht angehe, ihn plötzlich in ein anderes zu versetzen, dessen Interessen vielfach die gerade entgegengesetzten seien. So würde es nicht angehen, daß ich z. B. die Geschichte des Zollvereins, die ich bisher vom deutschen Standpunkt aus behandelt habe, fortan vom österreichischen Standpunkte aus behandle. Das aber war für den österreichischen Unterhändler kein Argument. „Wir

sind die größten Bewunderer des Zollvereins," war seine Antwort, „und bei uns herrscht die größte Freiheit der Wissenschaft; sie können ohne jede Behinderung lehren, was Ihnen als richtig erscheint." Das war gewiß verlockend. Aber ich wollte nicht fortgehen, und so sprach ich von meinem Versprechen, das ich dem Rektor gegeben, und er erklärte sich bereit, mir die nötige Frist zu geben, um der Universität von dem an mich ergangenen Ruf Mitteilung zu machen. Es war einer jener schwülen Sommerabende, wie sie in Straßburg so häufig mit einem alles erschütternden Gewitter enden, und noch erinnere ich mich, wie ich unter Blitzen und Donnerkrachen mit dem Rektor vereinbarte, den Ruf nach Wien abzulehnen, unter der Bedingung, daß die Regierung mich darum bitte. Der unermüdliche Zöpffel eilte zum Staatssekretär von Puttkamer und drang heftig in ihn, bis er versprach, den Vertreter des Kuratoriums, Dr. Richter, an mich zu senden. Richter erschien auch am anderen Tage. Er begann mit dem für seine Mission recht eigentümlichen Hinweis, wie gut es, angesichts der Bedrohung des Deutschtums in Österreich sei, wenn ein so guter Deutscher, wie ich, dorthin gehe. Er komme indes, um mir im Auftrag des Ministeriums zu sagen, daß dieses den größten Wert auf mein Bleiben lege; wie sehr dies der Fall sei, sagte er mit einem eigentümlichen Lächeln, möge ich daraus erkennen, daß die Regierung, als ihr gelegentlich gewisser Differenzen, die ich vor wenigen Monaten mit ihr gehabt habe, von Berlin aus nahegelegt worden sei, wenn ich ihr zu unbequem sei, wolle man mich nach Bonn versetzen, sie dies mit Rück-

sicht auf die Interessen der Universität abgelehnt habe. Ich möge der Regierung die Bedingungen mitteilen, unter denen ich bereit sei zu bleiben. Ich war starr, als mir diese Eröffnung zuteil wurde. Da war ein Unterhändler, den mir Herr von Puttkamer geschickt hatte, um mir etwas Angenehmes zu sagen, und dieser wußte sich seines Auftrags nicht besser zu entledigen, als daß er mir andeutete, wie viel mehr ich in Wien als in Straßburg wirken könnte und mir von den bis dahin mir unbekannten Erwägungen Mitteilung machte, ob man mich nicht „versetzen" solle! „Versetzen", wozu man gar nicht die Macht hatte. Und Berlin, d. h. Althoff, hatte dies angeboten zu derselben Zeit, da er mir den muntern Vers gegen die Klatschbasen geschrieben hatte! Aber gerade der aus dem Gebahren Richters deutlich hervorgehende Wunsch, mich los sein zu wollen, festigte erst recht meinen Entschluß, bei der Fahne auszuharren. Ich sagte Herrn Richter, er möge dem Ministerium in meinem Namen danken; ich werde bleiben und verlange keinerlei Verbesserung meiner Stellung. Aber es sei in Straßburg die Meinung verbreitet, daß ich in den Friedensschluß der Regierung mit der Universität, der kürzlich stattgefunden habe, nicht eingeschlossen sei. Das veranlasse mich, die Bedingung zu stellen, daß die Regierung durch irgendeine mir zu erweisende Ehrung äußerlich bezeuge, daß diese Auffassung irrig sei. Dr. Richter war augenscheinlich nicht angenehm berührt, daß ich nicht etwas verlange, was man als übertriebene Forderung hätte ablehnen können; er sagte aber zu.

Darauf ging ich zu dem österreichischen Unterhändler, um ihm mein „Nein" zu überbringen. Der

aber wollte davon nichts wissen. Er werde seinem Minister berichten und bitte mich nur, den Ruf nochmals in Erwägung ziehen zu wollen, wenn er nach Ablauf von sechs Wochen abermals an mich ergehe. Das konnte ich nicht abschlagen, und der Rektor war sehr froh, damit noch ein Mittel in der Hand zu haben, um auf die Regierung einen Druck zu üben, wenn sie Richters Zusage nicht einhalte. Nun erwartete die Universität, daß dies geschehe.

Aber es verging eine Woche nach der anderen, ohne daß irgend etwas erfolgte. Täglich frugen mich meine Kollegen danach und täglich mußte ich mit „Nichts" antworten. Nach sechs Wochen erhielt ich richtig den Ruf zum zweitenmal. Die Universität machte dem Ministerium sofort davon Anzeige. Das Ministerium verschanzte sich hinter dem abwesenden Statthalter, ohne den es keine Entscheidung zu treffen vermöge, versprach aber sofort an ihn zu berichten. Zöpffel frug täglich, ob noch keine Antwort da sei. Aber es kam keine Antwort. Nun wurde mir die Sache peinlich. Augenscheinlich hatte es die Regierung darauf abgesehen, mich entweder doch noch nach Wien ziehen zu lassen, oder, falls ich bleibe, mir die zugesagte Anerkennung zu verweigern, was eine Demütigung für mich bedeutet haben würde. Ich mußte mich aber entscheiden, da man in Wien darauf drängte; waren doch schon vierzehn Tage, seit der Ruf zum zweiten Male an mich gelangt war, verstrichen. Da ging ich zu meinem alten Gönner Ledderhose, um diesen um Rat zu fragen, und dieser vortreffliche Mann, uneingedenk, daß ich, wenn auch gegen meinen Willen, zu seinem Sturz beigetragen hatte, antwortete: Er habe zwar, seit er aus seinen

Ämtern geschieden sei, nicht wieder mit einem seiner früheren Kollegen und auch nicht mit seinem Nachfolger gesprochen; aber im Interesse der Universität wolle er im Ministerium vorsprechen und mir dann Bescheid sagen. Am andern Tage hat er mich in der Tat aufgesucht, um mir unter Bedauern zu raten, daß ich gehen solle; man habe es im Ministerium auf meine Demütigung abgesehen und denke nicht daran, Richters Zusage einzulösen.

Darauf nahm ich, da die Frist, in der ich mich in Wien entscheiden mußte, unmittelbar vor dem Ablaufen stand, in Wien telegraphisch an.

Unterdessen aber hatte Zöpffel im Namen der Universität über den Kopf des Ministeriums weg direkt nach Aussee telegraphiert, daß der Statthalter mich doch halten möge, und — wer schildert unser aller Erstaunen? — als dieser telegraphisch antwortete, er wisse von gar nichts und habe umgehend ans Ministerium telegraphiert, alles zu tun, mich zu halten. Das Ministerium hatte wohl gefürchtet, daß er abermals entsprechend den Wünschen der Universität intervenieren werde und ihm, entgegen allen dem Rektor gegebenen Zusicherungen, über den an mich ergangenen Ruf nach Wien und die Eingaben der Universität gar nicht berichtet.

Diese Aufdeckung konnte für das Ministerium nur unangenehm sein, und ganz unerwartet erhielt ich, zwei Tage, nachdem ich in Wien zugesagt hatte, von ihm eine Mitteilung vom 29. Juli 1887, daß es beschlossen habe, meinen Gehalt um 1500 M. zu erhöhen. Das war ganz ungefährlich, denn schon vorher hatte ich dem Ministerium von meiner Annahme in Wien Anzeige gemacht. Es sollte wohl dem Statthalter, wenn er

zurückkäme, zeigen, daß man alles getan habe, um mich zu halten. Selbstverständlich bat ich unter Dank für die mir zugedachte Gehaltszulage diese ablehnen zu dürfen; sie könne mir ja nur im Hinblick auf meine Nichtannahme des Wiener Rufes gewährt worden sein; da die Voraussetzung der Bewilligung nicht mehr eintreten könne, sei es mir unmöglich, den sich mir aus dieser erwachsenden Vorteil, wenn auch nur für ein halbes Jahr, anzunehmen. Das war dem Ministerium sichtlich unangenehm, und Richter antwortete mir unter dem 1. August, ich möge es doch bei der Neuregelung meines Gehaltes belassen; wenn ich die Gehaltszulage gar nicht annehmen wolle, könne ich sie ja zu einer Stiftung zugunsten der Universität verwenden, was dann zum Gedenken künftiger Geschlechter in die Akten möge eingetragen werden. Aber auch der winkende Ruhm des Stifters konnte mich nicht locken; die Absicht war allzu deutlich. Ich blieb bei meiner Ablehnung, und am 5. August wurde die Gehaltszulage endlich rückgängig gemacht. Dem Fürsten Hohenlohe aber sagte man nach seiner Rückkehr nach Straßburg, daß man mir eine Gehaltserhöhung angeboten habe, falls ich bleibe, daß ich aber nicht zu halten gewesen sei. Darauf hat der Rektor ihn über den wahren Sachverhalt aufgeklärt und ihn im Namen des akademischen Senates gebeten, daß er selbst Kurator der Universität werden möge, um im Interesse der Universität die Wiederkehr solcher Vorkommnisse zu verhüten. Der Statthalter war sichtlich erfreut über das große Zutrauen, das ihm die Universität schenke. Er wollte sich die Sache ernstlich überlegen und schien geneigt,

die Sorge für die Universität persönlich zu übernehmen; auch erkundigte er sich eingehend nach den einzelnen Geschäften des Kurators. Aber er ist nicht selbst Kurator geworden. Über den Grund besitze ich keine Mitteilung. Vielleicht daß Althoff den Gedanken, daß der Statthalter das Amt eines Kurators der Universität selbst übernehme, zu Fall gebracht hat, weil er davon eine Schmälerung seines Einflusses auf die Universität Straßburg befürchtete. Vielleicht auch, daß Hohenlohe das Wachsen des Einflusses von Althoff auf die außerpreußischen Universitäten voraussah und es einerseits für mit der Würde eines Statthalters nicht vereinbar hielt, sich ihm zu unterstellen, andererseits sich für zu schwach fühlte, ihm zu widerstehen.

Gegen mich persönlich ist der Statthalter dann von ausgesuchter Freundlichkeit gewesen, und als ich von Straßburg wegging, gab er mir zusammen mit dem nach Berlin berufenen Kundt ein Abschiedsessen. Als wir von Tisch aufgestanden waren, überreichte er mir einen an seinen Bruder, den Obersthofmeister in Wien gerichteten Brief: „Übergeben Sie diesen Brief meinem Bruder; er ist der erste Beamte in Österreich und wird Ihnen von Nutzen sein, falls Sie ihn vielleicht einmal nötig haben sollten." Ich bin dann auch von dem Wiener Fürsten Hohenlohe aufs herzlichste aufgenommen worden, wenn ich seine Hilfe auch nie gebraucht habe.

Noch bevor ich nach Wien übergesiedelt war, hatte ich aber die Genugtuung, daß durch Reichsgesetz vom 27. Februar 1888 die Deutsche Gewerbeordnung mit ihren Arbeiterschutzbestimmungen in Elsaß-Lothringen eingeführt worden ist.

IX.

Mit meinem Weggang von Straßburg war mein Interesse an Elsaß-Lothringen und an der Straßburger Universität nicht erloschen.

So habe ich es mit lebhaftem Schmerz empfunden, als die dortige Regierung das zwanzigste Jahrhundert mit der Errichtung einer konfessionellen Geschichtsprofessur in Straßburg eröffnet hat.

Ich habe oben aus der Einweihungsrede der Universität am 1. Mai 1872 die Worte angeführt: „Als ihr erstes und heiligstes Recht behauptet die deutsche Wissenschaft die Unabhängigkeit und Freiheit der Forschung. Niemand soll ihr das Ziel vorschreiben.“ Im Gegensatz dazu hat ein klassischer Zeuge, der Herausgeber des historischen Jahrbuchs der deutschen Görresgesellschaft, es als die Pflicht des katholischen Geschichtschreibers hingestellt, „die prinzipiell allein richtige und deshalb objektive Auffassung der Kirche von der Glaubensspaltung zum klarbetonten Grundsatz der eigenen historischen Auffassung zu machen.“ Aber noch am 27. Februar 1896 hatte der Kurator Hamm im Landesausschuß erklärt: „Die Konfession wird weder von der Fakultät noch von der Regierung geprüft, und es wäre in der Tat eine Gefährdung der wissen-

schaftlichen Stellung unserer Universitäten, wenn bei der Wahl der Professoren jedesmal zuerst gefragt würde: „Ist der Mann israelitisch, ist er katholisch, ist er protestantisch?“ Und nun wurde eine Professur errichtet, deren Inhaber die Geschichte berufsmäßig entsprechend dem vom Herausgeber des historischen Jahrbuchs der Görresgesellschaft „Grundgesetze“ behandeln sollte, und es war derselbe Kurator Hamm, der dies vertrat. Was immer die persönlichen und wissenschaftlichen Eigenschaften des auf diese Lehrkanzel Berufenen sein mochten, hiermit war das bei der Einweihung der Universität für die deutsche Wissenschaft feierlich beanspruchte Recht, „alles zu prüfen, nichts zu schonen, alles zu wagen, nichts mit furchtsamer Scheu beiseite zu lassen“ preisgegeben. Es war die Preisgabe des Prinzips, mit dem alle Wissenschaft steht und fällt. Daher hat die Straßburger philosophische Fakultät, sobald die Absicht der Regierung, eine konfessionelle Geschichtsprofessur zu errichten, hervortrat, in einer einstimmig beschlossenen Immediateingabe dem Kaiser die grundsätzlichen Bedenken gegen konfessionelle Professuren vorgetragen, und, als dies ergebnislos blieb, hat Theodor Mommsen jenes ernste Wort über das durch die deutschen Universitätskreise gehende Gefühl der Degradierung geschrieben, das von nahezu allen Hochschulen deutscher Zunge mit Adressen voll des wärmsten Dankes beantwortet worden ist. Eine Gegendemonstration zu Ehren Althoffs seitens eines engen Berliner Kreises bestätigte die Anklage der Straßburger Universitätskreise, daß die Preisgabe des Vermächtnisses derjenigen, welche die deutschen Universitäten

zu den ersten der Welt gemacht hatten, unter dem Einflusse der das preußische Universitätswesen leitenden Persönlichkeit erfolgt sei, obwohl das preußische Kultusministerium mit der reichsländischen Universität nichts zu schaffen hatte. Diese Erfahrung hat dann auch zur Entstehung der Hochschullehrerbewegung mächtig beigetragen, deren Ziel es war, die Freiheit der Forschung und Lehre und zu diesem Zweck die Autonomie der Universitäten und die Unabhängigkeit der Hochschullehrer zu wahren, jener Bewegung, die im Hochschullehrertag gipfelte. Daran anknüpfend möge mir zu bemerken gestattet sein, daß trotzdem unsere Differenzen über die Universität Straßburg der Anlaß geworden waren, daß von 1887 bis 1908 keinerlei persönliche Beziehungen zwischen Althoff und mir stattgefunden haben, unsere alte Freundschaft, nachdem er aus seinem Amte geschieden war, wieder erwacht ist, als ob sie nie getrübt gewesen wäre. Ein Unglück, das eine uns gemeinsam befreundete Familie bedrohte, hatte mich veranlaßt, ihn um seine Mitwirkung bei Abwehr desselben anzugehen. Hilfsbereit wie immer hat er in großherzigster Weise meinem Ansinnen entsprochen. Dann kam er nach München, ging in meine Vorlesung, besuchte mich in meinem Hause und — echt Althoff! — äußerte sich über die von seinem Nachfolger vorgenommene Ernennung Ludwig Bernhards zum Professor an der Berliner Universität: „Wenn ich noch im Amte wäre, würde ich sofort Mitglied des Hochschullehrertags werden." Er war eben, das ist trotz all der Willkürlichkeiten, die an seiner Universitätspolitik zu bekämpfen waren, anzuerkennen, keine kleinliche Natur,

und seine Herzensgüte und Uneigennützigkeit haben immer wieder mit seinen Fehlern versöhnt.

Ganz anders mußte sich mein Interesse dem Reichslande wieder zuwenden, als der Krieg ausbrach. Da war endlich doch das gekommen, vor dessen Möglichkeit jeder, der nicht durch Parteifanatismus verblendet war, als vor der größten Katastrophe, seit dem Untergang der antiken Welt, zurückgeschaudert war. Naturgemäß, daß viele sich die Frage vorgelegt haben, ob es nicht doch besser gewesen wäre, Elsaß-Lothringen 1871 dem Deutschen Reich nicht einzuverleiben. Denn unzweifelhaft ist diese Einverleibung von den Kriegslustigen in Frankreich benützt worden, die den Krieg ablehnende Masse des französischen Volkes in den Krieg zu treiben. Die Frage ist nicht nur von freisinnig denkenden Ausländern aufgeworfen worden, sondern auch aus manchem deutschen Munde habe ich sie vernommen. Dazu kommt noch die Verurteilung der Einverleibung durch die Pazifisten; nach ihrer Auffassung darf kein Staat irgendein Gebiet ohne Zustimmung der Bevölkerung, die es bewohnt, annektieren.

Demgegenüber gilt es, sich zu erinnern, was denn der Beweggrund bei der Vereinigung von Elsaß-Lothringen mit dem Deutschen Reich i. J. 1871 gewesen ist. Zuvor aber ein paar Worte über die pazifistische Auffassung. Ist sie praktisch ausführbar? Ist sie überhaupt demokratisch?

Es scheint, daß Präsident Wilson gleichfalls dieser Ansicht ist. In der beim Antritt seiner zweiten Präsidentschaftsperiode gehaltenen Rede hat er, wo er von dem Interesse der Nationen am Weltfrieden spricht,

den Satz ausgesprochen, daß die Regierungen alle gerechte Macht von der Zustimmung der Regierten ableiten. Ich bin gewiß der letzte, der dies bestreiten wird. Wie aber steht es mit seiner Anwendbarkeit auf die Annexion eines Gebietes?

Die Pazifisten und Präsident Wilson gehen von der Freiheit des Individuums aus. Sie erblicken in der Zuteilung der Bewohner eines Staats an einen anderen, ohne daß diese ihr zustimmen, eine große Mißachtung derselben. Das ist sie auch; aber sie ist es nicht mehr, als jedweder Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen zugunsten des Ganzen eine Vergewaltigung bedeutet. Konsequent gelangt man bei solcher Betrachtungsweise zu dem primitiv-germanischen Prinzip zurück, wonach Gesetze nur für den bindend sind, der ihnen selbst zugestimmt hat. Damit wird jedwede staatliche Entwicklung unmöglich; es bedeutet eine die Völker auflösende Anarchie. Daher auch der Sieg des Mehrheitsprinzips in der Geschichte. Am wenigsten aber können mit einem derartigen anarchischen Zustand diejenigen sich einverstanden erklären, welche, wie die Sozialisten, in noch weitergehendem Maße über die Interessen der Einzelnen, wo sie denen des Ganzen widersprechen, zur Tagesordnung überzugehen bereit sind; und Präsident Wilson selbst hat dem Mehrheitsprinzip zur Anerkennung im amerikanischen Senate verholfen, weil er sonst des Widerstandes von La Folette und Stone und anderer Senatoren gegen die von der Senatsmehrheit gebilligte Bewaffnung von Handelsschiffen nicht Herr werden konnte.

Von dem Augenblick aber, da man das Mehrheitsprinzip anerkennt, geraten die, welche im Namen der individuellen Freiheit gegen Annexionen, denen die annektierte Bevölkerung nicht zustimmt, protestieren, mit sich selbst in Widerspruch. Denn abgesehen von dem Fall der einstimmigen Zustimmung, die noch nie vorgekommen ist, bedeutet dann eine jede Annexion eine Vergewaltigung der Bevölkerung. Augenscheinlich ist, je kleiner der Bezirk ist, die Vergewaltigung der Willensfreiheit einzelner um so geringer; sie wächst mit dem Umfang des Gebiets, in dem abgestimmt wird; in einer Provinz von beispielsweise dem Umfang Elsaß-Lothringens würde, gleichviel für welche Seite die Mehrheit entscheiden würde, stets einer geringen Mehrheit eine sehr große Minderheit Vergewaltigter gegenüberstehen. Wo also soll man die Grenze des Gebietes, für welches die Mehrheitsbeschlüsse Geltung haben sollen, überhaupt ziehen! Nimmt man ganz Elsaß-Lothringen als ein Gebiet, so wäre die Zahl der Deutsch- und Französischgesinnten dort heute nur um wenige Hunderttausende verschieden; haben doch i. J. 1910 von einer Bevölkerung von 1 874 014 Einwohner deren 1 634 260 die deutsche und nur 204 262 die französische Sprache als ihre Muttersprache angegeben. Soll auch nicht bestritten werden, daß auch viele mit deutscher Muttersprache für den Anschluß an Frankreich stimmen würden, so ist doch wahrscheinlich, daß die große Mehrheit der deutsch Sprechenden sich dagegen aussprechen würde. Würde man dagegen in den 60 Wahlkreisen zur Zweiten Kammer des Landtages für Elsaß-Lothringen abstimmen lassen, so hätten wir damit zu rechnen, daß

sich in der einen Gemeinde die Mehrheit der Bevölkerung für, in der anderen gegen die Annexion ausspräche. Bei den Landtagswahlen von 1911 siegte in dem einen Wahlbezirk der deutsch gesinnte, in einem dicht daneben liegenden der französisch gesinnte Kandidat. Man käme dann zu einer ostereiartig gesprenkelten Landkarte, ähnlich derjenigen, wie sie die historischen Kartographen für das Elsaß zur Zeit des Dreißigjährigen Krieges entwerfen, da dicht nebeneinander das eine Gebiet zum Deutschen Reiche, das andere zu Frankreich gehörte. Das wäre die völlige Auflösung der für das Wirtschaftsleben und damit für die Wohlfahrt des Volks unerläßlichen Einheit des Staatsgebiets.

Gerade vom demokratischen Standpunkte aus kann man zu keiner befriedigenden Lösung gelangen, wenn man die Zulässigkeit einer Annexion ausschließlich an die Zustimmung der Bewohner der zu annektierenden Gebiete knüpft. Wohl aber dann, wenn man von einem anderen gleichzeitig individualistischen und demokratischen Grundsatz ausgeht, von dem als Regel dem Philosophen Bentham zugeschriebenen, in Wirklichkeit weit älteren Satze, wonach das größtmögliche Glück der größten Zahl in der Politik den Ausschlag geben soll, und ebenso wenn man von der Erkenntnis ausgeht, daß alle politischen Einrichtungen nicht im Rechte des einzelnen, sondern in ihren Wirkungen für die Gesamtheit ihre Rechtfertigung finden. Und nun bitte ich, sich erinnern zu wollen, was 1871 bei der Einverleibung Elsaß-Lothringens ins Deutsche Reich das Bestimmende gewesen ist.

Als Fürst Bismarck am 2. Mai die Vorlage betreffend die Vereinigung von Elsaß-Lothringen mit dem

Deutschen Reiche im Reichstag einbrachte, hat er sie mit dem Hinweis begründet, daß seit dreihundert Jahren schwerlich eine Generation gewesen sei, die nicht gezwungen war, den Degen gegen Frankreich zu ziehen. Elsaß-Lothringen war stets das Ausfalltor Frankreichs nach Deutschland gewesen. Insbesondere für Süddeutschland war Straßburg im französischen Besitz eine ständige Drohung und als solche ein Hindernis für Deutschlands Einheit. Der alte König Wilhelm von Württemberg hatte dies zur Zeit des orientalischen Krieges zu Bismarck offen gesagt. Er hat zwar seine eigene Bundestreue beteuert, aber bekannt, solange Straßburg ein Ausfalltor für die Franzosen sei, müsse er befürchten, daß sein Land überschwemmt werde, bevor ihm der Deutsche Bund zu Hilfe kommen könne; er könne somit nicht sagen, wie er sich im Falle eines Einfalls der Franzosen stellen werde. „Der Keil," sagte Bismarck, „den die Ecke des Elsaß bei Weißenburg in Deutschland hineinschob, trennte Süddeutschland wirksamer, als die politische Mainlinie von Norddeutschland." Er wies darauf hin, daß Frankreich in dieser überlegenen Stellung jederzeit bereit war, der Versuchung zu einem Einfall in Deutschland zu erliegen, sobald innere Verhältnisse eine Ableitung nach außen nützlich machten. Noch am 6. August 1866 sei der französische Botschafter an ihn herangetreten, um ihm „mit kurzen Worten das Ultimatum zu stellen, Mainz an Frankreich abzutreten, oder die sofortige Kriegserklärung zu gewärtigen". Es galt also sich nach Friedensbürgschaften umzusehen. Internationale Garantien boten diese nicht. Hatte doch Gladstone eben

erst am 10. August 1870 erklärt, daß er nicht imstande sei, sich der Anschauung anzuschließen, wonach die einfache Tatsache der Existenz einer Garantie jede daran beteiligte Partei binde ohne jede Rücksicht auf die besondere Lage, in welcher sie sich in dem Zeitpunkt finden mag, in dem es darauf ankommt, entsprechend der übernommenen Garantie zu handeln. Auch die Schleifung oder Abtretung der französischen Festungen in Elsaß-Lothringen würden solche Bürgschaften nicht bieten; sie bedeuteten die Konstituierung einer Servitut auf fremdem Grund und Boden und eine für das Unabhängigkeitsgefühl desjenigen, den sie trifft, auf die Dauer unerträgliche Kränkung. Endlich würde auch die Schaffung eines neutralen elsaß-lothringischen Pufferstaates nichts anderes sein als ein für Deutschland schädliches, für Frankreich nützliches Truggebilde; denn die starken in Elsaß-Lothringen verbleibenden französischen Elemente, die mit ihren Interessen, Sympathien und Erinnerungen an Frankreich hingen, würden diesen neutralen Staat, welcher immer sein Souverän sein möchte, bei einem neuen französisch-deutschen Kriege bestimmen, sich Frankreich wieder anzuschließen. Somit bleibe nichts anderes übrig, als diese Landstriche mit ihren starken Festungen in deutsche Gewalt zu bringen, um sie selbst als ein starkes Glacis Deutschlands gegen Frankreich zu verteidigen, und um den Ausgangspunkt etwaiger französischer Angriffe um eine Anzahl von Tagemärschen weiter zurückzuverlegen, wenn Frankreich uns den Handschuh wieder hinwerfen sollte. Diese Gesichtspunkte überwanden die großen Bedenken, die auch Fürst Bismarck angesichts der Hin-

neigung der Elsaß-Lothringer zu Frankreich gegen die Annexion von Elsaß-Lothringen empfand. Es war nicht Eroberungslust, was die Deutschen zur Annexion des Landes geführt hat; aber selbst angenommen die 1 549 738 Einwohner, die Elsaß-Lothringen 1871 zählte, hätten ausnahmslos leidenschaftlich an Frankreich gehangen, ihnen stand das Bedürfnis von damals 39 509 054 Alt-Deutschen gegenüber, vor der Wiederkehr der so oft erlebten französischen Angriffe gesichert zu sein. Gerade nach dem demokratischen Grundsatz des größten Glücks der größten Zahl war die Annexion gerechtfertigt. Und nicht anders stand es in Frankreich. Die Deutschen hatten den Norden Frankreichs inne. Es war der dringendste Wunsch der Franzosen, von der deutschen Besatzung frei zu werden; die Deutschen aber konnten ohne Bürgschaften gegen eine Wiederkehr der französischen Angriffe nicht weichen. Als es am 11. März 1871 in Bordeaux zur Abstimmung über die am 26. Februar in Versailles unterzeichneten Friedenspräliminarien kam, hat ein Abgeordneter aus dem Elsaß gegen die Abtretung von Elsaß-Lothringen an Deutschland allerdings protestiert. Aber das Friedensbedürfnis der 38 Millionen Franzosen war zu groß, und so ging die französische Nationalversammlung im Interesse der größeren Zahl mit 546 gegen 107 Stimmen über den Protest des Elsässers zur Tagesordnung über.

Nicht weniger wie vom Standpunkt des Grundsatzes des größten Glücks der größten Zahl, war die Annexion aber auch von dem positivistischen Standpunkte aus, der die Rechtfertigung aller gesellschaftlichen Maßnahmen in ihren Wirkungen für die Gesamtheit sucht,

berechtigt. Denn, wie Bismarck am 2. Mai 1871 gesagt hat, es lag im Interesse von ganz Europa, die häufig wiederkehrenden Kämpfe zweier Kulturvölker inmitten der europäischen Zivilisation zu hindern. Die Annexion hat sie während 43 Jahren verhindert; sie hätte auch den gegenwärtigen Krieg nicht verschuldet, wenn nicht Rußland und England sich mit denen in Frankreich verbündet hätten, die ein Interesse daran hatten, daß der Revanchegedanke nicht einschlief. Denn daß die breite Masse des französischen Volks sich von diesem abgewandt hatte und selbst die Erinnerung daran nur mehr ungeduldig aufnahm, hat Marcel Sembat, später selbst Minister des kriegführenden Frankreichs, in seinem kurz vor Ausbruch des Kriegs erschienenen Buche „*Faites un roi sinon faites la paix*" S. 150ff. ausdrücklich bezeugt; aber die reaktionäre Bourgeoisie Frankreichs, die ja schon eine nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit erhobene Einkommensteuer als Expropriation denunziert und von einer Wiederherstellung der Monarchie die Bändigung der roten Bestie erwartete, hoffte, daß der Krieg ihr den ersehnten Monarchen bringen werde. Die Wahl Poincarés zum Präsidenten der französischen Republik, die gegen den Willen der friedlich gesinnten Republikaner stattgefunden, und seine Reise nach Petersburg i. J. 1914 haben die Gefahr imminent gemacht und den Entschluß auf deutscher Seite gezeitigt, ihr, bevor es zu spät sei, durch Angriff zuvorzukommen. Also abermals sind es innere französische Verhältnisse gewesen, welche den derzeitigen französischen Machthabern eine Ableitung nach außen nützlich erscheinen ließen, was zum Kriege zwi-

schen Deutschland und Frankreich geführt hat. Wer aber meint, wenn man Frankreich 1871 Elsaß-Lothringen gelassen hätte, wäre den französischen Kriegstreibern eben das Mittel zur Kriegshetze entzogen gewesen, sei an das immer wiederkehrende Verlangen der Franzosen nach dem linken Rheinufer erinnert; hat doch ein französischer Pastor — Edouard Soulier — es sogar gewagt, in einer am 27. Februar 1917 vom „Nederlandschen Anti-Oorlog Raad" veranstalteten Versammlung, wenn auch unter energischem Protest der pazifistischen Teilnehmer, das linke Rheinufer für Frankreich zu fordern; was seitdem bekannt geworden ist, zeigt, daß dies auch eine von Briands Friedensbedingungen gewesen ist, und nach dem schon erwähnten Marcel Sembat S. 245 hat auf der interparlamentarischen Konferenz in Bern i. J. 1913 ein französischer Delegierter, nachdem er angeführt hatte, daß die Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens für Frankreich nicht bloß eine Gefühlssache, sondern eine Frage der „Kraft und Vitalität" sei, ausgerufen: „Es ist ja klar: wären wir die stärkeren, zählten wir 60 Millionen, so wären wir nicht hier." Frankreich war durch unsere Siege i. J. 1870/71 auch ohne Annexion von Elsaß-Lothringen seines früheren Prestiges beraubt. Sein verletztes Selbstbewußtsein würde nie geruht haben, bis es dasselbe durch einen siegreichen Krieg wiederhergestellt gehabt hätte. Es kann nicht ertragen, in den Augen anderer Völker hinter einem anderen zurückzustehen. Seine heimischen Kriegshetzer wie auch die mit diesen verbündeten Rußland und England würden stets daran haben anknüpfen können, um die friedlie-

bende Masse des französischen Volks zum Kriege aufzustacheln, und wie wenig es den Franzosen insbesondere mit dem Satz ernst ist, daß kein Staat irgendein Gebiet annektieren dürfe, ohne Zustimmung der Bevölkerung, die es bewohnt, zeigt, daß sie es nicht nur ablehnen, ihn selbst auf Elsaß-Lothringen anzuwenden, sondern auch zusammen mit den übrigen Mitgliedern der Entente dem Präsidenten Wilson jene Friedensbedingungen übermittelt haben, welche die Annexion von türkischem Gebiete durch die Russen, von slavischen Gebieten durch die Italiener, von deutschem Gebiete durch die Franzosen vorsehen und Irland trotz seines unerschütterlichen Widerwillens gegen die britische Herrschaft in der alten Untertänigkeit unter die Engländer belassen wollen. Der gegenwärtige Krieg wäre dadurch allein, daß wir Elsaß-Lothringen nicht annektiert hätten, nicht vermieden worden. Die einzige Wirkung wäre gewesen, daß er sich, statt wie jetzt auf französischem Boden, in Baden und Württemberg, in der bayrischen Pfalz und der preußischen Rheinprovinz abgespielt hätte.

Wie aber stehen die Elsaß-Lothringer zum Krieg, nachdem er wirklich ausgebrochen ist und nun schon drei Jahre dauert? Ein Besuch, den ich Anfang Januar 1916 dem staatswissenschaftlichen Seminare in Straßburg machte, um einige Werke nachzuschlagen, gab mir die Gelegenheit, mich über die Stimmung im Elsaß zu unterrichten.

Seit meinem Weggang von Straßburg i. J. 1888 haben erhebliche Veränderungen in der Gesetzgebung und Verwaltung Elsaß-Lothringens stattgefunden. Bei

Ausländern — mitunter selbst bei Deutschen — findet man die Meinung, daß die Elsaß-Lothringer noch immer als Unterdeutsche behandelt würden. Das ist unzutreffend. Die Ausnahmegesetze, welche in der ersten Zeit nach der Annexion Geltung gehabt haben, sind nacheinander beseitigt worden: der Diktaturparagraph, der seit 1897 nur noch auf dem Papier bestanden hatte, ist gefallen; der Paßzwang ist seit 1891 nur für ausländische Militärpersonen in Anwendung gewesen. Im Jahre 1911 hat das Reichsland eine neue Verfassung erhalten. Aus dem Landesausschuß ist ein Landtag, bestehend aus zwei Kammern, wie ihn die übrigen deutschen Staaten haben, geworden. Während die Beschlüsse des 1875 ins Leben getretenen Landesausschusses vom Bundesrat unter Zustimmung des Reichstages aufgehoben werden konnten, sind mit der neuen Verfassung von 1911 Reichstag und Bundesrat nahezu völlig weggefallen; die Regierung ist seitdem in der Hauptsache ganz in das Land selbst verlegt; die Volksvertretung in der Zweiten Kammer wird durch allgemeine, gleiche und direkte Wahl gebildet; und die Erste Kammer ist in ihrer Zusammensetzung nicht mehr oder weniger anormal als dies bei den ersten Kammern der übrigen deutschen Staaten der Fall ist. Das allgemeine, direkte, geheime Reichstagswahlrecht besitzt jeder Elsaß-Lothringer so gut wie jeder Deutsche. Für Vereine gilt in Elsaß-Lothringen das allgemeine Reichsvereinsgesetz. Fremdsprachliche Presseerzeugnisse, also auch französische Zeitungen, konnten unbeschränkt in Elsaß-Lothringen gedruckt werden und erscheinen, im Gegensatz zu Frankreich, wo fremd-

sprachliche periodische Druckschriften wie ausländische behandelt, d. h. durch einfache Verfügung unterdrückt werden können. Es ist richtig, daß die Minister dem elsaß-lothringischen Landtag nicht rechtlich verantwortlich sind; aber auch im übrigen Deutschland fehlt die Ministerverantwortlichkeit vor dem Parlamente. Es ist also nicht richtig, daß die Elsaß-Lothringer schlechter als die übrigen Deutschen behandelt würden.

Somit hatten die Elsaß-Lothringer die so lang von ihnen geforderte Autonomie in der Hauptsache erhalten. Aber nun machte sich der als Folge der Nichteinverleibung in Preußen schon hervorgehobene Nachteil geltend: das Fehlen der Freizügigkeit der gebildeten Elemente des Reichslandes mit Alt-Deutschland. Infolge dieses Fehlers hatten, wie schon dargelegt, alle persönlichen Beziehungen derselben mit Frankreich fortbestanden und neue hatten sich geknüpft, auch hätte dies vielleicht weniger nachteilig gewirkt, wäre die Autonomie etwas früher gekommen, zur Zeit, da der Revanchegedanken in Frankreich nahezu eingeschlafen war. Nun kam sie erst, da die Kriegstreiberei der Revanchelustigen in Frankreich wieder begonnen hatte. Beides, die Fortdauer der Gemeinsamkeit des Denkens und Strebens der elsaß-lothringischen Intellektuellen mit den Vorgängen in Frankreich und das Zusammenfallen der Gewährung der Autonomie mit dem Wiederaufleben des Revanchegedankens bei den Franzosen hat dazu geführt, daß die Autonomie unter der Führung einiger elsaß-lothringischer Nationalisten, wie Wetterlé, Collin, Laugel, Helmer, Preiß, Bucher u. a. dem elsaß-lothringischen Partikularismus einfach ein

Mittel zur Förderung französischer Zwecke geworden ist.

Aber ich beeile mich hinzuzufügen, daß dies, wie mir seitens der besten Kenner Elsaß-Lothringens versichert worden ist, keineswegs seitens sämtlicher Führer der autonomistischen Bewegung geschehen ist. So hat, als Wetterlé auf seiner Vortragsreise in Frankreich in einer berüchtigten Rede den Franzosen sagte, daß die Elsässer ihre Verhältnisse durch den Frankfurter Frieden nicht endgültig geregelt hielten und zunächst die volle Autonomie erstrebten, wofern nicht... eine am 16. Januar 1913 von der elsaß-lothringischen Vereinigung in Straßburg einberufene Versammlung entrüsteten Protest gegen diese versteckten Kriegs- und Revanchehetzereien erhoben. In Mülhausen hat im Monat März 1913 eine von Vertretern aller politischen Parteien des Landes besuchte Versammlung einstimmig „an das aus dem allgemeinen Stimmrecht hervorgegangene Parlament von Elsaß-Lothringen das Ersuchen gerichtet, sich mit Entschiedenheit gegen den Gedanken eines Krieges zwischen Deutschland und Frankreich zu wenden und dem Wunsche Ausdruck zu geben, daß alle zwischen beiden Völkern schwebenden Streitigkeiten, in der Gegenwart wie in der Zukunft, auf friedlichem Wege gelöst werden mögen." Im Landtag hat die Zentrumsfraktion Wetterlé, der ihr angehörte, und gleichzeitig den Nationalismus ausdrücklich verurteilt. Namens der Fortschrittler hat der Abgeordnete Donnevert erklärt, daß durch Wetterlé mit den vitalsten Interessen des elsaß-lothringischen Volkes ein Spiel getrieben worden sei, das er mit Rücksicht auf

die Ordnung des Hauses leider nicht treffend kritisieren könne. Die Hauptführer des Nationalismus, Blumenthal und Preiß, aber hatten bei den Landtagswahlen eine glänzende Niederlage erlitten, und bei den Gemeindewahlen von 1914 wurde Blumenthal auch nicht mehr in den Gemeinderat gewählt, womit er den Bürgermeisterposten in Kolmar und den Sitz in der Ersten Kammer verlor. Daher es auch sehr begreiflich ist, daß Marcel Sembat in seinem schon öfters erwähnten Buche S. 158ff. die in Frankreich als selbstverständlich geltende Annahme in Zweifel zieht, daß die Elsaß-Lothringer, wenn man sie vor dem Kriege darüber hätte abstimmen lassen, ob sie mit Frankreich wieder vereint werden sollten oder nicht, mit Ja gestimmt haben würden; wofür sie stimmen würden, sei die Autonomie.

Ganz besonders aber gilt dies für die Masse des elsaß-lothringischen Volks. Sie ist heute noch ebenso deutsch, wie sie dies zu allen Zeiten gewesen ist. Was ein berühmter elsässischer Gelehrter, Eduard Reuß, 1838 hat drucken lassen: „Wir reden deutsch, heißt nicht bloß, daß wir unsere Muttersprache nicht abschwören wollen, sondern es heißt, daß wir in unserer ganzen Art und Sitte, in unserm Glauben, Wollen und Tun deutsche Kraft und Treue, deutschen Ernst und Gemeingeist, deutsche Uneigennützigkeit und Gemütlichkeit bewahren und als ein heiliges Gut auf unsere Kinder vererben wollen", gilt für den elsässischen Bauer, Kleinbürger und Arbeiter noch ebenso, wie 1866, als der schon angeführte katholische „Volksfreund" und wie 1868, als der von Mülhauser Fabrikanten herausgegebene „souveräne Wahlmann" dasselbe besagt ha-

ben. Das Protestlertum ist echt im oberen und mittleren städtischen Bürgertum, unecht bei der Masse des städtischen Mittelstandes, des Bauerntums, des Arbeitervolks. Daher die große Enttäuschung der Franzosen, als sie in den Augusttagen 1914 in Elsaß-Lothringen einbrachen. Sie hatten erwartet, vom Volk als Befreier empfangen zu werden, und waren aufs höchste überrascht, auf eine Bevölkerung zu stoßen, die ihre Sprache nicht verstand und so gar nicht danach aussah, als ob sie über die ihr zugedachte Erlösung entzückt wäre. Sie rächten sich dann, indem sie keinen Unterschied machten zwischen Alt-Elsässern und Alt-Deutschen und haben beide als Geiseln in die französische Gefangenschaft verschleppt.

Aber wenn die Masse der Bevölkerung vor dem Kriege auch nicht französisch gesinnt war, so hat die geschilderte Notabelnpolitik der deutschen Regierung, welche das Protestlertum geradezu verhätschelte, doch eine nationale Unsicherheit bei ihr hervorgerufen, die es verhindert hat, daß sie mit vollem Herzen dem deutschen Reiche anhing. An den großen Erlebnissen des deutschen Volks während der dem Kriege vorausgegangenen 43 Jahre hat die Masse des elsaß-lothringischen Volkes nicht teilgenommen. Diese Erlebnisse sind seine außerordentlichen Fortschritte auf dem Gebiete der Wissenschaft und der daran anknüpfende Aufschwung seines Wirtschaftslebens, seine sozialpolitischen Reformen und seine Gewerkschaftsbewegung gewesen. An jenen Fortschritten von Wissenschaft und Wirtschaft hat das elsaß-lothringische Volk doch nur in verhältnismäßig wenigen Individuen teilgenommen,

die breite Masse desselben empfand nur die Unannehmlichkeiten, die mit der großindustriellen Entwicklung verknüpft sind, und zwar um so mehr, als diese, wie schon von mir bemerkt worden ist, von einer so starken Einwanderung begleitet war, daß heute ein Fünftel bis ein Viertel der elsaß-lothringischen Bevölkerung ganz oder teilweise altdeutschen Ursprungs ist. Die sozialpolitischen Reformen aber hat die Welt der Arbeitgeber als Beeinträchtigung ihrer patriarchalisch-autoritären Stellung gegenüber ihren Arbeitern empfunden. Nur ganz kleine Gruppen unter den Gebildeten im Elsaß, die durch Friedrich Naumann begeistert wurden, haben sie als Fortschritt verteidigt, darunter an der Spitze der Oberelsässer Dr. Schwander, der als Bürgermeister von Straßburg dieses aus einer alten schmutzigen französischen Provinzialstadt zu einer reinlichen gesunden deutschen Stadt und die Straßburger Kommunalverwaltung zur sozialpolitisch vorgeschrittensten, die ich kenne, gemacht hat. Aber mit welchem Widerstand der übrigen hatten nicht er und die, welche so wie er dachten, zu kämpfen! Eben weil keine Kulturgemeinschaft mit den Deutschen entstanden war, haben sie diesen Reformen tiefe Abneigung entgegengebracht. Und was die Gewerkschaftsbewegung angeht, so war sie auch in Alt-Deutschland bis zum Ausbruch des Krieges von oben zuerst bedrückt, dann nur geduldet und mit Mißtrauen behandelt worden. Das fand ganz besonders gegenüber den gewerkschaftlichen Bestrebungen im Elsaß statt. Soweit der elsässer Arbeiter sich an Gewerkschaftsbestrebungen beteiligte, nahm er daher nur teil an der darob auch

unter den deutschen Arbeitern bestehenden Mißstimmung. Was der Elsaß-Lothringer erlebte, war somit nur gemeinsame Verdrossenheit im eignen Lande. Er nahm nicht teil und konnte nicht teilnehmen an dem, was in Deutschland Großes vor sich ging, und was er bei sich erlebte, war für ihn unerfreulich; die in den wesentlichen Bestandteilen ihrer Kultur deutsch gebliebene Masse des Volks, die Bauern, die Kleinbürger, die Arbeiter aber nahmen nur teil an der auch unter den unteren Klassen in Alt-Deutschland herrschenden Mißstimmung, oder sie blieben nach wie vor unter dem Einfluß der höheren.

Umgekehrt fehlte aber auch eine Rückwirkung der annektierten Elsaß-Lothringer auf Preußen, ähnlich der, wie sie auf Frankreich, zu dessen Vorteil, stattgefunden hatte. Die Entwicklung in Preußen seit den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts hat zu einer Wiederbelebung und Stärkung des Elementes geführt, dessen Überwindung i. J. 1789 eines ihrer großen Erlebnisse, gemeinsam mit den Franzosen, gewesen ist und so wesentlich dazu beigetragen hat, daß die Elsässer sich als Franzosen gefühlt haben. So war das Fehlen einer Freizügigkeit der Gebildeten für die Elsaß-Lothringer als Folge ihrer Nichteinverleibung in Preußen eine wachsende Entfremdung. Die Elsässer zogen sich auf sich selbst zurück, proklamierten eine eigene elsässische Kultur, für deren Entwicklung jeglicher Spielraum fehlt; allem aber, was in Deutschland passiert, stehen sie mit kaltem Skeptizismus gegenüber.

Das Ergebnis ist: der Klassengegensatz ist in Elsaß-Lothringen von weit geringerer Bedeutung als in

anderen Ländern. Weit durchschlagender ist die Nachwirkung historischer Verhältnisse; sie haben je nach der Geschichte der einzelnen Teile des Landes erhebliche lokale Unterschiede in der politischen Denkweise zur Folge gehabt; denn es ist ganz irrig, Elsaß-Lothringen und seine Bevölkerung als unterschiedslose Einheiten zu behandeln. Vor allem sind Elsaß und Lothringen auseinander zu halten; sie haben außer der Annexion nichts miteinander gemein. Der Elsässer wiederholt noch heute über den Lothringer den französischen Vers: *Lorrain, vilain, trahit Dieu et son prochain,* und der Lothringer antwortet ähnlich liebevoll über den Elsässer. Aber auch die spezifisch elsässische Bevölkerung ist in ihre politischen Gesinnung lokal stark differenziert. Im Unterelsaß, das am spätesten französisch geworden ist, überwiegt deutsche Gesinnung; je mehr man nach dem Süden kommt, nimmt die französische Gesinnung zu. Das ganze Oberelsaß, mit Ausnahme von Mülhausen, ist, weil es schon 1648 unmittelbar unter königlich französische Verwaltung gekommen ist, rund 150 Jahre früher als Straßburg französisiert worden. Und wenn Mülhausen bis zur französischen Revolution schweizerisch gewesen ist, so hat doch schon früh der Absatz Mülhausens nach Frankreich stattgefunden; gerade dies hat eine wichtige Rolle gespielt, als Mülhausen französisch wurde; und noch heute sind die wirtschaftlichen Beziehungen zu Frankreich dort am lebendigsten. Die Folge ist, daß im Oberelsaß trotz aller Klassengegensätze in der nationalen Frage ein Gemeingefühl zwischen Arbeitgeber und Arbeiter besteht, das z. B. den letzteren nie dazu bringen

würde, seinen elsässischen Arbeitgeber wegen einer antideutschen Handlung einer deutschen Behörde zu verraten. Umgekehrt ist mir von glaubwürdiger Seite erzählt worden, daß sich dort eingesessene Arbeiter von ihren alt-deutschen Arbeitgebern, mit denen sie bis dahin vortrefflich gestanden hatten, bei Ausbruch des Kriegs aus keinem anderen als aus nationalem Grunde getrennt haben.

Als der Krieg ausbrach, ist im übrigen die Haltung der elsässischen Bevölkerung in überraschendem Maße gut deutsch gewesen. Der Satz, mit dem die von einigen Elsässern Ende 1915 in Zürich veröffentlichte Broschüre „Wohin gehört Elsaß-Lothringen?" schließt: „Es ging in den ersten Wochen (nach der Mobilmachung) ein begeisterter Zug durch unser Land, wie durch das übrige Deutschland" — ist mir bei meinem Aufenthalt in Straßburg in den ersten Tagen des Jahres 1916 von allen Sachverständigen bestätigt worden. Namentlich wird die Haltung der elsässischen Soldaten, die noch aktiv waren oder sich noch im Reserveverhältnis befanden, gerühmt. Die Elsässer sind geborene gute Soldaten, und der alte Soldatengeist regte sich in ihnen. Die Zahl derer, die aus Frankreich zu den Fahnen zurückkehrten, war außerordentlich befriedigend. Manche waren dort, eben weil sie im deutschen Heere gedient hatten, verprügelt worden und dürsteten nach Rache. Es ist mir von zuverlässigen Beobachtern versichert worden, daß der Geist der ausrückenden elsässischen Soldaten besser gewesen sei, als der mancher aus Alt-Deutschland kommenden Truppen, die in Straßburg durchkamen und lagerten. Auch ist mir der Feh-

ler betont worden, daß man die Truppen, die bis zum Ausbruch des Kriegs im Oberelsaß gestanden hatten — es waren zum großen Teil Alt-Deutsche — dort nicht verwendet habe. Sie kannten Weg und Steg in den Bergen, während die Truppen, die an ihre Stelle traten, sich im Gegensatz zu den wohlinformierten Franzosen nicht auskannten und als Folge Schlappen erlitten. Doch wurde mir allgemein versichert, daß, wenn der Krieg in drei bis vier Monaten zu Ende gewesen wäre, heute das ganze Elsaß deutschgesinnt sein würde.

Die Stimmung änderte sich mit der immer längeren Dauer des Krieges. Was zu ihrer Verschlechterung geführt hat, läßt sich zur Zeit noch nicht erzählen. Immerhin haben aus Elsaß-Lothringen stammende Truppen sich vortrefflich geschlagen, und die elsaß-lothringische Bevölkerung als Ganzes hat sich, wie auch Laband im Junihefte der „Deutschen Revue" bezeugt, wohlverhalten. Was nun soll die Zukunft Elsaß-Lothringens sein?

Als ich im Januar 1916 in Straßburg weilte, ist man in den alt-deutschen Kreisen, in denen ich dort verkehrt habe, für die Einverleibung von Elsaß-Lothringen in Preußen gewesen. Man hatte da an der den Elsaß-Lothringern 1911 gewährten Autonomie nie rechte Freude gehabt; nun sprach man von dem Fiasko, welches sie gemacht habe, und daß ihrem Fortbestehen angesichts der durch den Krieg verschlechterten Stimmung der Elsaß-Lothringer schwere Bedenken entgegenstünden. Ich habe oben dargelegt, wie es eine der Ursachen, warum die Elsässer so gute Franzosen

geworden seien, gewesen sei, daß sie damit Teil eines großen Staates geworden seien; mit der Einverleibung in Preußen würde sich für die Elsaß-Lothringer auch heute noch die Aussicht eröffnen, alle die Vorteile zu erlangen, welche ihnen früher die Zugehörigkeit zu Frankreich gebracht hat. Als Folge sei demnach vielleicht noch heute ihr Verwachsen mit deutschen Sorgen, Interessen, Hoffnungen zu erwarten. Aber freilich der Erfolg für die innere Gewinnung der Elsaß-Lothringer werde von dem Maße der Selbstverwaltung abhängen, das den Provinzen Elsaß und Lothringen gewährt werden würde, und davon, wie die in Aussicht gestellte innere Reform in Preußen ausfiele. Fände sie im Sinne der Annäherung an die Ideen individueller Gleichberechtigung statt, wie sie bei den westeuropäischen Völkern vorherrschen, wie sie auch der preußischen Verfassung zugrunde liegen, und wie sie allen Süddeutschen, so auch den Elsässern und Lothringern, im Blute stecken und ihnen allein verständlich sind, dann verspreche die Annexion an Preußen Erfolg. Aber vielleicht ist gerade diese unentbehrliche Vorbedingung die Ursache, warum, wie man mir in Straßburg mitgeteilt hat, Herr von Heydebrand sich bei einem Besuch in Straßburg gegen die Einverleibung des Reichslandes in Preußen ausgesprochen hat. Jedenfalls ist diese Vorbedingung erst am 11. Juli 1917 in Aussicht gestellt worden und der Gegensatz des Denkens und Fühlens der reichsländischen Bevölkerung zum preußischen Wesen einstweilen sehr groß; wenn befragt, würde diese einer Einverleibung in Preußen sicher nicht zustimmen.

Ein anderes Projekt, das in der Öffentlichkeit Erörterung gefunden hat, will Lothringen Preußen und das Elsaß Bayern zuweisen. Nach dem, was man mir erzählt hat, erfreut sich König Ludwig III. in der Tat in Straßburg einer gewissen Popularität. Auch würde Bayern als demokratisches Bauernland dem elsässischen Verständnis sicher näher als Preußen stehen und umgekehrt, und ein Snobismus, wie der erwähnte des Obersten von Reutter gegen den Kreisdirektor von Zabern wäre in Bayern undenkbar, vom Könige angefangen bis zum geringsten Beamten herab, sämtliche Offiziere mit einbegriffen. Aber wenn man den Elsässern nicht zumuten zu können glaubt, daß sie Preußen werden, warum den Lothringern? Und was die Einverleibung des Elsasses in Bayern angeht, wäre sie denn im Interesse sowohl des bayerischen Volks wie auch der elsässischen Bevölkerung? Das Elsaß ist finanziell völlig erschöpft; das bayerische Volk wird nach beendigtem Kriege schwer an den Lasten zu tragen haben, welche dessen unerhörte Kosten nach sich ziehen werden; wird es ausreichende Mittel haben, auch noch die Aufwendungen für das Elsaß zu machen, die ihm bei dessen Einverleibung obliegen würden; und würde Bayern den Elsässern Ausreichendes für die Betätigung ihrer Talente bieten, wie ihnen dies ehedem Frankreich geboten hat und wie es ihnen Preußen zu bieten imstande sein würde?

Außerdem würden — und auch dafür kann ich Laband als Zeugen anführen — die Gefühle der elsässischen Bevölkerung sich nur schwer in den Zusammenhang mit Bayern hineinleben. Vor allem aber: erst am

6. Juni 1917 hat der Präsident der Zweiten Kammer des Landtages für Elsaß-Lothringen, Dr. Ricklin, „laut und vor aller Welt" das „Bekenntnis" abgelegt: „Das elsaß-lothringische Volk hat in seiner erdrückenden Mehrheit keinen Krieg und auch diesen Krieg nicht gewollt. Was es wollte, war, den Ausbau seiner staatsrechtlichen Stellung in seiner Zugehörigkeit zum Deutschen Reiche zu vollenden und im übrigen seiner friedlichen Arbeit nachzugehen. In dieser Hinsicht hat der Krieg nichts bei uns geändert"; und in seiner bei Schließung des Landtags am 12. Juni 1917 gehaltenen Ansprache hat er unter lautem Beifall auf allen Bänken des Hauses nach energischster Zurückweisung der Lostrennung Elsaß-Lothringens vom Deutschen Reiche mit den Worten geendet: „Die im Felde stehenden tapfern Söhne unseres Landes, unser Stolz und unsere Hoffnung, kämpfen und sterben nicht nur um die Rettung und den Bestand des Deutschen Reiches. Sie haben noch ein eigenes besonderes Kriegsziel. Sie erkämpfen ihrem Heimatlande die Gleichberechtigung und Gleichstellung unter den deutschen Bundesstaaten. Und das deutsche Volk kann diese tapfern Helden seinen Dank auf keine würdigere und edlere Weise abstatten, als daß es sie nach erkämpftem Frieden als gleich- und vollberechtigte Staatsbürger in ihre Heimat zurückkehren läßt." Und wie der katholische Zentrumsmann Ricklin, so haben sich auch die elsaß-lothringischen Protestanten geäußert. Die altelsässischen Schriftleiter der drei protestantischen Wochen-

blätter in Elsaß-Lothringen („Evangelisches Sonntagsblatt", „Evangelisch-protestantischer Kirchenbote" und „Evangelisch-lutherischer Friedensbote") haben gemeinsam im Anschluß an Dr. Ricklins Worte in der Zweiten Kammer des Landtages erklärt: „Wir halten es für unsere religiöse und sittliche Pflicht, dieses nationale Bekenntnis in seinem vollen Wortlaut und in seiner ganzen Tragweite offen zu dem unseren zu machen. Die altelsässischen, evangelisch-kirchlichen Kreise, die wir vertreten, müssen jede Art einer Lostrennung unseres Heimatlandes vom deutschen Vaterland ablehnen. Eine erneute Annexion wäre ein gewaltsames und geschichtswidriges Losreißen eines Gliedes von seinem Körper. Als Beweis genügt die eine Tatsache, daß in unserem Lande auch bis zum Jahre 1870, mit verschwindenden Ausnahmen, nur deutsch gepredigt und gebetet wurde."

Geht es angesichts solcher Erklärungen aus berufenstem Munde an, den Elsaß-Lothringern die ihnen eben erst verliehene Autonomie wieder zu rauben? Geht es an, sie, als wären sie Sachen, ohne, ja gegen ihren Willen von einer Hand in eine andere zu übertragen? Das wäre ja eine Rechtfertigung aller Vorwürfe, welche die gegen Deutschland in Waffen stehende Welt gegen dieses erhoben hat und erhebt. Ich habe hier die Einverleibung Elsaß-Lothringens in das Deutsche Reich auch gegen den Willen seiner Bevölkerung nachdrücklich verteidigt, weil sie im Lebensinteresse des deutschen Volkes gelegen sei, im Lebensinteresse von heute rund 68 Millionen, welchem die Wünsche der 1 Million Elsaß-Lothringer, wenn so viele nach Frankreich neigen sollten, zu weichen hätten.

Aber mit der Einverleibung Elsaß-Lothringens in das Deutsche Reich ist die Tragweite dieses Argumentes erschöpft; es kann nicht geltend gemacht werden, um die Elsaß-Lothringer ihres Rechtes auf Selbstregierung innerhalb des Deutschen Reiches zu berauben. Elsaß-Lothringen hat, wie der Krieg zeigt, als selbständiges politisches Gebilde den Zweck, den es als Teil des Deutschen Reiches zu erfüllen hatte, erfüllt. Es hat unter dem Kriege materiell und seelisch mehr als irgendein anderes deutsches Land gelitten. Sollen die Elsaß-Lothringer als Dank nunmehr wirklich als die Unterdeutschen behandelt werden, als welche wir sie nach der falschen Behauptung unserer Feinde bisher behandelt haben sollen? Es wäre ein nicht mehr gut zu machendes Verbrechen an Deutschland selbst, voll Unheil für alle Zukunft. Wir rühmen uns, den Polen die ihnen vor hundert Jahren geraubte Freiheit wiedergebracht zu haben; wir haben es zu einem unserer Kriegsziele gemacht, den Flamen die ihnen vorenthaltene Selbstverwaltung zu bringen; wir entrüsten uns über die Behandlung, die England den Irländern, Rußland den Bewohnern Finnlands und den Deutschen in den baltischen Provinzen zuteil werden lassen; und nun sollten wir Freiheit und Selbstverwaltung denen rauben, die wir 1871 als Fleisch von unserm Fleisch und Blut von unserm Blut, als wiedergewonnene deutsche Brüder begrüßt haben, und die nichts getan haben, die ihnen zugestandenen Rechte zu verscherzen! Voll Hohn würden unsere Feinde auf diesen neuen Beleg unserer Falschheit hinweisen. Wie bei Polen und Flamen, Irländern und Finnländern würden bei den Elsaß-

Lothringern die Klagen niemals verstummen. Sie würden eine ewig gegen uns gerichtete Anklage sein und be neuen Kriegen gegen uns abermals dazu dienen, die Entrüstung der zivilisierten Welt in den Dienst unserer Feinde zu stellen.

Diese Erwägungen haben mich von dem Gedanken zurückgebracht, daß nach beendetem Kriege die Angliederung Elsaß-Lothringens an einen anderen deutschen Bundesstaat tunlich sei. Es geht nicht an, daß das Deutsche Reich Deutsche in sich schließe, die sich in ihm als Unfreie fühlen. Wie könnte man hoffen, daß ein solches Volk sich jemals eins fühle mit seinem Staate, und daß es diesem mit begeistertem Herzen die Opfer bringe, ohne die er nicht zu bestehen vermag! Ein solches Identitätsgefühl würde am ehesten erreicht werden, wollte man das Reichsland zu einem Freistaat nach hanseatischem Muster machen. Auch würden — man vergleiche Sembat's, Jaurès, ja auch Hervés Äußerungen vor Ausbruch des Krieges — selbst unsere Feinde sich dann mit der Zugehörigkeit Elsaß-Lothringens zum Deutschen Reich vielleicht zufrieden geben. Aber ob das in Deutschland zu erreichen ist? Jedenfalls aber dürften unsere Feinde, außer wenn sie völlig zerschmettert sich jedem deutschen Diktate fügen müßten, einer Angliederung Elsaß-Lothringens an Bayern niemals zustimmen. Auch wäre es die ungeeignetste Belohnung des bayerischen Volks, wenn es wegen seiner hervorragenden Leistungen in diesem Kriege vor allen übrigen deutschen Stämmen eine besondere Belohnung erhalten sollte, wollte man ihm Lasten zuteilen, die es nicht zu tragen vermag. Sollte aber der Dynastie der Wittels-

bacher eine besondere Anerkennung werden, so wäre vielleicht der glücklichste Ausweg, wenn man einen bayerischen Prinzen zum erblichen Landesherrn Elsaß-Lothringens machte: es würde dann das Haus Wittelsbach entsprechend seinen großen in diesem Krieg erworbenen Verdiensten belohnt; die neu gegründete elsaß-lothringische Dynastie würde ganz anders mit dem Denken und Fühlen, den Interessen und Wünschen der Elsaß-Lothringer verwachsen, als ein auf Abberufung ernannter Statthalter; die Elsaß-Lothringer aber würden ihre Freiheit und Selbstverwaltung behalten und zu der vollen Anerkennung als deutscher Bundesstaat gelangen, die ihr heißester Wunsch ist.

Freilich würde auch diese Ordnung allein zur inneren Gewinnung der Elsaß-Lothringer nicht ausreichen. Die Selbständigkeit Elsaß-Lothringens als deutscher Bundesstaat müßte von der Durchführung der Freizügigkeit für die Talente, für deren Betätigung das Land selbst zu klein ist, begleitet sein; denn nur bei einer wirklichen Durchführung solcher Freizügigkeit, nicht nur verfassungsmäßig auf dem Papier, sondern auch in der Handhabung der Verfassungsparagraphen, ist zu erwarten, daß jene Fülle von Familienbeziehungen zwischen Elsaß-Lothringen und Alt-Deutschland entstehen, die unerläßlich sind, damit die Elsaß-Lothringer in Deutschland ihr Vaterland sehen. Und auch jeder deutsche Bundesstaat im einzelnen würde von der Durchführung solcher Freizügigkeit den Vorteil ziehen, der das ganze Aufsteigen Preußens zum führenden Staate in Deutschland bedingt hat. Hat doch Preußens Herrscherfamilie, das nicht brandenburgische, sondern schwäbische Ge-

schlecht der Hohenzollern, es verstanden, angefangen vom Kanzler Distelmeyer bis Bismarck kam und angefangen vom Feldmarschall Derfflinger bis zu Moltke, die Talente aus allen Teilen Deutschlands und über dessen Grenzen hinaus an sich zu ziehen und in Preußens Dienst zu stellen.

Erich Reiß Verlag, Berlin W 62

Eduard Bernstein: Aus den Jahren meines Exils. (Erinnerungen eines Sozialisten, Teil I.) Vierte Auflage. Geh. M. 5.50, geb. M. 7.—.

Eduard Bernstein: Von den Aufgaben der Juden im Weltkriege. Zweite Auflage. Geb. M. 1.50.

Maximilian Harden: Köpfe.
I 41. Auflage. Geh. M. 5.—, geb. M. 7.—.
II 20. Auflage. Geh. M. 6.—, geb. M. 8.50.
III 13. Auflage. Geh. M. 6.—, geb. M. 8.50.

Heinrich Ilgenstein: Preußenspiegel. Fünfte Auflage. Geh. M. 1.—.

Annette Kolb: Briefe einer Deutsch-Französin. Fünfte Auflage. Geh. M. 3.50, geb. M. 4.50.

Larsen Karl: Der deutsche Nationalmilitarismus. Zweite Auflage. Geh. M. 1.25.

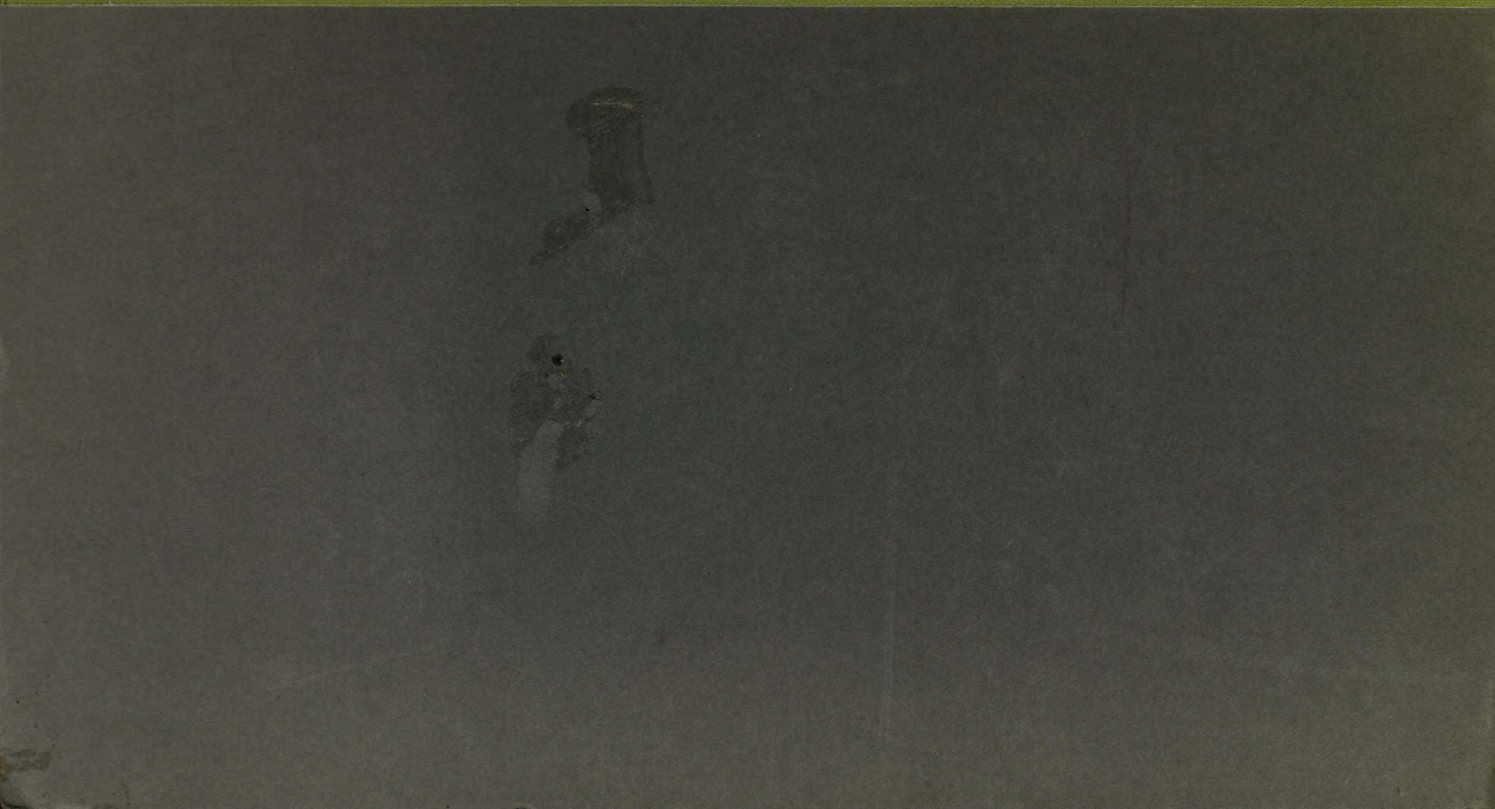
Larsen Karl: Arbeit Dienst. Dritte Auflage. Geh. M. 2.—, geb. M. 3.—.

Larsen Karl: Von der inneren deutschen Front. Siebente Auflage. Geh. M. 1.—, Kart. M. 1.60.

Karl Scheffler: Berlin. Dritte Auflage. Geh. M. 6.—, geb. M. 8.—.

PLEASE DO NOT REMOVE
CARDS OR SLIPS FROM THIS POCKET

UNIVERSITY OF TORONTO LIBRARY

DD
801
A397B7
1917

Brentano, Lujo
Elasser Erinnerungen